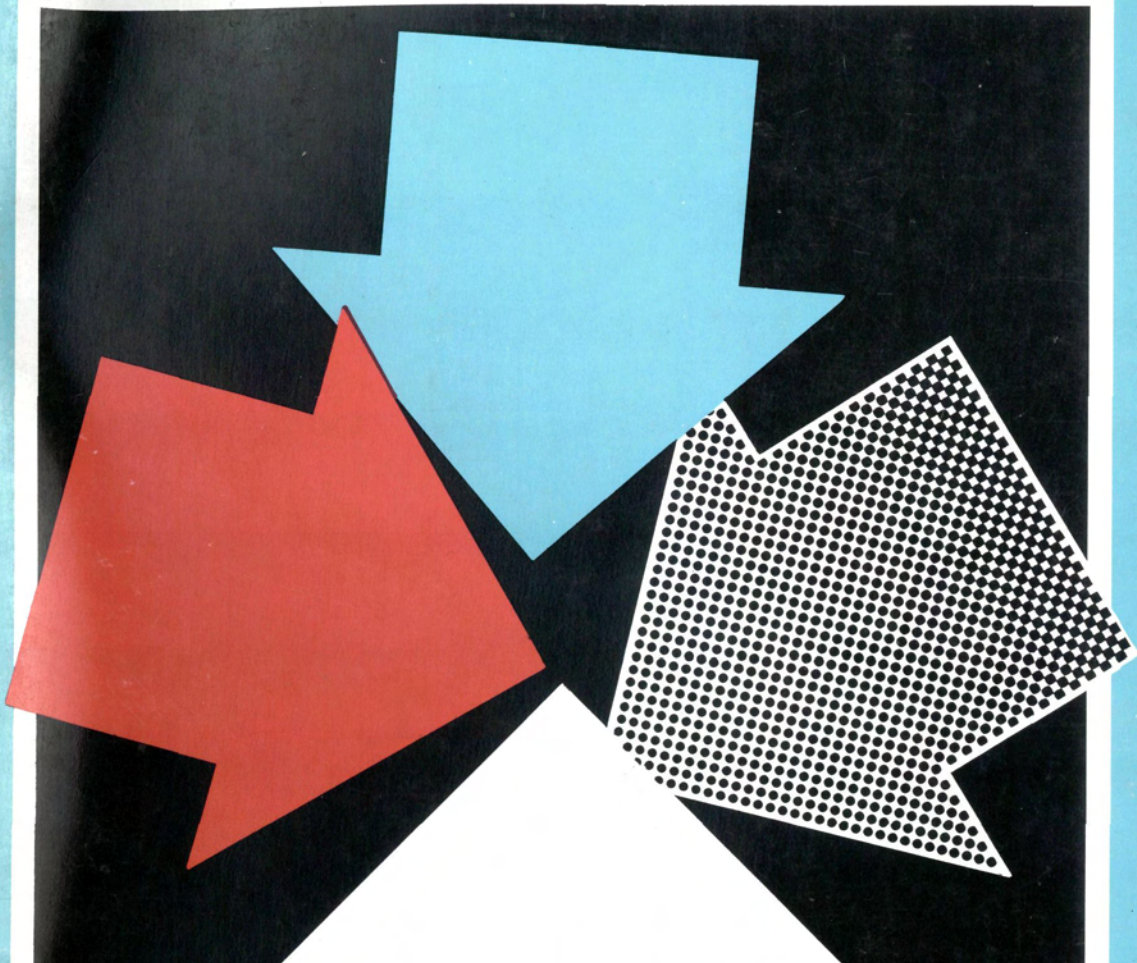


betrifft:



Rechts- und linksradikale
Bestrebungen

Spionageabwehr

Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen
von Ausländern

VERFASSUNGSSCHUTZ 1969/70

Veröffentlichungen in der Reihe „betrifft“

- 1** **Wahlalter 18**
(Vergriffen)
- 2** **Sportförderung des Bundes**
(Vergriffen)
- 3** **Umweltschutz – Sofortprogramm
der Bundesregierung**
(Vergriffen)
- 4** **Sofortprogramm zur Modernisierung
und Intensivierung der
Verbrechensbekämpfung** (Vergriffen)
- 5** **Europäische Raumordnungsminister-
Konferenz**
(Vergriffen)
- 6** **Raumordnungspolitik in den siebziger
Jahren**
(Vergriffen)
- 7** **Personenkennzeichen**
Meldewesen – Datenverarbeitung –
Datenschutz
- 8** **Lastenausgleich – Flüchtlingshilfe –
Häftlingshilfe**
- 9** **Umweltprogramm der
Bundesregierung**
- 10** **Verfassungsschutz 1969/70**
Rechts- und linksradikale Bestrebungen
– Spionageabwehr – Sicherheits-
gefährdende Bestrebungen von Aus-
ländern

betrifft:

**VERFASSUNGSSCHUTZ
1969/70**

**Rechts- und linksradikale
Bestrebungen**

Spionageabwehr

**Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern**

10


Öffentlichkeitsarbeit des Bundesinnenministeriums



Dieser Bericht faßt die Ergebnisse der Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz in den Jahren 1969 und 1970 zusammen. Aus dem Bericht läßt sich die Entwicklung in einem großen Teilbereich der inneren Sicherheit ablesen. Der Verfassungsschutzbericht 1969/1970 enthält wieder die seit Jahren bekannten Berichte über die Entwicklung des Rechts- und Linksradikalismus. Außerdem werden die Spionageabwehr und die Abwehr sicherheitsgefährdender Bestrebungen von Ausländern dargestellt. Der vorliegende Bericht ermöglicht somit einen vollständigen Einblick in die Arbeit des Verfassungsschutzes.

Ich halte es für unerläßlich, daß die Öffentlichkeit weiß, was ihr Verfassungsschutz tut. Diese Behörde sammelt Nachrichten, von denen nur die als geheim zu behandeln sind, deren Veröffentlichung zu einer Gefährdung der inneren Sicherheit führen könnte. Sonst aber gilt für eine Behörde, die aufgrund ihres Charakters als Nachrichtendienst die Phantasie der Öffentlichkeit anregt und deshalb leicht in die Gefahr gerät, dämonisiert zu werden, der Grundsatz der größtmöglichen Transparenz.

Die Einzelberichte brauchen hier nicht kommentiert zu werden. Nur eine Konsequenz ist noch zu ziehen: Der Verfassungsschutz kann verfassungsfeindliche Bestrebungen wohl aufdecken, er kann aber nicht verhindern, daß sie entstehen. Das ist eine Aufgabe, die allen demokratischen Staatsbürgern gestellt ist. Letztlich ist Verfassungsschutz eine Aufgabe für alle. Wenn wir uns als Demokraten bewähren und uns bemühen, den Anforderungen unserer Verfassung zu entsprechen, dann bleibt für Verfassungsfeinde kein Raum. Behördlicher Verfassungsschutz kann allein niemals ausreichen. Das demokratische Engagement des einzelnen darf nicht fehlen.



Hans-Dietrich Genscher

Bundesminister des Innern

Rechtsradikale Bestrebungen 1969/1970

- 7 **A) Allgemeine Entwicklung**
- 7 1. Zunehmender Verfall des Rechtsradikalismus
 Wahlniederlagen der NPD / Parteiinterne Machtkämpfe,
 Mitgliederschwund
- 8 2. Organisations- und Mitgliederstand
- 8 **B) Träger rechtsradikaler Bestrebungen**
- 8 1. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)
 Organisation und politische Ausrichtung / Finanzierung
- 9 2. Der „Ordnungsdienst“ (OD) der NPD
- 10 3. „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)
- 10 4. „Junge Nationaldemokraten“ (JN)
- 10 5. Rechtsradikale „Widerstandsgruppen“
 „Aktion Widerstand“ / Sonstige „Widerstandsgruppen“
- 11 6. Sonstige Träger rechtsradikaler Bestrebungen
- 11 **C) Rechtsradikale Presse**
- 12 **D) Ausschreitungen und Gewaltakte**
- Abbildungen und grafische Darstellungen*
- 14 Mitgliederentwicklung im organisierten Rechtsradikalismus
- 15 Auflagenentwicklung der rechtsextremen Wochenzeitungen 1960–1970
- 16 NPD-Schwerpunkte bei den Bundestagswahlen 1969 und 1965
- 17 Altersschichtung der NPD-Mitglieder
- 18 Die Berufs- und Sozialschichtung der NPD-Mitglieder
- 19 Leitthemen der NPD zur Deutschland- und Ostpolitik
- 20 Antisemitische und nazistische Ausschreitungen 1960–1970
- 21 Die Strafverfolgung nazistischer und antisemitischer Ausschreitungen
 1960–1970
- 22 Schlagzeilen der „Deutschen National-Zeitung“
- 23 Ordner der NPD

Linksradikale Bestrebungen 1969/1970

- 24 **A) Allgemeine Erkenntnisse**
- 24 **B) Die Tätigkeit der Kommunisten**
- 24 1. Nah- und Fernziele
- 25 2. Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten
 und Gewerkschaftern

- 25 3. Betriebsarbeit der DKP
- 26 4. „Volksfront“-Bestrebungen
- 26 5. Jugend- und Studentenarbeit
- 27 6. Wahlergebnisse
- 27 7. „Westarbeit“ der DDR
- 29 **C) Die „Neue Linke“**
- 29 1. Allgemeine Entwicklung
- 29 2. Zielsetzung und Ideologie
- 29 3. Organisationen der „Neuen Linken“
- 30 4. Aktionen
- 31 5. Terrorakte und Gewalttätigkeiten
- 32 6. Verhältnis DKP / „Neue Linke“

Abbildungen und grafische Darstellungen

- 33 Deutsche Kommunistische Partei
- 34 Stimmenanteil der KPD, DFU und ADF bei Bundestagswahlen
- 35 Über dem Bundesdurchschnitt (0,6 %) liegender Stimmenanteil der „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) bei der Bundestagswahl 1969
- 36 Stimmenanteil der KPD, DKP, DFU und des BdD bei Landtagswahlen
- 37 Gewaltaufrufe des Berliner Anarchistenblatts „883“
- 38 Auflagen der periodischen Schriften

Die Spionageabwehr 1969/1970

- 39 **A) Entwicklungen und Tendenzen**
- 39 1. Anhaltende Spionagetätigkeit östlicher Nachrichtendienste
- 39 2. Sachliche Schwerpunkte und Ziele
- 39 3. Führung der Agenten -- Verbindungswesen
- 39 **B) Die Spionagemethoden**
- 39 1. Geographische Zentren: DDR und Ost-Berlin
- 40 2. Anbahnungsversuche im Bundesgebiet
- 41 3. Studenten und Schüler als „Perspektiv-Kandidaten“
- 42 4. „Westkontakte“ als Werbungsanlaß
- 42 5. Vielfalt der Werbungsmitel
- 42 6. Versprechen und Zusicherungen / Werbung unter falscher Flagge / Nötigung, Drohung
- 43 7. Die Anwerbung von Aussiedlern aus Osteuropa
- 43 8. Hotels und Gaststätten als Operationsbasen
- 43 **C) Schwerwiegende Spionagefälle**
- 43 1. Polnischer ND schickte hauptamtlichen Mitarbeiter
- 44 2. DDR-Spionage gegen Bundesministerium

- 44 3. Militärspionage
 45 4. Verurteilungen wegen Spionagetätigkeit
- 45 **D) Anbahnung von Kontakten für nachrichtendienstliche Anwerbung durch Nachrichtendienste der DDR**
- 46 1. Befragungsaktion durch „futura 2000“
 49 2. „Universal 70“ – ein Preisausschreiben
 51 3. Ein „günstiges“ Kreditangebot

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern 1969/1970

- 53 **A) Entwicklungen und Tendenzen**
- 53 1. Zunahme der Gewaltverbrechen
 54 2. Die Träger sicherheitsgefährdender Bestrebungen
 55 3. Ideologisch-politische Hintergründe
- 56 **B) Die einzelnen Träger sicherheitsgefährdender Bestrebungen**
- 56 1. Palästinensische Widerstandsorganisationen
 58 2. Spanische Widerstandsgruppen
 58 3. Griechische Organisationen
 59 4. Radikale iranische Studenten
 60 5. Türkische radikale Gruppen
 60 6. Die italienischen Gruppen
 61 7. Marokkanische Extremisten
 61 8. Politisch radikale Jugoslawen
 62 9. Sonstige ausländische Extremisten
- Abbildungen und grafische Darstellungen*
- 62 Statistik der Ausschreitungen politisch radikaler Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1970
- 63 Europäische Leitstellen der politisch radikalen Ausländergruppen im Bundesgebiet
- 64 Statistik der politisch radikalen Ausländergruppen im Bundesgebiet
- 64 Brand- und Sprengstoffanschläge spanischer Extremisten
- 65 Drohbrief des „Iberischen Befreiungsrates“ an den Leiter der Flughafenpolizei Frankfurt/Main
- 66 Flugblatt der Generalunion palästinensischer Studenten
- 67 Der Sprengstoffanschlag palästinensischer Terroristen auf eine Maschine der Austrian Airlines
- 68 Demonstrationen von AL-FATAH-Anhängern in Bonn-Bad Godesberg
- 69 Beweismittel zur Terrortätigkeit linksradikaler Griechen
- 70 Spanische kommunistische Presseorgane
- 71 Presseorgane der kroatischen Nationalisten im Bundesgebiet
- 72 Ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland 1960–1970

Rechtsradikale Bestrebungen 1969/1970

A) Allgemeine Entwicklung

1. Zunehmender Verfall des Rechtsradikalismus

In den Jahren 1969 und 1970 nahmen in der Bundesrepublik Deutschland Wachsamkeit, kritische Distanz und Abwehrbereitschaft gegenüber dem Radikalismus von rechts weiter zu. Publizistische Aufklärung und politische Bildung haben hierzu wesentlich beigetragen. Weite Kreise der Bevölkerung empfanden die Parolen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), der im Berichtszeitraum bedeutendsten Vertreter des Rechtsradikalismus, als Herausforderung. Die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit hat die rechtsextremen Gruppen noch mehr als in den Vorjahren in die Defensive gedrängt, was sich in erster Linie in den Wahlergebnissen äußerte.

Wahlniederlagen der NPD

Als Wahlpartei des organisierten Rechtsradikalismus unternahm die NPD große Anstrengungen, um in den Bundestag zu kommen. Dieses Ziel hat sie nicht erreicht. Angesichts der von führenden NPD-Mitgliedern in der Öffentlichkeit gestellten Erfolgsprognosen von mindestens 8–12 % Stimmenanteil (vgl. NPD-Pressedienst vom 30. April 1969) erhielt die Wahlniederlage besonderes Gewicht. Diese Niederlage hat die NPD schwer erschüttert und der bisher größten inneren Zerreißprobe ausgesetzt (vgl. Deutsche Wochenzeitung Nr. 44/69, S. 1).

Der Mißerfolg der NPD setzte sich auch bei den sechs Landtagswahlen des Jahres 1970 fort. In keinem Fall gelang es der NPD, die 5 %-Hürde zu überspringen. Ihre Stimmenanteile betragen in

Hamburg	(22. 3. 1970) — 2,7 %
Niedersachsen	(14. 6. 1970) — 3,2 %
Nordrhein-Westfalen	(14. 6. 1970) — 1,1 %
Saarland	(14. 6. 1970) — 3,4 %
Hessen	(8. 11. 1970) — 3,1 %
Bayern	(22. 11. 1970) — 2,9 %

Somit mußte die NPD aus den Landtagen Niedersachsens, Hessens und Bayerns, in denen sie seit 1966/1967 mit insgesamt 32 Abgeordneten vertreten war, wieder ausziehen. Ende 1970 war die Partei nur noch in folgenden Landtagen repräsentiert:

in Schleswig-Holstein durch 4 Abgeordnete,
in Rheinland-Pfalz durch 4 Abgeordnete,
in Bremen durch 8 Abgeordnete,
in Baden-Württemberg durch 11 Abgeordnete*).

Parteiinterne Machtkämpfe, Mitgliederschwund

Die enttäuschenden Wahlergebnisse führten zu Machtkämpfen in der NPD und veranlaßten zahlreiche Mitglieder und Funktionäre zu dem Vorwurf, v. Thadden und seine Gefolgschaft hätten versagt. Der stellvertretende Parteivorsitzende Dr. Pöhlmann stand an der Spitze derjenigen Funktionäre, die den „eigenmächtigen Führungsstil“ der Gruppe um den Parteivorsitzenden v. Thadden kritisierten. Es kam in der Partei zu heftigen Auseinandersetzungen, Gruppenbildungen und Eigenmächtigkeiten besonders radikaler Funktionäre.

Diese Entwicklung hat ebenso wie das negative Bild der NPD in der Öffentlichkeit einen Großteil der Mitglieder veranlaßt, sich aus der Partei zurückzuziehen. Jedes vierte Mitglied kehrte 1970 der Partei den Rücken. Dies ist der stärkste Mitgliederverlust seit ihrer Gründung im Jahre 1964. Insgesamt verlor die NPD im Jahre 1970 durch Austritt, Ausschluß, Streichung oder Tod rund 9500 Mitglieder. Dem stehen nur etwa 2500 Neuzugänge gegen-

*) Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz sowie bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im Jahre 1971 hat die NPD auch ihre Mandate in diesen Parlamenten verloren.

über; ein Jahr zuvor waren noch rd. 6 000 Beitrittserklärungen eingegangen. Die Gesamtstärke der Partei ist damit von 28 000 Mitgliedern Ende 1969 auf 21 000 Ende 1970 zurückgegangen.

Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß zunehmend auch Funktionäre und Mandatsträger die Partei verlassen haben. Im Jahre 1970 traten sieben Landtagsabgeordnete, 19 Abgeordnete in kommunalen Vertretungskörperschaften und mindestens 68 Kreisfunktionäre aus der Partei aus. Die Zahl der Austritte von führenden Funktionären auf Bundes- oder Landesebene hat sich gegenüber 1969 fast verdoppelt. 1969 verließen 12 Funktionäre dieser Kategorie die Partei, 1970 waren es 23.

Viele der Ausgeschiedenen fühlten sich durch die „undemokratische, totalitäre, satzungswidrige innerparteiliche Cliquenwirtschaft“ abgestoßen (so ein Austrittsschreiben von acht Mitgliedern des Berliner Landesverbandes – Gölles u. a. – vom 8. November 1969 an den Parteivorstand der NPD). Der 2. stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes Harburg-Land, Heinrich Ahrend, erklärte in einem Gespräch mit einem Journalisten Anfang April 1970, die NPD könne nicht das „Recht einer rechten Opposition“ für sich in Anspruch nehmen, solange sie „radikale Elemente deckt“, denen die Begriffe „Würde des Menschen und Toleranz völlig unbekannt sind“. Der bayrische Landesvorsitzende Herrmannsdörfer trat aus der Partei aus, nachdem er mit seinen innerparteilichen Reformvorstellungen bei den Delegierten des 4. Bundes-Parteitages nicht durchdringen konnte. Der frühere Landesvorsitzende der NPD in Hessen, Heinrich Fassbender, begründete in einem Schreiben an den Parteivorsitzenden v. Thadden vom 7. November 1970 seinen Austritt damit, daß er nicht mehr die Verantwortung „für diesen Scherbenhaufen“ tragen wolle.

Die Rückschläge der NPD sind nicht ohne Auswirkung auf die anderen rechtsradikalen Organisationen und Gruppen geblieben. Die Wahlniederlagen der NPD haben auch dort Auflösungstendenzen, Gruppenegoismus, Rivalitäten und Resignation ausgelöst oder verstärkt. Einzelne Gruppierungen sind seit geraumer Zeit völlig inaktiv oder beschränken

sich auf die Wahrnehmung unpolitischer Sonderinteressen. Andere verfielen in politisches Sektierertum.

2. Organisations- und Mitgliederstand

Kennzeichnend für den Rechtsradikalismus im Bundesgebiet ist nach wie vor ein ständiger Wechsel seiner organisatorischen Strukturen und die starke Fluktuation innerhalb der Mitgliedschaft.

Im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) bestehen 66 rechtsradikale Vereinigungen mit insgesamt rd. 31 500 Mitgliedern. Nach Abzug der Doppelmitgliedschaften (etwa 2 000) liegt die Gesamtzahl der Personen, die rechtsradikalen Organisationen angehören, erstmals seit 4 Jahren wieder unter 30 000 (Ende 1968 ca. 37 000).

Neben der NPD, der größten rechtsradikalen Organisation (21 000 Mitglieder), besitzen neun rechtsextreme Jugend- und Studentenorganisationen etwa 800 Mitglieder, die nicht zugleich der NPD angehören. Auf die sonstigen rechtsradikalen Organisationen entfallen insgesamt rd. 7 500 Mitglieder ohne gleichzeitige NPD-Mitgliedschaft.

B) Träger rechtsradikaler Bestrebungen

1. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Organisation und politische Ausrichtung

Den Kern des organisierten Rechtsradikalismus bildet die NPD. Sie allein verfügt über eine nennenswerte Organisation, die 11 Landesverbände, 62 Bezirksverbände, 470 Kreisverbände und 765 Ortsverbände umfaßt.

Die zahlreichen Abgänge (7 000 im Jahre 1970) haben die Sozialschichtung der Partei gegenüber 1969 verändert. Das Rückgrat der Partei bilden nach wie vor Angehörige mittelständischer Schichten. Jedoch hat sich der Anteil

der Selbständigen im Jahre 1970 noch erhöht, während der Anteil der Angestellten zurückgegangen ist.

Trotz der Niederlage bei der Bundestagswahl 1969 hat die NPD auf dem Bundesparteitag im Februar 1970, auf dem der Parteivorsitzende v. Thadden mit großer Mehrheit wiedergewählt worden war, ihren bisherigen politisch-ideologischen Kurs nicht geändert. Programm und Agitation der NPD sowie das Verhalten ihrer Anhänger weisen die Partei nach wie vor als eine rechtsradikale Gruppierung aus.

Insbesondere scheiterte ein Versuch vorwiegend jüngerer Funktionäre, eine personelle Veränderung der Führungsspitze, stärkeren Einfluß der Gesamtpartei auf das Parteiorgan „Deutsche Nachrichten“ und eine klare Distanzierung von den radikalen Thesen der Professoren Anrich und v. Grünberg sowie von dem im Verlag des Parteivorstandsmitgliedes Waldemar Schütz erscheinenden „Politischen Lexikon“ zu erreichen. Sowohl Prof. Anrich als auch Schütz gehören wiederum dem Parteivorstand an. Der Anteil der früheren DRP-Angehörigen im Parteivorstand insgesamt ist mit 38 % unverändert geblieben. Der beherrschende Einfluß v. Thaddens und seiner Gefolgsleute aus der DRP auf die Parteipresse bestand im Berichtszeitraum fort.

Finanzierung

Die NPD finanzierte ihre Tätigkeit durch Beiträge und Spenden der Mitglieder, Einnahmen aus öffentlichen Veranstaltungen und Geldsammlungen sonstiger Art. Darüber hinaus flossen ihr Mittel aus Beiträgen der NPD-Abgeordneten, aus Geldern, welche die NPD-Landtags-Fraktionen erhielten, und aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung zu. Außerdem erhob sie vor Landtags- und Bundestagswahlen Sonderumlagen bei ihren Mitgliedern und ließ sich von diesen Darlehen gewähren. Für die von kommunistischer Seite immer wieder aufgestellte Behauptung, rechtsradikale Organisationen, insbesondere die NPD, würden von „wirtschaftlichen Großunternehmen der Bundesrepublik“ unterstützt, bestehen keine Anhaltspunkte.

Die finanziellen Mittel aller Gliederungen der Partei erreichten im Jahre 1970 den Betrag von knapp 3,4 Millionen DM. Damit sind die Einkünfte der NPD im Vergleich zum Vorjahr auf weniger als die Hälfte gesunken.

Auf Bundes- und Landesebene gab die Partei insgesamt rund 2,2 Millionen DM aus. Den größten Einzelposten bilden die Ausgaben für die Landtagswahlkämpfe in Höhe von rund 1 Million DM. Der Rest entfällt auf „allgemeine Geschäftsunkosten“ (Gehälter, Mieten, Versicherungen, Büro-, Telefon- und Fernschreibkosten, Postgebühren, Kfz. usw.) in Höhe von etwa 700 000,— DM, auf Zuschüsse und Darlehen an nachgeordnete Verbände in Höhe von rund 320 000,— DM, auf Kapitaldienst, Grundstücks- und Rechtsberatungskosten in Höhe von rund 100 000,— DM und auf allgemeine Veranstaltungskosten in Höhe von etwa 80 000,— DM. Die Gesamtausgaben der Bezirks- und Kreisverbände dürften bei etwa 1 Million DM liegen. Zahlreiche Kreisverbände sind verschuldet.

2. Der „Ordnungsdienst“ (OD) der NPD

Die Partei hatte im Jahre 1968 mit dem Aufbau eines Ordnungsdienstes begonnen und dabei auf körperliches Training der Ordner sowie auf ihre einheitliche Ausstattung mit Schutzhelmen, Schutzkleidung, Lederkoppeln, Handschuhen und auf eine Ausrüstung mit Sprechfunk Wert gelegt.

Auftreten und Ausschreitungen dieser Ordnertrupps erregten wiederholt die Öffentlichkeit. Insbesondere weckten das massierte Auftreten der einheitlich ausgerüsteten „OD-Einsatzgruppen“ während des Bundestagswahlkampfes auch außerhalb von Versammlungsräumen sowie ihr brutales Vorgehen gegen politische Gegner in der Bevölkerung Erinnerungen an die NS-Zeit. Bei NPD-Ordnern wurden Tränengassprühdosen und Schlagwaffen gefunden. Der „Bundesbeauftragte“ für den Ordnungsdienst selbst führte ohne Waffenschein eine Pistole. Für einige seiner Mitarbeiter beschaffte er Elektrostäbe und Schlagstöcke. Eine süddeutsche Ordnergruppe versuchte, Wurfkörper mit Tränengas anzukaufen.

Der Parteivorstand hat für die gesamte Partei durch Beschluß vom 7. Mai 1970 den Ordnungsdienst aufgelöst. Gleichzeitig richtete die Parteiführung einen „Organisationsdienst“ ein, in dem „besonders aktive Kräfte der Partei zusammengefaßt“ sind. Dieser Organisationsdienst hat u. a. die Aufgabe, Ordner für öffentliche NPD-Veranstaltungen und zum Schutze der Redner der Partei zu stellen.

3. „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)

Der NHB versucht, die Ziele der NPD innerhalb der Studentenschaft zu propagieren. Die Vorsitzenden der einzelnen NHB-Gruppen müssen nach der Satzung NPD-Mitglieder sein. Der Bund ist deshalb trotz einer gewissen organisatorischen Autonomie als Organisation der NPD anzusehen. Ende 1970 hatte er in 19 Gruppen an deutschen Universitäten und Hochschulen insgesamt etwa 260 Mitglieder.

4. „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die „Jungen Nationaldemokraten“ sind keine offizielle Organisation der NPD; von den rund 1100 Mitgliedern (Ende 1970) gehört aber eine große Anzahl der NPD an. Sie sind in über 100 JN-Gruppen zusammengefaßt, die den Kreisjugendreferenten der NPD unterstehen. Fast die Hälfte aller JN-Mitglieder entfallen auf die Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg. Der „Bundesjugendreferent“ der JN ist kraft JN-Statut Mitglied des NPD-Bundesvorstandes.

5. Rechtsradikale „Widerstandsgruppen“

„Aktion Widerstand“

Die „Aktion Widerstand“ wurde am 5. Oktober 1970 unter Federführung des Leiters des Amtes für Rechtsfragen beim Parteivorstand der NPD gegründet. Zweck des Vereins ist „die Aktivierung und Koordinierung aller politischen Kräfte des deutschen Volkes, die das Handeln der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag mißbilligen“

(Satzung vom 5. Oktober 1970, § 2). Der Verein verfügte zunächst nur über zehn Mitglieder. Am 9. Januar 1971 wurde die „Volkspolitische Aktion“ (VOAK) des Alfred E. Manke, die ebenfalls nur wenige Anhänger hat, als korporatives Mitglied in die Aktion Widerstand aufgenommen.

Das Propagandamaterial der „Aktion Widerstand“ hat der Bundesvorstand der NPD finanziert und den Parteigliederungen zur Verbreitung zugeleitet. Auch die bisherigen Großveranstaltungen der Vereinigung – der „Widerstandskongreß“ vom 31. Oktober 1970 in Würzburg und die Kundgebung vom 12. Dezember 1970 im Raume Bonn – wurden im wesentlichen von der NPD organisiert und finanziert.

Sonstige „Widerstandsgruppen“

Als Exponenten weiterer rechtsextremer Zusammenschlüsse, die zum „Widerstand“ gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD-FDP-Koalition aufrufen, traten der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Dr. Dirk Schwartländer, und der Herausgeber der rechtsradikalen Zeitschrift „MUT“, Bernhard C. Wintzek, hervor.

Dr. Schwartländer gründete im Oktober 1970 zusammen mit dem ehemaligen NPD-Funktionär Uwe Klaas die „Deutsch-Soziale Aktion“, die durch Ausschreitungen und gewalttätige Demonstrationen wiederholt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit getreten ist.

Anläßlich des Treffens von Bundeskanzler Brandt und dem Ministerpräsidenten der DDR, Stoph, im Mai 1970 in Kassel hatten sich unter Initiative von Bernhard C. Wintzek der „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ), die „Wiking-Jugend“, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und andere rechtsradikale Jugendgruppen zu einer „Gesamtdeutschen Aktion“ zusammengeschlossen, die in Kassel gegen das Treffen demonstrierte. Die „Gesamtdeutsche Aktion“ nannte sich seit Anfang Oktober 1970 „Aktion W“. Sie forderte in einem Mitte Oktober 1970 verbreiteten Flugblatt die Bevölkerung auf, sich „gegen den Verrat und Verzicht auf deutsches Land im Osten und gegen die Bolschewisierung unseres Landes“ zu wehren. Sie

war am „Widerstandskongreß“ in Würzburg am 31. Oktober 1970 und in noch stärkerem Umfange an der Bonner Kundgebung am 12. Dezember 1970 beteiligt. Inzwischen hat sie sich aufgelöst.

Polemische Agitation in der Auseinandersetzung mit der Ostpolitik der Bundesregierung betrieben zwei weitere Splittergruppen, die unter den Bezeichnungen „Aktion 2000“ und „Aktion 70“ auftraten. Sie werden beide von NPD-Aktivisten geleitet. Die „Aktion 2000“ verfügt über eine verhältnismäßig kleine Zahl von Anhängern in Schleswig-Holstein. Die „Aktion 70“ hat ihren Schwerpunkt in Recklinghausen.

Eine rechtsradikale Organisation, die sich insbesondere an die Vertriebenen wendet, nennt sich „Gemeinschaft ostdeutscher Grundeigentümer“ (GOG). Leiter der Organisation ist der Industrieberater Dr. Hoffmann-Günther.

In ähnlicher Weise agitierte die „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), eine nationalistische Gruppe mit etwa 300 Mitgliedern. Ihr Bundesvorsitzender ist das NPD-Mitglied Erwin Arlt, der sich im Januar 1971 an der Gründung der „Deutschen Volksunion“ (DVU) durch den Herausgeber der „Deutschen National Zeitung“, Dr. Frey, maßgeblich beteiligt hat.

6. Sonstige Träger rechtsradikaler Bestrebungen

Die neben der NPD bestehenden sechs weiteren Parteien mit radikal-nationalistischer Zielsetzung sind einschließlich der national-neutralistischen „Aktiongemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) mit einem Gesamtbestand von 2 200 Mitgliedern politisch bedeutungslos.

Die meisten der übrigen rechtsradikalen Vereinigungen sympathisieren zwar noch mit der NPD, ihr Vertrauen zu dieser Partei ist jedoch im Schwinden begriffen. Mit 3 500 Mitgliedern war das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) im Berichtszeitraum die zahlenmäßig stärkste rechtsradikale Gruppierung nach der NPD. Sie ist in 60 „Pflegestätten“ gegliedert. Etwa 30 % ihrer Funktionäre sind gleichzeitig Mitglieder der NPD.

Eine Reihe rechtsextremer Vereinigungen, darunter die „Wiking-Jugend“ (ca. 50 Mitglieder, Vorsitzender: Wolfgang Nahrath), der „Bund Heimattreuer Jugend“ (etwa 150 Mitglieder, Vorsitzender: Fritz Burger) und die „Aktion Oder-Neiße“ (AKON) ist im „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände“ (AVV) zusammengefaßt. Dieser Dachverband trat im Jahre 1970 als Herausgeber zahlreicher rechtsextremer Flugschriften und Presseerklärungen an die Öffentlichkeit. Sein Organisationsleiter Alfred E. Manke ist zugleich geschäftsführender Vorsitzender des Vereins „Aktion Widerstand“.

Die „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) strebt als Nahziel die „Klärung der Kriegsschuldfrage“ an. Sie will sich ferner für solche „nationalen“ Autoren, Werke und Verlage einsetzen, die aus „rein politischen Erwägungen in der Öffentlichkeit totgeschwiegen werden“. Vorsitzender der GfP, die Ende 1970 etwa 400 Mitglieder umfaßte, ist Werner Hänslar, Presseorgan der GfP ist das „Freie Forum“.

C) Rechtsradikale Presse

Es bestehen insgesamt 42 Verlage und Buchdienste, die überwiegend rechtsradikales Schrifttum herausbringen, anbieten und verbreiten. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Kleinstunternehmen und Einmannverlage. Nach wie vor verfügt der Rechtsradikalismus nicht über eine eigene Tageszeitung. Die Gesamtauflage der drei rechtsradikalen Wochenblätter betrug am Ende des letzten Jahres 177 000 Exemplare gegenüber 193 000 im Jahre 1968.

Das Parteiorgan der NPD, die „Deutschen Nachrichten“, erschien mit einer Auflage von 38 000 Exemplaren, die von dem NPD-Vorstandsmitglied Schütz herausgegebene „Deutsche Wochenzeitung“ mit einer Auflage von 22 000 Exemplaren. Auflagenstärkste Wochenschrift des Rechtsradikalismus ist die „Deutsche National-Zeitung“ des Dr. Frey in München mit 117 000 Exemplaren.

Der „Deutsche Anzeiger“ (DA) erscheint 14-

täglich mit etwa 3 000 Exemplaren. Verantwortlich für den Inhalt des Blattes ist seit Ende 1970 die Ehefrau des DNZ-Herausgebers Dr. Gerhard Frey.*)

Die Monatsschrift „Nation · Europa“ hat im März 1970 eine gegen Kriegsende unter dem Titel „Werwolf – Winke für Jagdeinheiten“ verfaßte Anweisung für die Bandenbekämpfung wiederveröffentlicht und sie durch Kommentare aus der Schrift des schweizerischen Unteroffizierverbandes „Der totale Widerstand – Kleinkriegsanleitungen für Jedermann“ ergänzt. Der Gesellschafter dieser Monatsschrift und Vorsitzende des Vereines „Nation-Europa-Freunde e. V.“, Peter Dehoust, ist zugleich Herausgeber des „Deutschen Studentenanzeigers“ (DSA). Dehoust ist Kreisvorsitzender der NPD.

Der „Deutsche Studentenanzeiger“ hat seit Beginn des Jahres 1970 mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die vierteljährlich erscheinenden Ausgaben konnten gerade noch durch Spenden und Einnahmen aus Anzeigenaufträgen bestritten werden. Bei einer Auflage von 22 000 Exemplaren verfügt die Zeitung im Bundesgebiet nur über etwa 3 000 Abonnenten. Im studentischen Bereich hat sie so gut wie keine Bedeutung.

D) Ausschreitungen und Gewaltakte

Ähnlich wie in den Vorjahren, aber verstärkt durch die zunehmende Radikalisierung neuer Splittergruppen innerhalb der NPD, waren Mitglieder dieser Partei verhältnismäßig oft an politisch motivierten Ausschreitungen beteiligt.

Im Jahre 1969 ereigneten sich z. T. massive Ausschreitungen von Angehörigen des – seit Mai 1970 aufgelösten – „Ordnungsdienstes“ (OD) der NPD. Zu den schwersten Ausschrei-

tungen kam es während einer NPD-Veranstaltung am 25. Juli 1969 im Frankfurter Cantate-Saal, zu der die NPD auch aus benachbarten Bundesländern Ordnergruppen aufgeboten hatte. Dort gingen Ordner innerhalb und außerhalb des Saales brutal gegen Demonstranten und Zwischenrufer vor. Mehrere NPD-Gegner wurden verletzt; gegen zahlreiche Ordner wurden Strafanzeigen erstattet. Zum Höhepunkt der Zwischenfälle bei Wahlveranstaltungen der NPD kam es in Kassel, wo am 16. September 1969 nach dem Verbot einer Kundgebung zwei jugendliche Demonstranten von dem Bundesbeauftragten der NPD für den Ordnungsdienst, Kolley, durch Schüsse verletzt wurden. Das Strafverfahren gegen Kolley ist noch nicht abgeschlossen.

Im Jahre 1970 ist die Zahl der Ausschreitungen aus rechtsextremen Beweggründen gegenüber dem Jahr 1969 leicht gestiegen. Den Staatsschutzbehörden wurden 184 Fälle dieser Art bekannt gegenüber 162 im Jahre 1969. Die Ausschreitungen nahmen gegen Jahresende 1970 zu, offenbar als Folge des „Widerstandskongresses“ vom 31. Oktober 1970 in Würzburg.

Die im Jahre 1970 erfaßten Ausschreitungen sind im Vergleich zum Vorjahr als schwerwiegender zu beurteilen, 47 der 184 Vorfälle im Jahre 1970 hatten Gewaltanwendung, Androhung von Gewalt und Aufforderung zur Gewaltanwendung zum Gegenstand.

Am 19. April 1970 brachen drei Mitglieder der NPD in die Räume der DKP-Bezirksleitung in Düsseldorf ein und zerstörten die Einrichtung. Am 30. April 1970 wurden der ehemalige Vorsitzende des NPD-Ortsbereichs München-Fürstenried, Otto Herzinger, und der damalige NPD-Ordner Günter Duhse wegen Waffenschmuggels festgenommen. Duhse hatte Waffen u. a. auch an NPD-Mitglieder verkauft. Am 20. Mai 1970 wurden 14 Mitglieder und Funktionäre aus Nordrhein-Westfalen wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz festgenommen. Das Strafverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die Verhafteten gehörten der Ende 1969 gegründeten rechtsradikalen Geheimorganisation „Europäische Befreiungsfront“ (EBF) an. In dieser Organi-

*) Der „Deutsche Anzeiger“ ist inzwischen das Verbandsorgan der am 16. Januar 1971 in München auf Initiative des Dr. Gerhard Frey gegründeten überparteilichen Sammlungsbewegung „Deutsche Volksunion“ (DVU).

sation hatten ehemalige Angehörige des NPD-Ordnungsdienstes führende Funktionen inne. Ihre Mitgliederzahl war gering (höchstens 35). Die EBF wollte als „reine Kampfgruppe“ Sammelbecken der „nationalen Kräfte Europas“ sein und drohte die „Vernichtung des Kommunismus“ an. Sie war ein militanter Geheimbund. Verstöße gegen Disziplin und Kameradschaft sollten „militärisch geahndet“ und der Betroffene „liquidiert“ werden. Es wurden Pläne erörtert, in eine Bundeswehrkaserne einzudringen und dort Waffen und Munition zu stehlen. Anlässlich des Treffens von Bundeskanzler Brandt mit Ministerpräsident Stoph in Kassel am 21. Mai 1970 wollte die EBF die Stromversorgung der Stadt Kassel durch Schüsse auf die Isolatoren der Stromleitungen lahmlegen. Bei Durchsuchungen fand die Polizei Waffen und Munition sowie Kartenmaterial für „Einsatzzwecke“.

Der NPD-Parteivorstand erklärte zu der Verhaftung, die von der EBF propagierten Methoden seien zwar „Ausfluß unpolitischer Schwarmgeisterei und jugendlicher Romantik“, jedoch seien die Motive der EBF „durchaus achtenswert“ (Deutsche Nachrichten Nr. 22/70, S. 16).

Vor, während und nach dem „Widerstandskongreß“ am 31. Oktober 1970 in Würzburg bildeten Kundgebungsteilnehmer Sprechchöre und entrollten Transparente, die in Parolen, wie „Hängt die Verräter!“ und „Deutsches Land wird nicht verschenkt, eher wird der Brandt gehängt“ gipfelten. Die NPD und die „Aktion Widerstand“ erklärten, daß es sich bei diesen Aktionen um Exzesse von Einzelpersonen gehandelt habe.

Am 7. November 1970 verübte der 21jährige Krankenpfleger Ekkehard Weil in Berlin mit einem Kleinkalibergewehr einen Mordanschlag auf einen sowjetischen Wachsoldaten am sowjetischen Ehrenmal. Weil handelte als Einzelgänger aus rechtsextremen Motiven. Er wurde am 8. März 1971 von einem Zivilgericht der britischen Militärregierung in Berlin zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

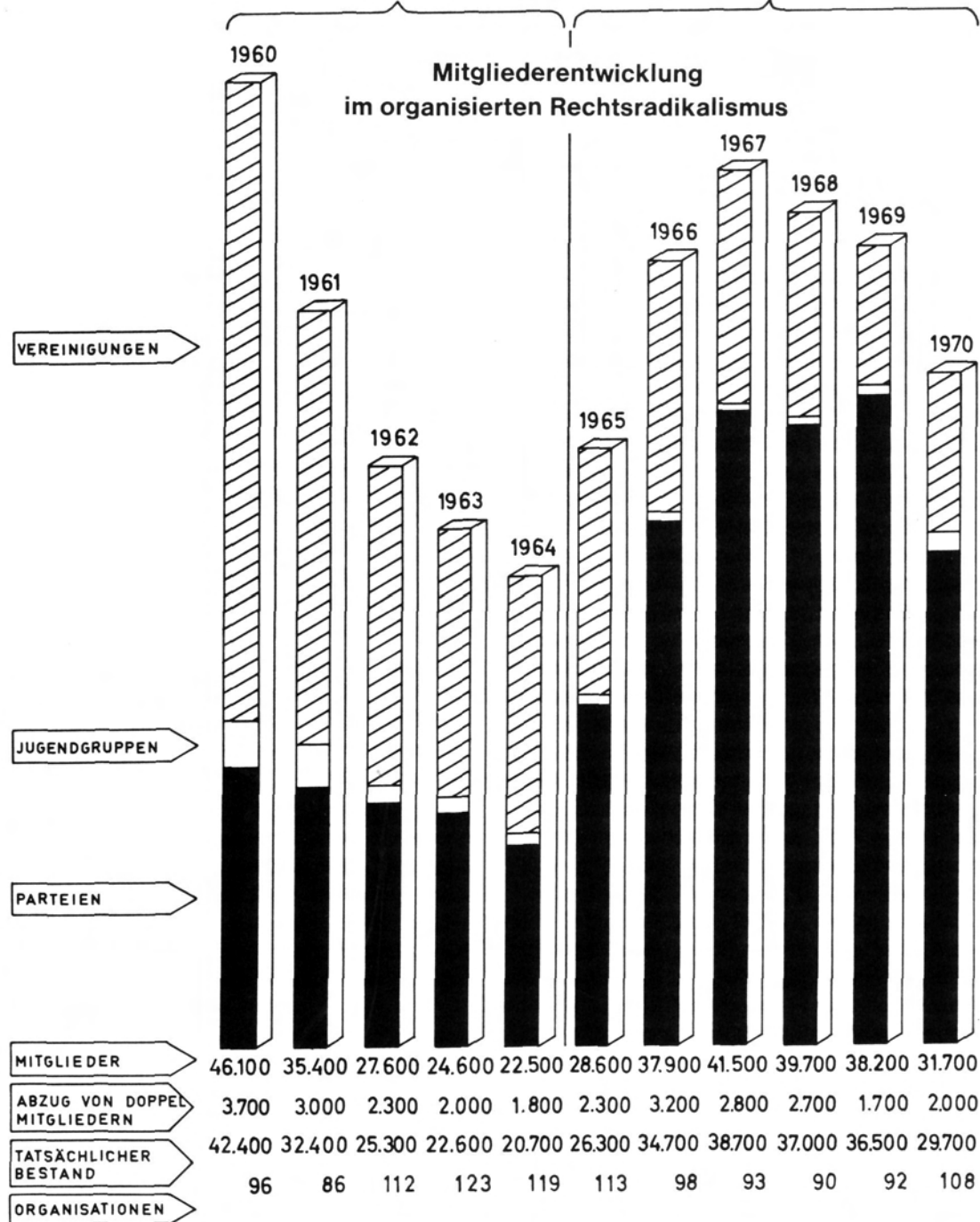
Daneben haben rechtsextreme Täter wiederholt Sachbeschädigungen in Geschäftsstellen und Büroräumen politischer Gegner verübt. Mitglieder der Bundesregierung, Abgeordnete des Deutschen Bundestages und sonstige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die für die Ostpolitik der Regierungskoalition eintraten, wurden wiederholt mit Mord und Entführung bedroht sowie auf Plakaten und in Flugblättern verunglimpft. Bei etwa einem Drittel der Ausschreitungen wurden jüdische Mitbürger bedroht und beleidigt.

Hakenkreuzschmierereien aus nazistischen oder antisemitischen Beweggründen sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Häufiger wurde von linksgerichteten politischen Gruppen das Hakenkreuz als Mittel des Protestes gegen die NPD oder andere Träger rechtsradikaler Bestrebungen verwendet.

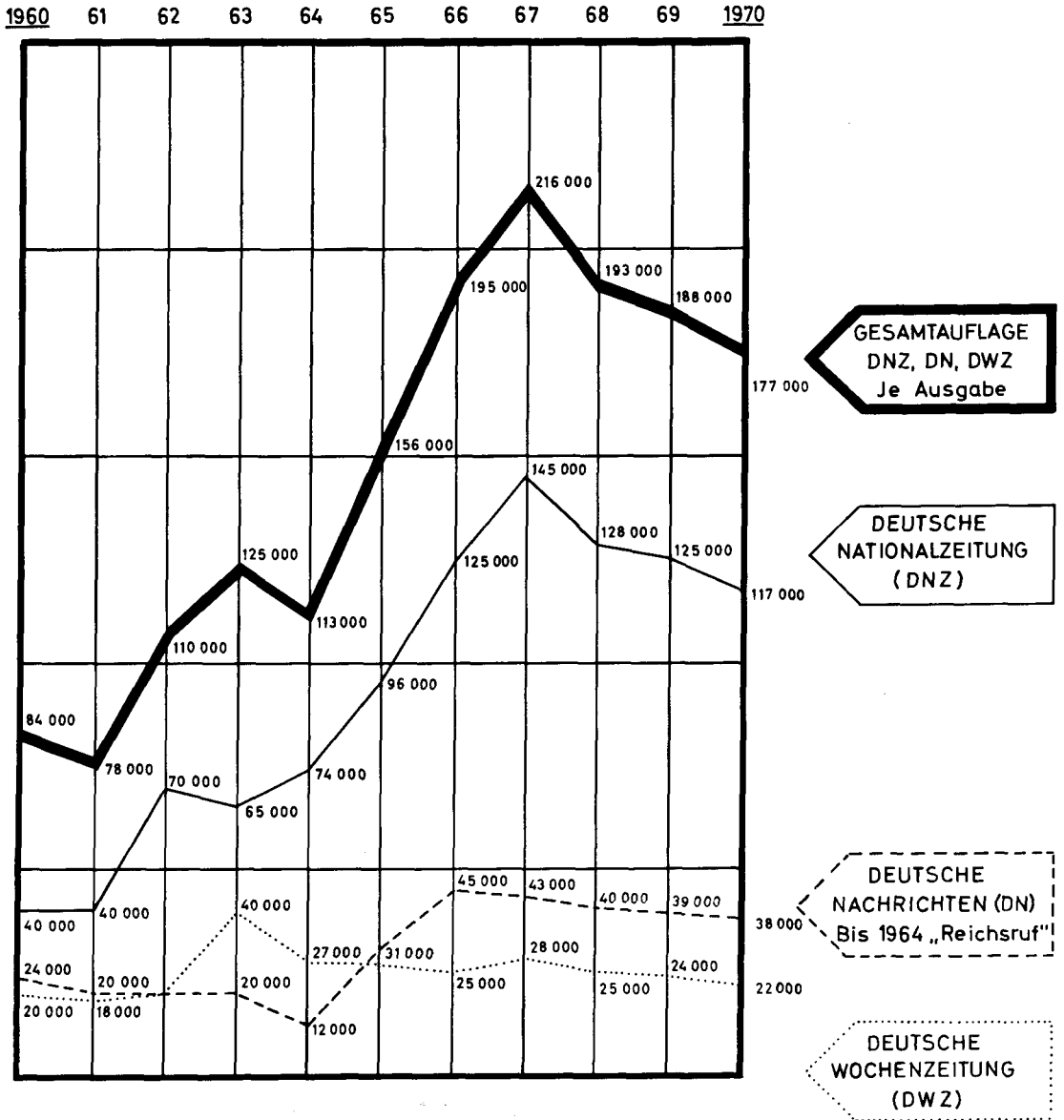
Insgesamt wurden im Verlauf der Jahre 1969 und 1970 62 Angeklagte wegen strafbarer Handlungen mit nazistischer oder antisemitischer Motivation verurteilt. 45 der Urteile sind rechtskräftig.

15 der in beiden Berichtsjahren rechtskräftig verurteilten Personen waren Mitglieder rechtsradikaler Organisationen.

1960 - 64
1965 - 70
 VERFALL DER DEUTSCHEN REICHSPARTEI (DRP) U. ANDERER MITGLIEDSTARKER GRUPPEN
 AUFKOMMEN UND NIEDERGANG DER NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (NPD)



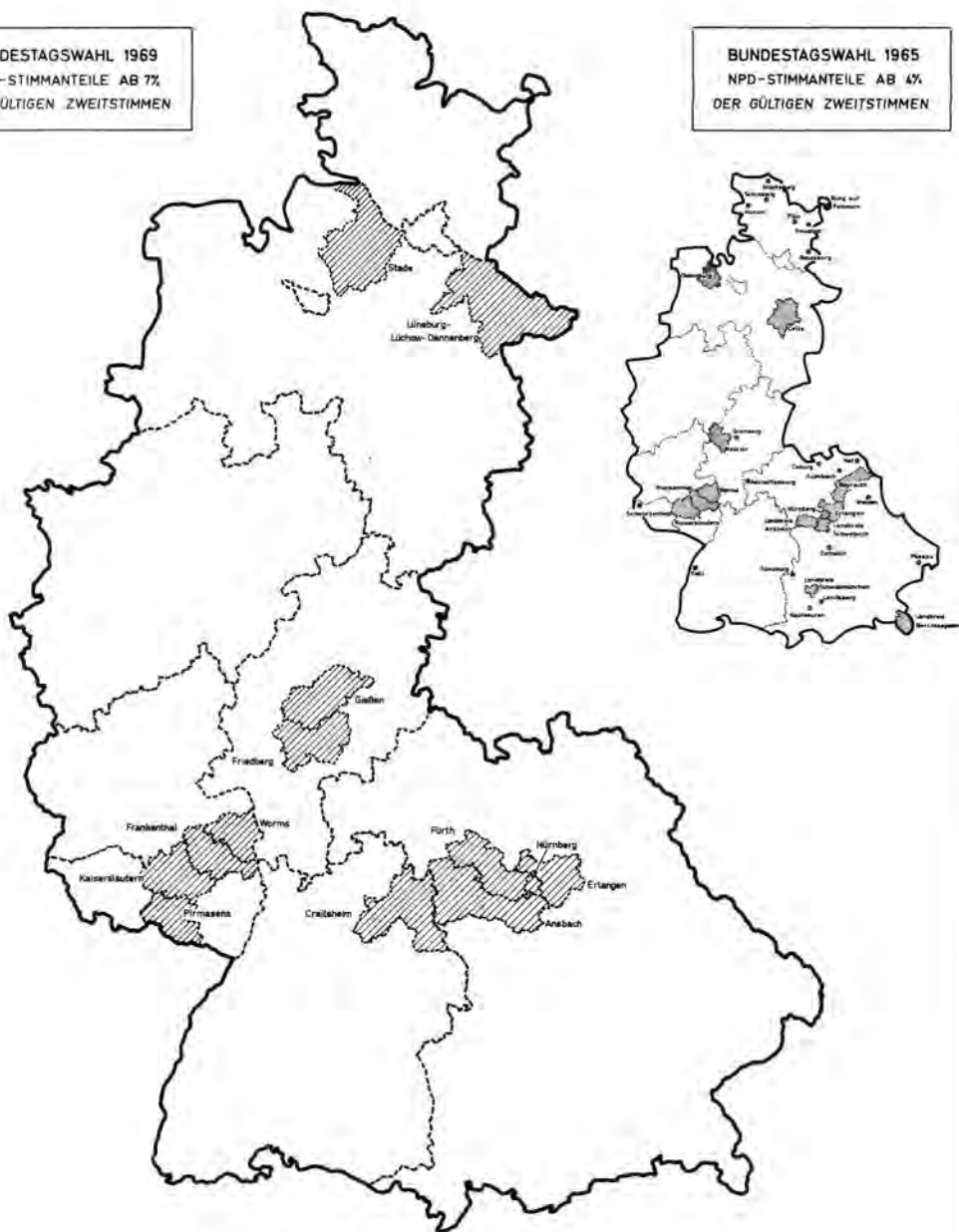
Auflagenentwicklung der rechtsextremen Wochenzeitungen 1960 - 1970



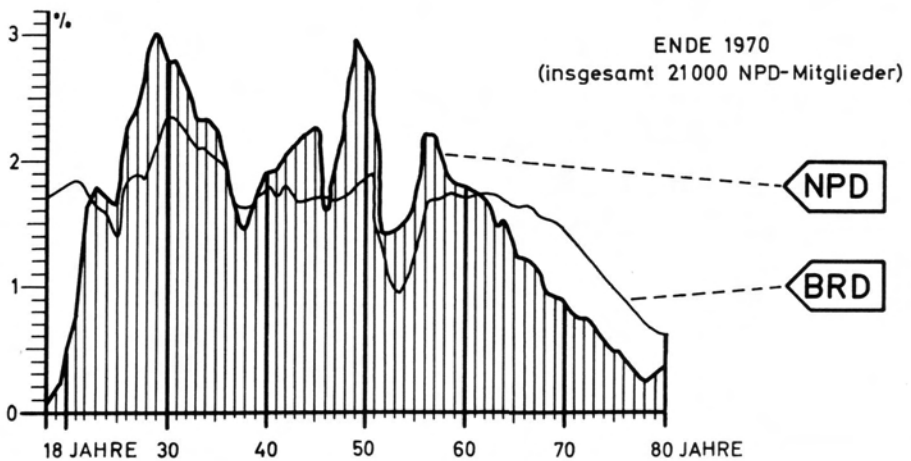
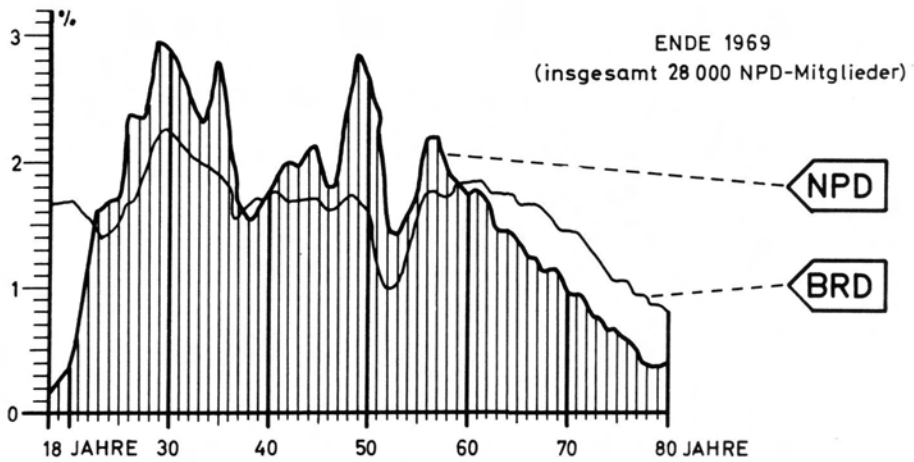
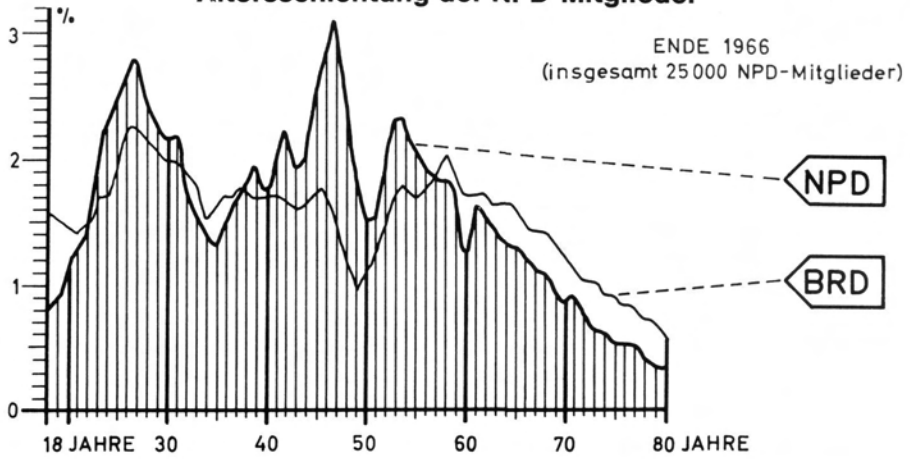
NPD-Schwerpunkte bei den Bundestagswahlen 1969 und 1965

BUNDESTAGSWAHL 1969
 NPD-STIMMANTEILE AB 7%
 DER GÜLTIGEN ZWEITSTIMMEN

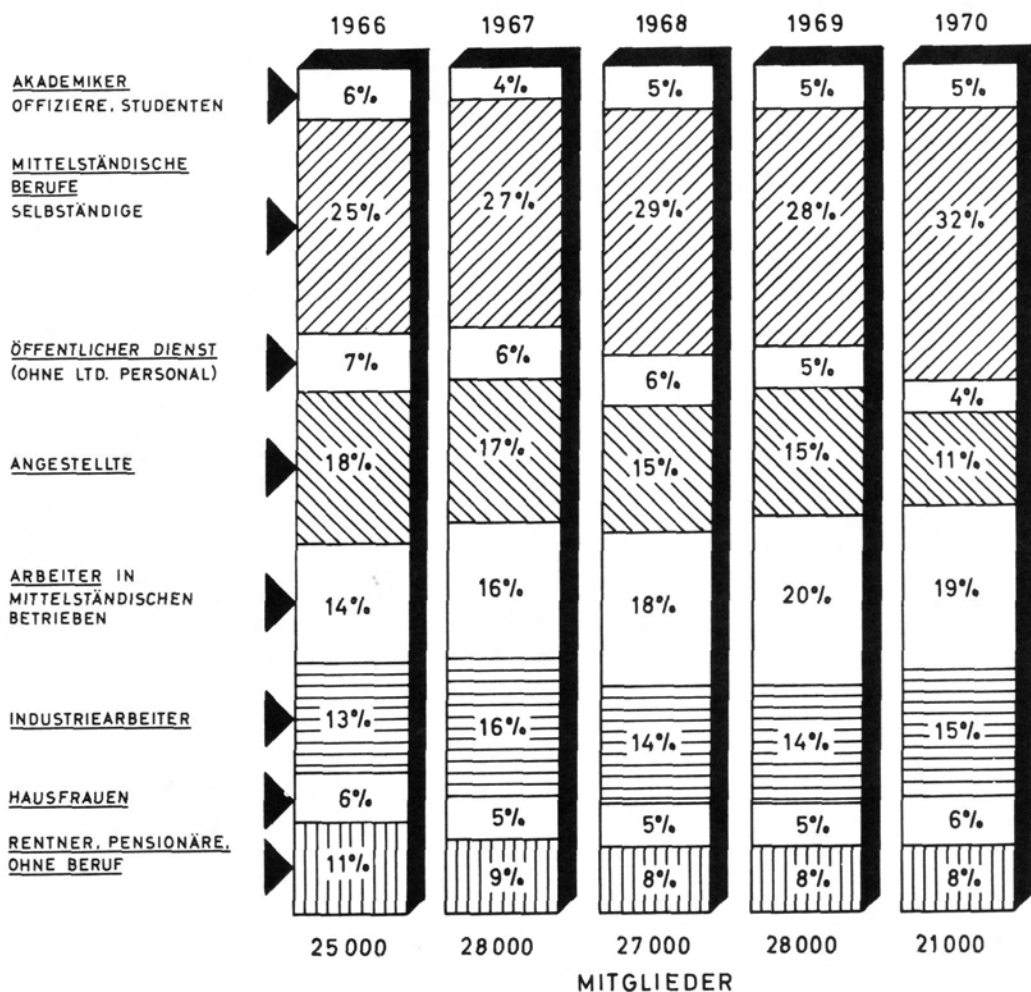
BUNDESTAGSWAHL 1965
 NPD-STIMMANTEILE AB 4%
 DER GÜLTIGEN ZWEITSTIMMEN



Altersschichtung der NPD-Mitglieder



Die Berufs- und Sozialschichtung der NPD-Mitglieder



Ost-Deutschland als Sühneopfer

**Ganz Deutschland verraten!
Verzicht auf deutsche Einheit
Die Unterschrift - ein Verfassungsbruch**

Die NPD formiert den Widerstand - v. Thadden protestierte bei Kossygin

**Die NPD formiert den Widerstand
gegen den Unterwerfungs-Vertrag**

Aufruf der Parteiführung an alle volkstreu Patrioten über die Parteigrenzen hinweg

Jetzt wird Berlin verraten!

Chruschtschows Ultimatum von 1958 wird erfüllt - Die Bonner SPD verrät Ernst Reuter

Jetzt werden wir ausgeplündert

Kommunistische Staaten fordern von der Bundesrepublik Wiedergutmachung

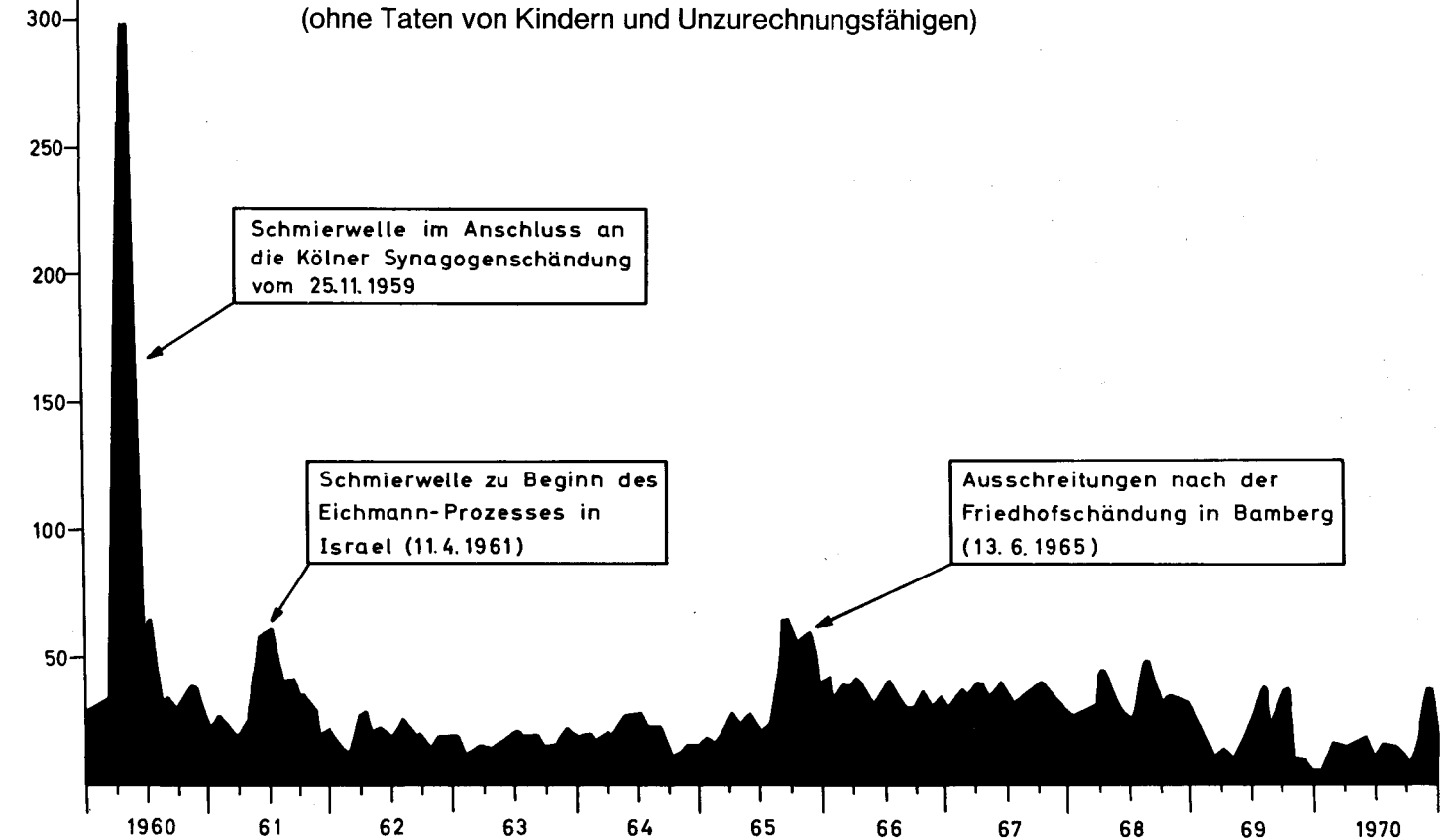
Deutschland rüstet Rußland auf

Das Geschäft des Jahrhunderts - Wir dürfen es sogar bezahlen

FÄLLE
monatlich

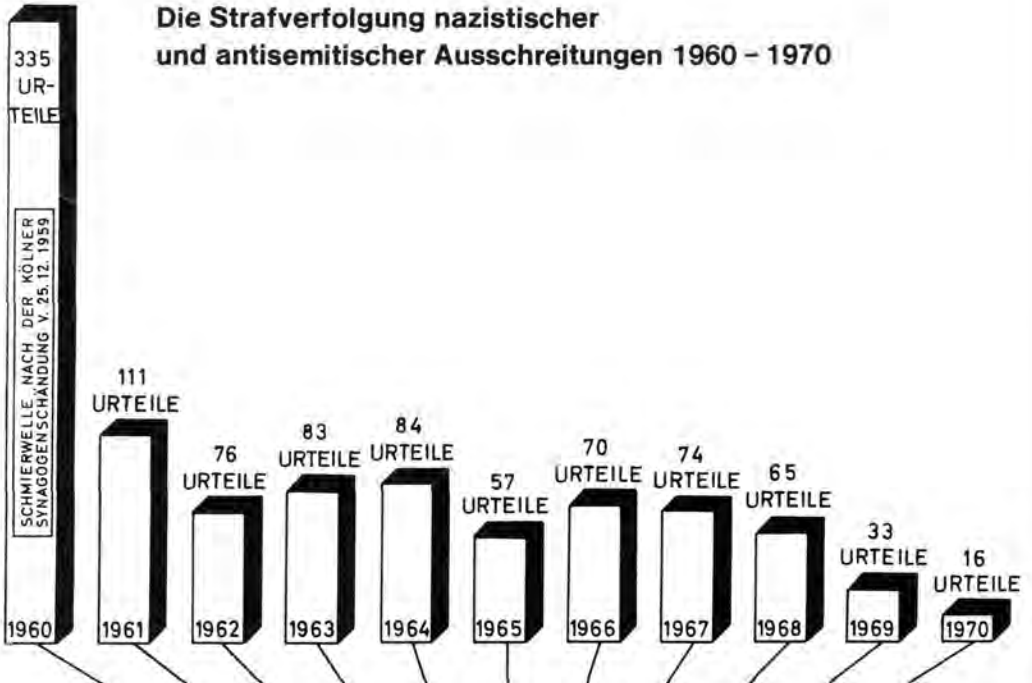
Antisemitische und nazistische Ausschreitungen 1960 - 1970

(ohne Taten von Kindern und Unzurechnungsfähigen)

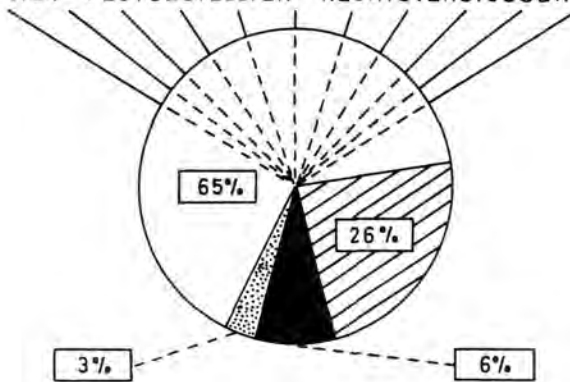






FÄLLE:
insgesamt

Die Strafverfolgung nazistischer und antisemitischer Ausschreitungen 1960 - 1970



INSGESAMT 1004 VERURTEILUNGEN MIT 1724 FESTGESTELLTEN RECHTSVERSTÖßEN



-  — VEREINIGUNGSDELIKTE: §§ 90 a, 127, 128, 129 StGB
-  — STRAFTATEN AUS TERRORISTISCHEN MOTIVEN: §§ 306, 308, 311, 239, 240, 241, 114, 49 a, 111, 125, 211, 212, 240, 241 StGB, SPRENGSTOFFGESETZ, WAFFENGESETZ
-  — FÄLLE STAATS- UND ORDNUNGSGEFÄHRDENDER AGITATION §§ 96 a, a.F., 86, 86 a, 129, 130, 138, 140, 189, 96, 166, 93, 95, 97, 91, 108 a a.F., 109 a a.F. StGB
-  — SONSTIGE FÄLLE NAZISTISCHER UND ANTISEMITISCHER STÖR- UND SCHMIERTÄTIGKEIT: §§ 113, 116, 185, 123, 189, 360, 303, 304, 305, 330 a, 223, 223 a, 168, 242 StGB, VERSAMMLUNGSGESETZ

Brandts Pakt mit dem
Verbrecherstaat Sowjetunion
Deutschland ans Messer geliefert

Stellt BRANDT vor GERICHT!

Scheels Verrat in Moskau
Verbrechen eines Außenministers

Brandts großer Verrat
Er liefert Deutschland
an Moskau aus

Wir enthüllen
Bahrs Geheimzusagen

Brandts Pakt mit Mördern

Brandts würdeloser Kniefall
Das Recht des deutschen Volkes verschenkt



Ordner der NPD

Linksradikale Bestrebungen 1969/1970

A) Allgemeine Erkenntnisse

In den Jahren 1969 und 1970 haben die kommunistischen Organisationen und die Gruppen der sog. „Neuen Linken“ die Versuche fortgesetzt, ihre Vorstellungen und Zielsetzungen in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu verbreiten und stärkeren Einfluß auf das politische Leben zu gewinnen. Die Erfolge sind jedoch hinter den Erwartungen der linksradikalen Gruppen weit zurückgeblieben. Dies zeigte sich bei den Kommunisten auch an ihrem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl 1969 und den Ländtagswahlen des Jahres 1970. Jedoch konnte die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ihren Mitgliederbestand beträchtlich erhöhen (Ende 1969: 23 000, Ende 1970: 30 000 Mitglieder) und den Parteiapparat ausbauen. Sie ist die stärkste, ideologisch und organisatorisch geschlossenste und finanzkräftigste linksradikale Organisation in der Bundesrepublik. Die „Neue Linke“ bietet dagegen das Bild starker organisatorischer Zersplitterung. Ihre Massendemonstrationen gingen zurück, jedoch nahmen Gewaltaktionen und Terror kleinster Gruppen zu. Gegenüber der ideologischen Vielfalt von einst haben die marxistisch-leninistischen Richtungen Boden gewonnen.

Im Hochschulbereich ist der Einfluß linksradikaler Kräfte gewachsen; hier hat auch das Ausmaß kommunistischer Steuerung zugenommen.

Im Bundesgebiet, einschließlich Berlin (West) bestanden Ende 1970 insgesamt 250 linksradikale Organisationen mit etwa 84 000 Mitgliedern, darunter 130 orthodox-kommunistische Gruppen mit rund 81 000 Mitgliedern. Insgesamt sind jedoch nur etwa 65 000 Personen organisiert, da viele gleichzeitig Mitglieder mehrerer Vereinigungen und Gruppen sind.

Die 120 übrigen Vereinigungen verteilen sich auf 20 maoistische Gruppen mit etwa 800 Mitgliedern, 5 trotzkistische mit rd. 400, 5 anarchistische mit rd. 80 und 90 sonstige Gruppen mit rd. 2 000 Mitgliedern.

Die Linksradikalen propagierten ihre Ziele und Methoden in rd. 420 periodischen Blättern, darunter 320 kommunistische mit 80 Prozent der Gesamtauflage. Insgesamt wurden 1969 10,5 und 1970 11,2 Millionen Exemplare kommunistischer und pro-kommunistischer Blätter vertrieben.

1969 und 1970 sind wiederum in hoher Auflage Agitationsschriften aus der DDR in die Bundesrepublik eingeschleust worden. Der Umfang ging gegenüber den Vorjahren zwar zurück, die Agitationsschriften wurden jedoch gezielter als früher versandt.

Eine ernsthafte Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist aus der Betätigung linksradikaler Kräfte und Organisationen bisher nicht erwachsen.

B) Die Tätigkeit der Kommunisten

1. Nah- und Fernziele

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die „Sozialistische Einheitspartei Westberlin“ (SEW) und die illegale „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) bewegen sich auf der ideologischen und politischen Linie der SED und bekennen sich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin als Richtschnur ihres Handelns. Die DKP vermied es dabei, Begriffe und Formulierungen zu verwenden, die seinerzeit zum Verbot der KPD beigetragen hatten, so z. B. „Diktatur des Proletariats“ und „Proletarische Revolution“. Offiziell trat die DKP für die Errichtung einer „realen“ („antiimpe-

rialistischen“) Demokratie ein, die sie auf dem Wege über eine „revolutionär-demokratische“ Umgestaltung der Gesellschaft erreichen will. Diese „Zwischenetappe“ strebt sie zunächst an, weil sie sich darüber klar ist, daß der Sozialismus kommunistischer Prägung sich bei den derzeitigen Verhältnissen in der Bundesrepublik nicht mit einem „Sprung“ verwirklichen läßt. Für das Endziel, eine „sozialistische Umwälzung“, meldet die DKP aber ihren totalen Machtanspruch an. Ein Mitglied des DKP-Präsidiums sagte hierzu, es gehe „... zuerst um einen Anteil der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten an der Macht und später um die ganze Macht“ (Engels-Konferenz der DKP, 28./29. 11. 1970).

DKP, KPD und SEW setzen sich für die Prinzipien des „proletarischen Internationalismus“ ein, betrachten SED und DDR als Modelle und erkennen die führende Rolle der KPdSU an. Sie bekämpfen „rechte“ und „linke Abweichungen“, wobei der Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ in letzter Zeit stark im Vordergrund stand.

2. Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern

Vordringlich fordern die Kommunisten eine „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. In ihr sehen sie eine wesentliche Voraussetzung für das angestrebte Bündnis der „demokratischen Kräfte“ (vgl. u. a. Herbert Mies, stellvertretender Vorsitzender der DKP in Marxistische Taschenbücher, Band „Lenin und die Arbeiterbewegung heute“, 1970, S. 130 f., Verlag Marxistische Blätter GmbH, Ffm.). Die Gewerkschaften sollen nach ihren Vorstellungen in „Kampforganisationen der Arbeiter“ umgewandelt werden. Ansatzpunkte hierfür glaubten die Kommunisten in Lohnkämpfen, in unbefriedigender Lehrlingsausbildung sowie in den Auseinandersetzungen um Mitbestimmung und innergewerkschaftliche Reformen zu sehen. Die Versuche der Kommunisten, eine „Aktionseinheit“ mit der SPD zu erreichen, sind an der entschiedenen Absage der SPD erneut gescheitert. Appelle, Briefe und Gespräche, in denen die Kommunisten „Ge-

meinsamkeiten“ mit den Sozialdemokraten beschworen, hatten nur insoweit einige Anfangserfolge, als Jungsozialisten des SPD-Bezirks Marburg-Land den Wahlvorschlag der DKP für die Landtagswahl 1970 unterstützten und Mitglieder der SPD, des DGB und Jungsozialisten Aufrufe der kommunistisch organisierten „Bürgerinitiativen für die Ratifizierung des Moskauer-Vertrages“ unterschrieben. Nach dem Beschluß des SPD-Parteirats vom 14. 11. 1970 gegen eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten verstärkte die DKP ihre polemischen Angriffe auf die SPD-Führung.

Gegenüber den Gewerkschaften gibt sich die DKP nach wie vor als Verfechterin des DGB-Grundsatzprogramms aus. Sie möchte nicht als Opposition in den Gewerkschaften, sondern als deren Kern betrachtet werden. Mehrere hundert DKP-Mitglieder haben gewerkschaftliche Funktionen, vor allem in Betrieben und unteren Gliederungen der Gewerkschaften inne. Die Zahl der hauptamtlich in den Gewerkschaften tätigen DKP-Mitglieder ist weiterhin gering.

3. Betriebsarbeit der DKP

Ihre Betriebsgruppen in mittleren und größeren Industriebetrieben sieht die DKP als wichtigste Basen ihrer Gewerkschaftsarbeit an. Die Resonanz der Betriebsarbeit war jedoch gering. Von den Streiks in der Stahlindustrie und im Bergbau (September 1969) wurde die DKP selbst überrascht. Erst beim Tarifstreit in der metallverarbeitenden Industrie (September/Oktober 1970) versuchte sie von Anfang an, die Situation politisch auszunutzen. Trotz aller Bemühungen sowohl der DKP-Betriebsgruppen als auch der kommunistischen Betriebsräte und Vertrauensleute konnten sie aber nicht den von der Parteiführung gewünschten Einfluß auf die Arbeiterschaft und die Verhandlungsführung der IG Metall nehmen.

Die DKP will weitere Betriebsgruppen bilden, vor allem in den Großbetrieben der Metall- und Chemieindustrie. Sie beabsichtigt ferner, die Zahl der Betriebszeitungen zu steigern, deren Inhalt zu verbessern und die Mitglieder

der Betriebsgruppen durch kontinuierliche Schulungsarbeit auf ideologisch-politische Auseinandersetzungen mit den „arbeiterfeindlichen Theorien der Klassegegner“ vorzubereiten.

4. „Volksfront“-Bestrebungen

Neben ihren Bestrebungen zur Herstellung einer „Aktionseinheit“ mit demokratischen Kräften und der Intensivierung der Betriebsarbeit bemühten sich die Kommunisten angestrengt darum, in der Bevölkerung für eine Unterstützung kommunistischer Forderungen und Initiativen zu werben. Damit wollten sie ihre Basis erweitern und eine kommunistisch gelenkte Volksfront schaffen. In ihre Bemühungen schaltet die DKP nach wie vor ihre alten „Bündnispartner“ ein („Deutsche Friedensunion“, „Bund der Deutschen“, „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“, „Demokratische Aktion gegen Neonazismus und Restauration“, ADF u. a.). Die Verträge von Moskau und Warschau wurden als Gelegenheit genutzt, durch Kampagnen für die unverzügliche Ratifizierung der Verträge und ihre „innenpolitische Verwirklichung“ kommunistische Selbstdarstellung zu betreiben. Dabei zeigten sich bei der Gründung von entsprechenden „Bürgerinitiativen“ bescheidene Erfolge. Die DKP sieht in solchen Initiativen ein Mittel zum „Abbau des Antikommunismus“ und damit zu Verbesserungen der Bedingungen ihrer eigenen politischen Arbeit. Durch eine Bündnispolitik mit demokratischen Kräften, die kommunistische Einflußnahme hinzunehmen bereit sind, soll die Kampagne der DKP gegen CDU/CSU, NPD und Vertriebenenverbände, die sie als „Rechtskartell“ zusammenfaßt, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und gesellschaftspolitische Veränderungen auf eine breite Grundlage gestellt und Druck auf Bundesregierung und Bundestag ausgeübt werden. Die DKP und ihre Hilfsorganisationen verfolgen dabei das taktische Ziel, alle von ihnen seit Jahren bekämpften politischen Erscheinungen in der BRD als unvereinbar mit dem Geist der Verträge hinzustellen. Die meisten ihrer eigenen

Forderungen stellen sie als logische Folge der Verträge hin.

Besondere, von Kommunisten gesteuerte Komitees fördern die Bemühungen der Sowjetunion um eine „Europäische Sicherheitskonferenz“. Eine Massenbasis für diese Bestrebungen sollte der im Juli 1970 auf kommunistische Initiative hin gebildete überregionale „Arbeitskreis Europäische Sicherheit“ schaffen. Der von diesem Arbeitskreis im Oktober 1970 in Frankfurt (Main) unternommene Versuch, Politiker demokratischer Parteien und führende Gewerkschafter zu einer entsprechenden Zusammenarbeit mit Funktionären der DKP und ihrer Hilfsorganisationen zu bewegen, scheiterte jedoch.

5. Jugend- und Studentenarbeit

Die kommunistische Jugend- und Studentenarbeit wurde in den Jahren 1969 und 1970 verstärkt. Die Kommunisten wollten die Unruhe unter der Jugend für ihre Zwecke nutzen.

In der Jugend- und Lehrlingsarbeit hat sich die 1968 gegründete „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), die inzwischen rd. 10 000 Mitglieder umfaßt, aufgrund strenger kommunistischer Disziplin und Schulung als die organisatorisch und ideologisch am meisten gefestigte linksradikale Jugendgruppe erwiesen. Sie hat durch gezielte Aktionen gegen Mängel in der Lehrlingsausbildung und für erweiterte Mitbestimmung in namhaften Industriebetrieben Einfluß zu gewinnen versucht. Funktionsträger und Mitglieder von prinzipiell demokratischen Jugendgruppen wie „Gewerkschaftsjugend“, „Jungsozialisten“, „Jungdemokraten“, „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken“ und „Naturfreundejugend“ zeigten sich zum Teil bereit, mit der kommunistischen SDAJ zusammenzuarbeiten. Das wirkte sich bei Aktionen und Veranstaltungen gegen „das Rechtskartell“, gegen Mängel in der Lehrlingsausbildung und für Mitbestimmung in den Betrieben aus.

An den Hochschulen treten seit 1969 mit der zunehmenden Zersplitterung der radikalen „Neuen Linken“ die straff organisierten, dis-

zipliniert auftretenden kommunistischen Studenten mehr und mehr in den Vordergrund.

Ende 1970 bestanden 23 DKP-Hochschulgruppen mit etwa 300 Mitgliedern als Grundorganisationen der DKP („Betriebsgruppe Universität“). In ihnen sind die an einer Hochschule studierenden und andere dort beschäftigte DKP-Mitglieder zusammengeschlossen.

Diese Gruppen sollen der DKP eine breitere Basis an den Hochschulen verschaffen. Ihre hochschulpolitischen Forderungen konzentrieren sich auf:

- den Kampf um die „demokratische Hochschulreform“,
- die „Entlarvung des Klassengegners“ an den Universitäten,
- die Verbreitung der Lehren des Marxismus-Leninismus.

Seit 1969 haben sich kommunistische Studenten ferner in Gruppen des „Spartakus – Assoziation Marxistischer Studenten“ (AMS) zusammengeschlossen. Die meisten dieser Gruppen sind aus der ehemaligen „KP-Fraktion“ des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) hervorgegangen. Sie vertreten an den Hochschulen die Ziele der DKP und haben ihren Einfluß verstärken können*).

Im Gegensatz zu den meisten Gruppen der radikalen „Neuen Linken“ befürworten die AMS-Gruppen die Existenz der studentischen Selbstverwaltung und ihrer Organe. Ihr geschlossenes und zielbewußtes Auftreten und die Ablehnung der „unreflektierten Zerschlagungs- und Verweigerungsstrategie“ haben den kommunistischen Studenten bei Wahlen zu Studentenparlamenten Erfolge gebracht. Dabei half ihnen das Bündnis mit dem „Sozialdemokratischen Hochschulbund“ (SHB).

Im „Verband Deutscher Studentenschaften“ (VDS) haben Mitglieder des „Spartakus-AMS“ gemeinsam mit Mitgliedern des SHB seit November 1969 die Führung übernommen.

Auch gegen die Bundeswehr richtete sich die kommunistische Tätigkeit mit verstärkter Hef-

tigkeit. Mit ihrem Sprachrohr „elan – Magazin für junge Leute“ begann die SDAJ im Mai 1970 eine neue Kampagne. 13 Soldaten – in der Mehrzahl SDAJ- und DKP-Mitglieder – legten auf einer Pressekonferenz eine kritische Studie „Soldat 70“ zur Lage in der Bundeswehr vor. Einige Soldaten nahmen an Veranstaltungen kommunistischer Gruppen demonstrativ in Uniform teil.

6. Wahlergebnisse

Zur Bundestagswahl (28. September 1969) unternahmen die Kommunisten in Verfolgung ihrer Volksfrontpolitik erhebliche politische, personelle, materielle und organisatorische Anstrengungen. Mit der von ihnen geführten „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) wollten sie die Mißerfolge früherer Bündnisse („Bund der Deutschen“, „Deutsche Friedensunion“, „Demokratische Linke“) überwinden und die ADF als „echte Alternative“ zu den demokratischen Parteien und als Sammelbecken linker und politisch unzufriedener Kräfte anbieten. Die ADF erreichte jedoch mit 209 109 (= 0,6 %) der abgegebenen Erststimmen und 197 570 (= 0,6 %) der Zweitstimmen nicht einmal den von der DFU bei der Bundestagswahl 1965 erlangten Stimmenanteil von 434 182 (= 1,3 % der Zweitstimmen).

Nach der Wahlniederlage der ADF entschloß sich die DKP, künftig unter ihrem eigenen Namen an Wahlen teilzunehmen. Bei den sechs Landtagswahlen des Jahres 1970 erlitt die DKP trotz der von ihr mit erheblichem Aufwand geführten Wahlkämpfe empfindliche Niederlagen. In vier Ländern schnitt sie zwar besser ab als die ADF bei der Bundestagswahl 1969. Sie blieb aber in allen sechs Ländern – z. T. erheblich – hinter den Ergebnissen der DFU und „Deutschen Demokratischen Union“ (DDU) bei den Landtagswahlen früherer Jahre zurück.

7. „Westarbeit“ der DDR

Die DDR-Aktivität gegen die Bundesrepublik wurde auch 1969/70 durch Propaganda und subversive Arbeit fortgesetzt.

*) Im Mai 1971 haben sich die AMS-Gruppen zum „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ zusammengeschlossen. Dieser Verband umfaßt ca. 1 000 Personen, die überwiegend auch Mitglieder der DKP sind.

Das wichtigste Ziel dieser sog. „Westarbeit“ ist seit Jahren, die Bevölkerung der Bundesrepublik davon zu überzeugen, daß die DDR ein in der Welt geachteter souveräner Staat sei, der auch von der Bundesrepublik völkerrechtlich anerkannt werden müsse. Ein weiteres wichtiges Ziel der „Westarbeit“ besteht darin, die Trennung Westberlins von der Bundesrepublik Deutschland als zwangsläufig und notwendig darzustellen. Schließlich dient die „Westarbeit“ der Unterstützung der Arbeit der DKP und der anderen kommunistischen Organisationen im Bundesgebiet.

Die „Westarbeit“ der DDR war hauptsächlich durch folgende Arbeitsmethoden gekennzeichnet:

- schriftliche Agitation,
- politische Gespräche mit Besuchern aus der Bundesrepublik,
- Entsendung von Funktionären in das Bundesgebiet.

Die schriftliche Agitation diente dem Lob der DDR ebenso wie der Herabsetzung der Bundesrepublik, ihrer Verfassungsorgane, Parteien und Politiker. Erheblichen Anteil daran hatte die mit der Agitation gegen die Bundeswehr beauftragte „Politische Hauptverwaltung“ des DDR-Verteidigungsministeriums. Ihre Mittelsmänner haben hunderttausende von Zersetzungsschriften – vor allem gegen die Bundeswehr – heimlich in die Bundesrepublik eingeschleust und hier in Postbriefkästen eingeworfen sowie in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Flugblatttrakteten abgeschossen.

Persönliche Kontakte suchten die DDR-Funktionäre über ihre Gesprächspartner in kommunistischen und pro-kommunistischen Gruppen sowie durch Betreuung von DDR-Besuchern. Diese Kontaktpersonen wurden regelmäßig in die DDR zu Wochenendschulungen und Studienreisen eingeladen. Die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) konzentrierte sich dabei auf die Schulung von Anhängern sozialistischer Jugend- und Studentenorganisationen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) veranstaltete Studientagungen, Seminare und Kontaktgespräche in kleinerem

Kreis für Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre. Zuverlässige Mitglieder „befeundeter“ Organisationen oder Kontaktpersonen aus der Bundesrepublik wurden zu kostenlosem Urlaubsaufenthalt in der DDR eingeladen.

Die meisten Begegnungen waren nicht öffentlich, manche geheim. Auf diese Weise sollten Kader entstehen, die für die SED in der Bundesrepublik arbeiten. Dem gleichen Zweck dienten auch der jährlich in der DDR veranstaltete „Arbeiterjugendkongreß“ (über 1 000 Teilnehmer aus der BRD) und die zweimal jährlich während der Leipziger Messe stattfindenden „Deutschen Arbeiterkonferenzen“ des FDGB (durchschnittlich 700 Teilnehmer aus der Bundesrepublik).

Um „Westarbeit“ zu leisten, reisten zahlreiche DDR-Funktionäre mit politischen Aufträgen in die Bundesrepublik ein. 1969 wurden 2 370, im Jahre 1970 2 286 erkannt. Solche Funktionäre sprachen wie in den früheren Jahren auf Veranstaltungen sowohl kommunistischer und anderer linksradikaler Organisationen als auch vor demokratischen Gruppen. Bisher war der Erfolg dieser seit Jahren betriebenen Arbeit gering. In der letzten Zeit war jedoch zu beobachten, daß vornehmlich bei jugendlichen Themen über die DDR wachsendes Interesse fanden, so daß auch der Wiederhall von Veranstaltungen mit DDR-Funktionären anstieg.

Viele DDR-Funktionäre suchten insgeheim Kontakte zu Mitgliedern von Gewerkschaften, demokratischen Jugendorganisationen und anderen demokratischen Gruppen oder führten vertrauliche Gespräche mit Funktionären linksradikaler Organisationen.

Die zum 20. Jahrestag der DDR 1969 in der Bundesrepublik von DFU, DKP, SDAJ u. a. veranstalteten „DDR-Wochen“ und Ausstellungen „Unser Nachbar DDR“ sind 1970 fortgesetzt worden. „DDR-Wochen“ fanden allerdings nur in zehn Orten (1969: 53) statt, während die Ausstellung „Unser Nachbar DDR“ in sieben Orten (1969: 12) gezeigt wurde. Meist blieben die Besucherzahlen weit hinter den Erwartungen der Initiatoren zurück. Gelegentlich kam es zu harten Diskussionen.

Zur Förderung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR organisierten die DFU sowie

die 1969 gebildeten kommunistisch beeinflussten Vereinigungen „Club DDR objektiv“ in Mannheim und „Informa DDR“ in Stuttgart 1969 und 1970 jeweils etwa 70 Foren mit Rednern aus der DDR. Weitere „Clubs DDR objektiv“ wurden 1970 in Köln, Karlsruhe und Viernheim/Hessen, ein „Informationskreis DDR objektiv“ in Münster gegründet.

C) Die „Neue Linke“

1. Allgemeine Entwicklung

Die weiterhin überwiegend von Studenten getragene Bewegung der „Neuen Linken“ agitierte auch 1969 und 1970 für die Änderung der Gesellschaftsordnung der BRD durch eine sozialistische Revolution. Ihre Entwicklung war gekennzeichnet durch:

- den anhaltenden Einfluß an Hochschulen trotz organisatorischer Zersplitterung,
- das Vordringen von leninistischen, stalinistischen, trotzkistischen und maoistischen Lehren,
- die Versuche, proletarische Avantgardeorganisationen aufzubauen,
- die Ablehnung der von ihnen als „revisionistisch“ bezeichneten moskautreuen kommunistischen Parteien,
- den Rückgang der Kampagnen und Demonstrationen mit Massencharakter,
- die Zunahme von Gewalt- und Terrorakten.

2. Zielsetzung und Ideologie

Ideologisch folgen die meisten Gruppen der „Neuen Linken“ seit 1969 zunehmend den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Trotzki und Mao Tse Tung, die sie jedoch unterschiedlich auslegen. Obwohl sie moskautreue kommunistische Gruppen ablehnen, arbeiten sie mit ihnen gelegentlich zusammen, um Teilziele zu erreichen.

Spätestens seit der in den wilden Streiks im September 1969 nach ihrer Auffassung sichtbar gewordenen „Kampfbereitschaft“ der Ar-

beitnehmer sehen die meisten Gruppen der „Neuen Linken“ allein die Arbeiterklasse als Träger der Revolution an. Die antiautoritären Theorien Marcuses, Dutschkes, Cohn-Bendits u. a., die den „Intellektuellen“ die entscheidende Bedeutung zumessen, gelten vielen als überholt.

Trotz ideologischer Unterschiede und organisatorischer Zersplitterung betrachten sich die Gruppen der „Neuen Linken“ als Teile einer sozialistischen, antirevisionistischen revolutionären Bewegung. Die meisten Gruppen sind sich darin einig, daß die Studentenrevolte der Jahre 1967/68 scheitern mußte, weil sie nicht von der „revolutionären Klasse“ (Arbeiterchaft) getragen war. Sie betrachten es deshalb als Hauptaufgabe, eine neue revolutionäre, fest in den proletarischen Massen verankerte kommunistische Partei aufzubauen. Diese soll die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterklasse im Sinne von Marx, Engels, Liebknecht, Rosa Luxemburg und Thälmann fortsetzen.

Am Rande der „Neuen Linken“ sind Einzelgänger und kleine militante Gruppen („Stadtguerillas“, „Rote-Armee-Fraktion“, „Tupamaros“, „Schwarze Zellen“ u. a.) anzutreffen, die im Untergrund leben und kriminelle Neigung mit ideologischer Selbstdarstellung mischen. Die Mehrzahl der Gruppen der „Neuen Linken“ hält diese Aktionen gegenwärtig für unangebracht, toleriert sie jedoch als einen „naiven Anarchismus“ von „Opfern des Kapitalismus“.

3. Organisationen der „Neuen Linken“

Organisatorisch bietet die „Neue Linke“ ein uneinheitliches Bild. Nach dem Zerfall des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) und des „Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler“ (AUSS) fehlen ihr überregionale Gliederung und zentrale Leitung.

Die zahlreichen Gruppen arbeiten überwiegend unabhängig voneinander „an der Basis“. Die „Roten Zellen“, „Basisgruppen“, „Betriebsgruppen“, „ML-(Marxistisch-Leninistische) Gruppen“, „Kommunistische Partei Deutschlands – Aufbauorganisation“ (KPD-

AO), „Proletarische Linke / Parteiinitiative“ (PL/PI) u. a. haben meist nur wenige Mitglieder. Sie sind in sich aber geschlossener als früher. Ihre Mitglieder werden geschult sowie zur Disziplin, Mitarbeit und häufig auch zur Geheimhaltung angehalten. Die offene Arbeit, eines der Kennzeichen der „antiautoritären Phase“, ist stark zurückgegangen.

Mehrere Organisationen bekennen sich ausdrücklich zu den Grundsätzen des „demokratischen Zentralismus“, dem Organisationsprinzip kommunistischer Parteien.

Untereinander stehen die Gruppen oft in loser Verbindung durch persönliche Kontakte und periodische Schriften. Allgemein wird die Bildung einer revolutionären Avantgarde-Partei, einer „Kommunistischen Partei des Proletariats“, befürwortet. Versuche, die als notwendig erachtete überregionale revolutionäre Organisation zu schaffen, sind jedoch in den Anfängen steckengeblieben. Man konnte sich über Organisationsprinzipien, Strategie und Taktik nicht einigen. So entstanden allein in Berlin drei Initiativgruppen, von denen jede beansprucht, Vorläuferin der künftigen Partei zu sein.

Auch die seit Sommer 1969 anhaltenden Bestrebungen, „Sozialistische Zentren“ als Heimstätten der Gruppen zu bilden, sind gescheitert. In Berlin wurde zwar Ende 1970 das seit langem vorbereitete „Sozialistische Zentrum“ eröffnet, in ihm arbeitet aber nur ein Teil der „Neuen Linken“ mit.

Einige Aktivisten der „Neuen Linken“ sind aus Unzufriedenheit über den organisatorischen Zerfall und die ideologische Zersplitterung zu moskautreuen kommunistischen Organisationen gestoßen.

4. Aktionen

Die zahlreichen Kampagnen und Massendemonstrationen früherer Jahre, damals meist unter Führung des SDS, sind in den Jahren 1969 und 1970 stark zurückgegangen. Die „Einheit in der Aktion“, die eigentliche Stärke der radikalen „Neuen Linken“, ging verloren. Sie erstand nur vorübergehend wieder auf, als nach dem Verbot der SDS-Hochschul-

gruppe Heidelberg am 30. Juni 1970 an 22 Hochschulorten über 21 000 Personen gleichzeitig gegen das Verbot protestierten. Im Jahre 1969 hatte die radikale „Neue Linke“ zu etwa 15 „Kampagnen“ aufgerufen. Nach den Aktionen des Winters und Frühjahrs kündigte sie einen „heißen Sommer“ an, der im Bundestagswahlkampf kulminieren sollte. Tatsächlich haben aber nur wenige ihrer Kampagnen mehr als örtliche Bedeutung erlangt. Der SDS und andere Gruppen waren 1969 die treibenden Kräfte der „Rote Punkt-Aktionen“, die sich gegen Fahrpreiserhöhungen einiger städtischer Verkehrsbetriebe richteten. Inzwischen haben häufig Angehörige der DKP und SDAJ die Führung solcher Aktionen übernommen.

Versuche, Strafgefangene („Gefängnisrevolte“) und Insassen von Erziehungsheimen zu „politisieren“, sind seit Herbst 1969 eingestellt, weil entlaufene Fürsorgezöglinge den Gruppen der „Neuen Linken“ fast nur Verdruß bereitet haben.

Der Versuch, revolutionäres Bewußtsein in der Arbeiterschaft zu wecken, blieb ebenfalls in den Anfängen stecken. Die Septemberstreiks 1969, von denen die radikalen Studenten – ebenso wie die Kommunisten – überrascht worden waren, förderten zwar die Auffassung, die „Neue Linke“ müsse Einfluß auf die Arbeiterschaft als wichtigste „Trägerin der Revolution“ gewinnen. Die Tätigkeit unter Arbeitern erschöpfte sich aber darin, Flugblätter vor Fabriken zu verteilen. Die Arbeiterschaft wies die Versuche zur Kontaktaufnahme zumeist entschieden zurück.

In der Bundestagswahl sah die radikale „Neue Linke“ einen Versuch der „Herrschenden“, die Massen in das bestehende System zu „integrieren“. Funktionäre des SDS riefen deshalb dazu auf, den Wahlkampf in ein „einzigartiges Forum“ des Protests umzuwandeln, um die „Illusionen über die parlamentarische Demokratie zu zerstören“.

Die radikalen Gruppen störten zwar den Bundestagswahlkampf, beeinträchtigten aber die Wahlveranstaltungen nicht in dem Umfang, der nach Äußerungen militanter Funktionäre zu erwarten war. Vor allem war der SDS nicht

in der Lage, die Störaktionen zentral zu steuern. Sie wurden überwiegend von lokalen Gruppen getragen, denen sich häufig Jugendliche anschlossen, die vorwiegend am Krawall interessiert waren.

Anschließend begannen die Gruppen mit Solidaritätsaktionen für die Dritte Welt (Vietnam, Palästina) und für ausländische „Befreiungsbewegungen“, also wieder dort, wo die Protestbewegung vor Jahren ihren Ausgang genommen hatte. Mit diesen Aktionen will die „Neue Linke“ einen Zusammenhang zwischen den „Klassen- und Befreiungskämpfen“ in anderen Ländern, besonders in der Dritten Welt, und dem Kampf gegen den „westdeutschen Imperialismus“ sichtbar machen und revolutionäre Kämpfe in anderen Ländern unterstützen.

Einige Gruppen haben mit ausländischen „Befreiungsbewegungen“, palästinensischen Widerstandsorganisationen und der amerikanischen „Black Panther Party“ zusammengearbeitet. Sie demonstrierten anlässlich der Besuche des israelischen Außenministers Abba Eban, des indonesischen Staatspräsidenten Suharto, des brasilianischen Justizministers Buzaid und des jordanischen Königs Hussein. An den Protesten beteiligten sich studierende Ausländer, vor allem Araber, Iraner und Indonesier. Andere Protestanlässe waren der Beginn der Kampfhandlungen amerikanischer Truppen in Kambodscha, die „Willkür-Justiz“ im Iran und der Basken-Prozeß in Burgos.

Sehr rege war das „Solidaritätskomitee für die Black Panther Party“ in Frankfurt/Main unter der Leitung Karl-Dietrich Wolffs, des ehemaligen Bundesvorsitzenden des SDS. Für den in den USA verhafteten Führer der Black Panther Party, Bobby Seale, und gegen den „amerikanischen Imperialismus und seine Handlanger“ organisierte das Komitee im November und Dezember 1970 in Zusammenarbeit mit anderen linksradikalen Gruppen Kundgebungen, Filmvorführungen, Diskussionen und Protestmärsche in mehreren Städten. An einigen Veranstaltungen nahmen – wie schon Ende 1969 bei ähnlichen Anlässen – auch farbige amerikanische Soldaten und Zivilisten teil.

Wie in früheren Jahren ist seit 1970 wieder der Hochschulbereich das Aktionsfeld der „Neuen Linken“. An zahlreichen Hochschulen störten radikale Studenten die Vorlesungen mit militanten Aktionen empfindlich. Der Vorlesungsbetrieb mußte an mehreren Universitäten in Teilbereichen vorübergehend eingestellt oder eingeschränkt werden. Die Störer verursachten Körperverletzungen und erheblichen Sachschaden.

Die Agitation linksradikaler Gruppen an den Hochschulen galt in erster Linie dem „sozialistischen Studium“ und der Berufung von politisch gleichgesinnten Assistenten und Professoren. Sie wollten damit radikale Studenten, die später als Lehrer, Ärzte oder in ähnlichen „Überbauberufen“ arbeiten werden, auf eine „revolutionäre Berufspraxis“ vorbereiten, in der sie die ihnen anvertrauten Menschen revolutionär beeinflussen sollen. Besonders die Freie Universität in Berlin war von Übergriffen stark betroffen. Im Oktober 1970 organisierten die „Roten Zellen“ z. B. eine „Rote Woche“, in deren Verlauf zahlreiche Lehrveranstaltungen gestört und Gewalttätigkeiten verübt wurden.

5. Terrorakte und Gewalttätigkeiten

Die Zahl der Gewaltakte bei Demonstrationen im Hochschulbereich sowie gegen die amerikanische Indochinapolitik und „Symbole des Imperialismus“ ist von rd. 600 im Jahre 1969 auf rd. 100 im Jahre 1970 zurückgegangen. Demgegenüber ist die Zahl der auf – echte oder vorgebliche – politische Motive zurückgehenden Sprengstoff- und Brandanschläge stark angestiegen. Es sind 1969 48 und 1970 117 Fälle bekannt geworden, in denen meist selbst hergestellte Sprengkörper und Brandsätze gezündet oder Brandflaschen geworfen wurden. Hierdurch entstand erheblicher Sachschaden. Die meisten Anschläge wurden in Berlin, Bayern und Hessen verübt. Sie richteten sich überwiegend gegen Justiz- und Polizeibehörden, im übrigen gegen Einrichtungen der amerikanischen Streitkräfte, Amerika-Häuser, ausländische Konsulate und Banken.

Auch die Zahl anonymer, der Einschüchterung dienender Bombendrohungen mit linksradikalem Hintergrund und gleicher Zielrichtung wie bei den Anschlägen ist erheblich gestiegen. Während 1969 nur gelegentlich anonyme Drohungen mit der Ankündigung von Sprengstoff- und Brandanschlägen ausgesprochen wurden, wurden 1970 284 Fälle anonymer Sprengstoff- und Branddrohungen bekannt, besonders in Berlin und Bayern.

Die meisten Anschläge und Drohungen sowie die erfolgreichen Raubüberfälle auf einen Supermarkt und drei Banken in Berlin im Herbst 1970, bei denen ca. 238 000,- DM erbeutet wurden, sind von kleinen anarchistischen Gruppen und Einzeltätern ausgeführt worden. Solche Gruppen bestehen vor allem in Berlin und Bayern. Sie sind mit falschen Ausweispapieren ausgestattet, besitzen Schußwaffen und leben im Untergrund. Sie stammen aus der radikalen antiautoritären Bewegung der Jahre 1967 bis 1969, häufig aus kommuneartigen Wohngemeinschaften.

Die meisten Gruppen der „Neuen Linken“ bekennen sich zwar zur „revolutionären Gewalt“, halten ihre Anwendung in der gegenwärtigen Phase der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik jedoch für unangebracht und primitiv. Nach ihrer Meinung können Terrorakte die herrschende Klasse und ihre Institutionen nicht zerschlagen und sind ungeeignet, die Arbeiterschaft zu politisieren. Schriften, welche die Methoden und Erfolge der Großstadtguerillos in Südamerika, der palästinensischen und afrikanischen Partisanengruppen und der Straßenkämpfer in Nordirland sowie in Neger-

Ghettos der USA schildern und verherrlichen, sind jedoch weit verbreitet. Viele „linke Buchläden“ boten Broschüren über „Großstadtguerilla“ mit strategischen und taktischen Anleitungen für die Untergrundarbeit der Terroristen an. Die in Berlin erscheinende anarchistische Zeitschrift „883“ enthält regelmäßig ideologisch motivierte Aufrufe zu Gewalt.

6. Verhältnis DKP/„Neue Linke“

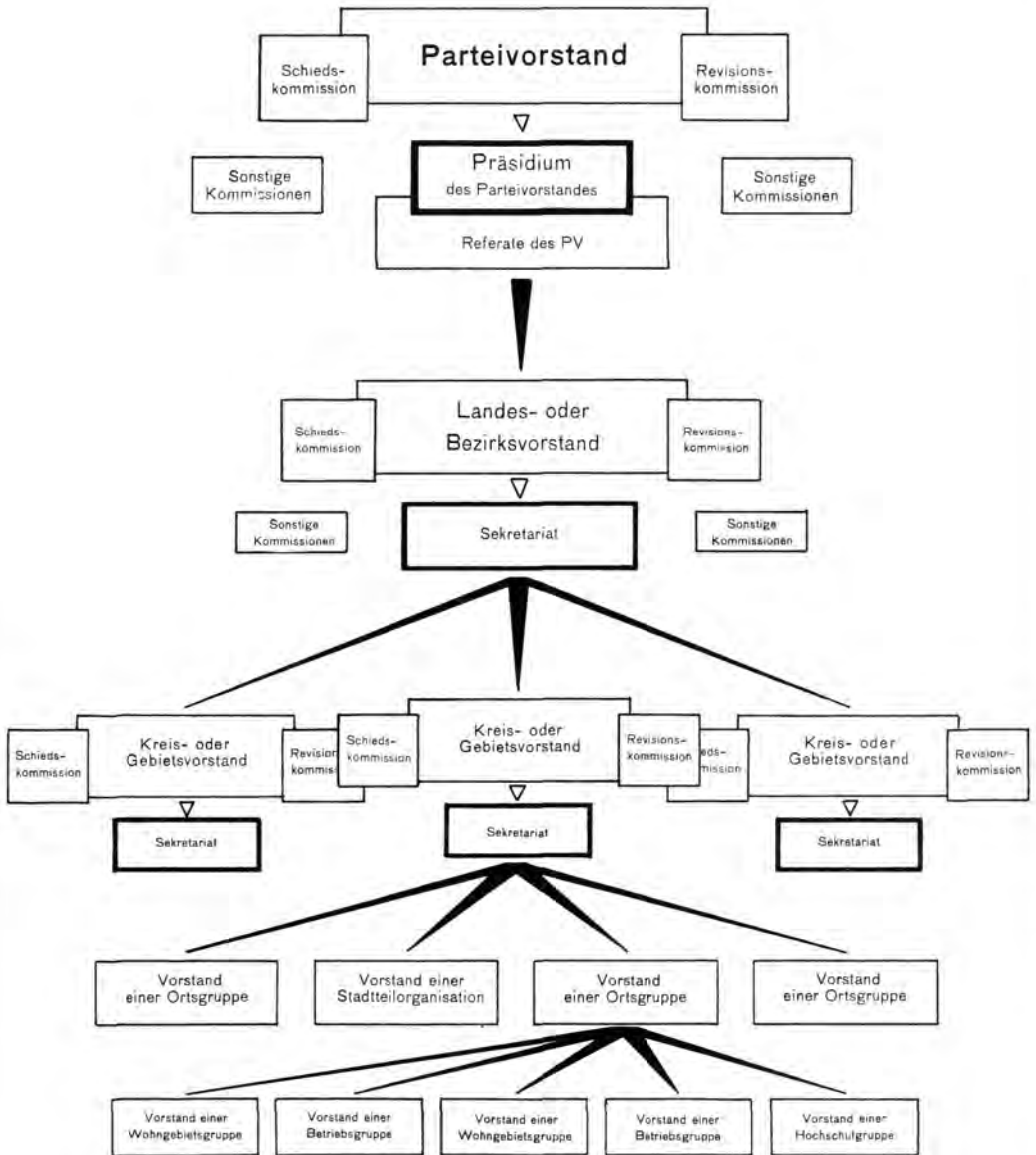
Die DKP sieht in den „ultralinken“ Gruppen in der BRD – vor allem in den maoistischen und trotzkistischen – eine Gefahr. Sie wehrt sich entschieden dagegen, mit diesen „Linksradikalen“, die sich teilweise auch als „Kommunisten“ bezeichnen (z. B. KPD/ML, KPD/AO), gleichgesetzt zu werden.

Einerseits befürchtet die DKP, daß die „Ultralinken“ mit ihren militanten Aktionsformen und radikalen Parolen die Bevölkerung abstoßen, damit die Bündnismöglichkeiten einengen und dem „Gegner“ Vorwände für Maßnahmen liefern könnten. Andererseits ist die DKP besorgt, die „ultra-linken“ Vorwürfe, die DKP sei nicht mehr revolutionär, sondern revisionistisch, könnten zur Abkehr junger Revolutionäre führen.

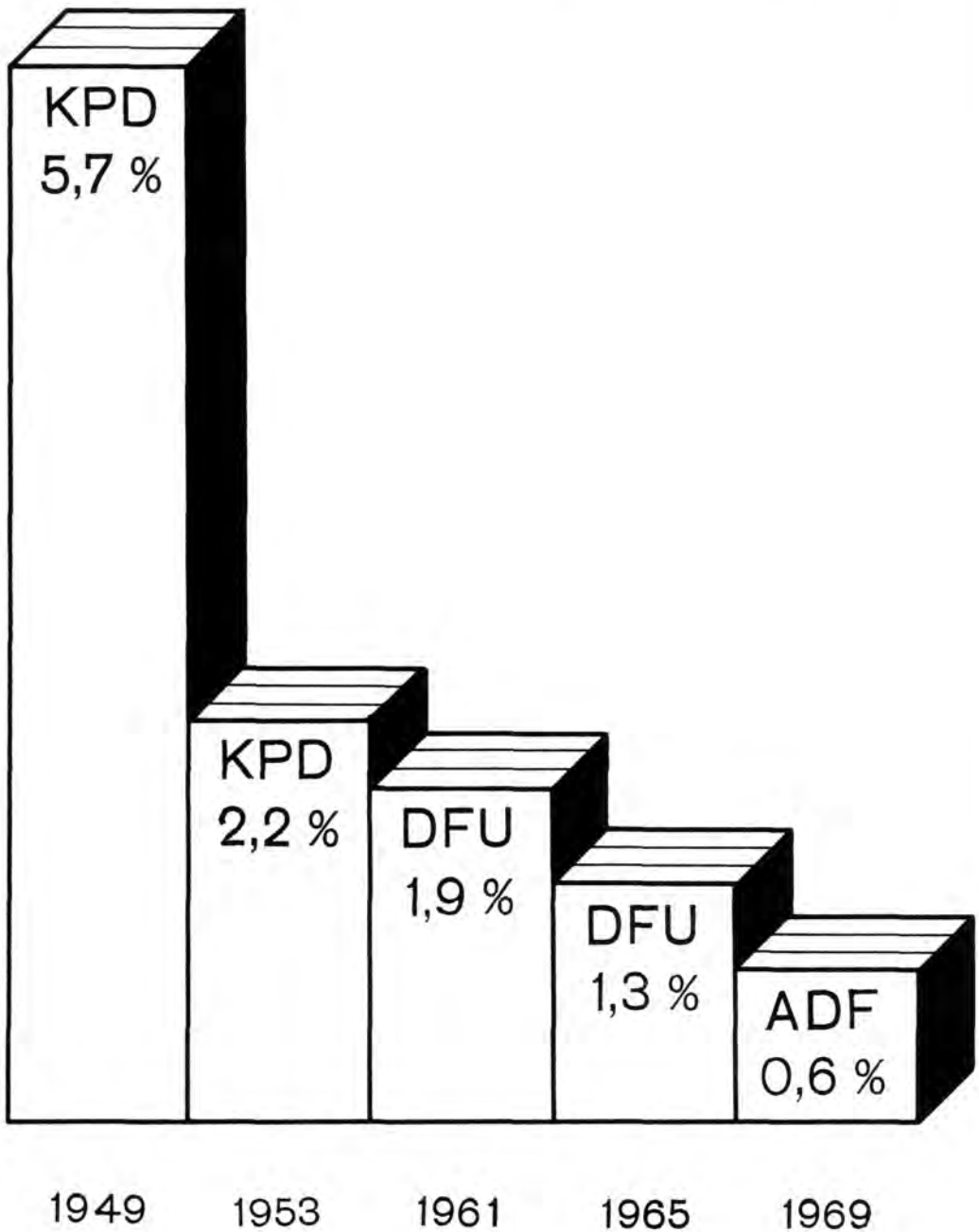
Zu gemeinsamen Aktionen zwischen der DKP und „Ultralinken“ kam es in den letzten beiden Jahren nur selten. „Punktueller Aktions-einheiten“ zerbrachen meist nach kurzer Zeit. Störaktionen und Provokationen der „Neuen Linken“ auf Veranstaltungen der Kommunisten wurden von DKP- und SDAJ-Mitgliedern meist schnell, häufig handgreiflich, vereitelt.

Deutsche Kommunistische Partei

Führungsgremien

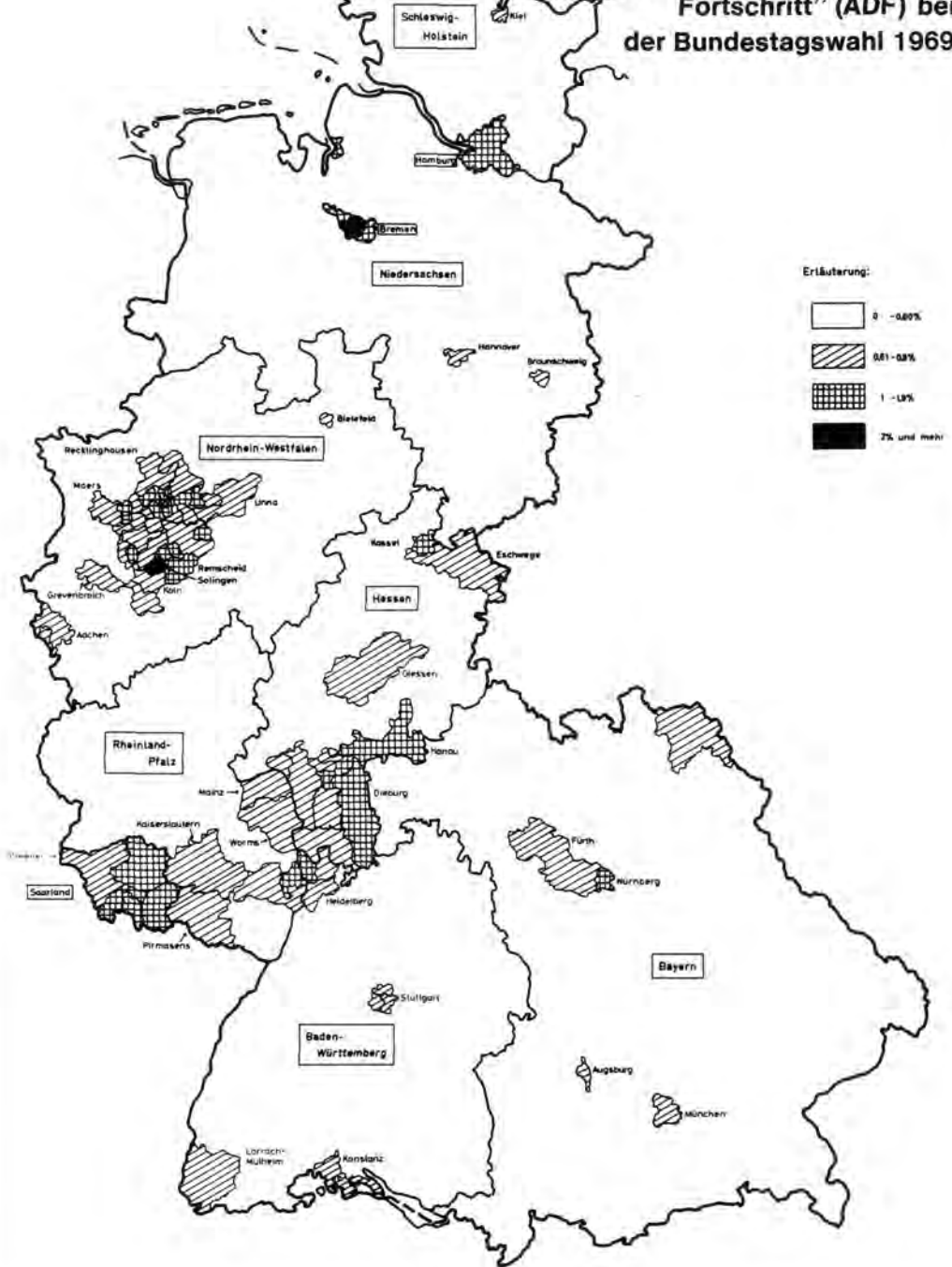


Stimmenanteil der KPD, DFU und ADF bei Bundestagswahlen

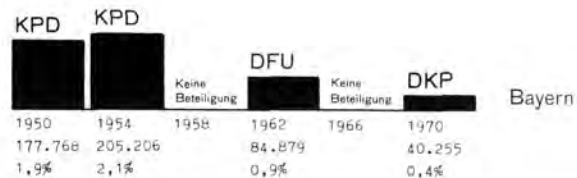
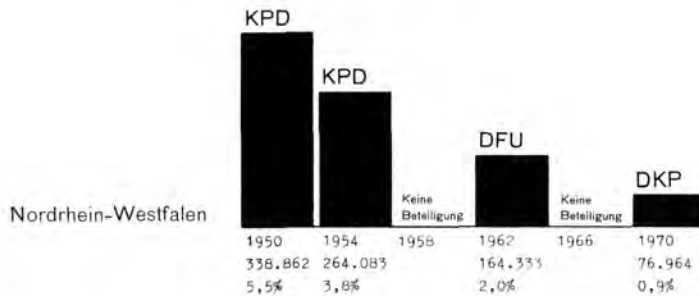
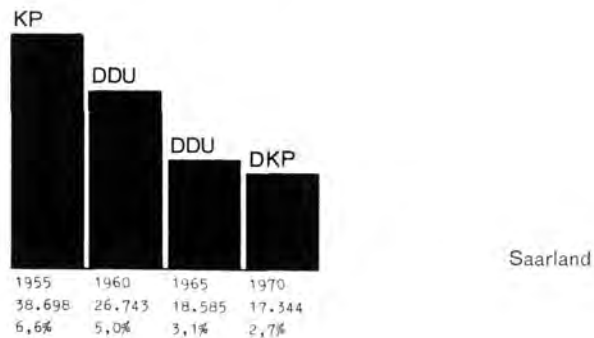
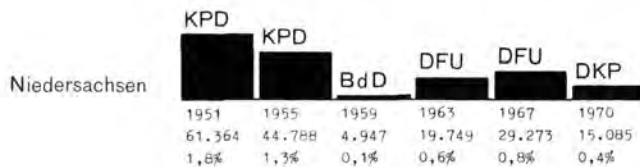
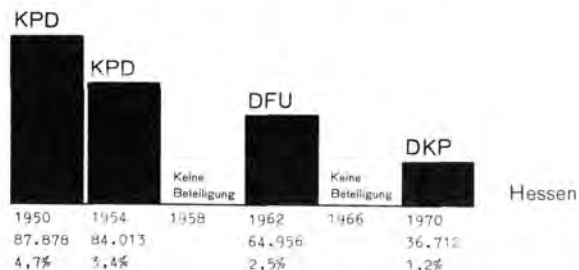
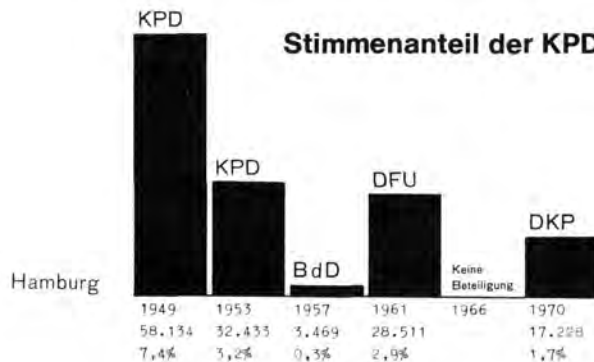


Im Jahre 1957 hatte die KPD zur Wahl der SPD aufgerufen

Über dem Bundesdurchschnitt (0,6%)
liegender Stimmenanteil der
„Aktion Demokratischer
Fortschritt“ (ADF) bei
der Bundestagswahl 1969



Stimmenanteil der KPD, DKP, DFU und des BdD bei Landtagswahlen





REFERAT DER SCHWARZEN ZELLEN



**MACHT KAPUT
WAS EUCH
KAPUTT
MACHT**

LERNT VOM NIKOLAUS RÄUMT das KAUFHAUS AUS

PRAKTISCHES KARATE für Angriffe auf Staatsmarionetten.

Wenn wir von einem Pig angefallen werden, müssen wir ihm durch einen Angriff untersetzt zuvorkommen. Denn Angriff ist der beste Weg zur Verteidigung.

A. ANGRIFF

- Maer-geri-Känge - Vorwärts-Tast-Schnapper
1. Knie anheben und in Höhe der Zielrichtung halten. **Maer-geri** = Eadstellung des Angriffes
 2. Fußsloss aus dem Kniegelenk schnappen und mit größter Kraft und Schwereität ins Ziel schossen. (Knie, Sack, Bauch, etc.)
 3. Fuß genauso schnell wieder zurückschlagen lassen. Sonst wird er vom Gegner festgehalten. Das Staudbein ist im Kniegelenk leicht eingeknickt, dadurch gewinnt er mehr Halt.



Menschen.



Polizisten arbeiten mit Menschen zusammen. Sie helfen Menschen. Und sind mit Menschen zusammen. Und nicht am Hand und so. Polizisten haben einen Menschenen Beruf. Sie arbeiten ständig mit vielen Menschen zusammen. Eng zusammen. Wie in einem großen Team. Wie in einem Freundes. Aufmerksamkeit und Weiterbildung sind geachtet. Und ein gutes

UNSERE POLIZEI IST NICHT NACHWICHTIG

Gehört auch. Schon während der Ausbildung erhalten Sie im Monat 700,- DM. Vom ersten Tag an. Unsere Polizei ist nicht Nachwuchs. Im Alter zwischen 17 und 23 Jahren. Bitte schreiben Sie eine kurzgefällige Bewerbung an Herrn Birk, Leiter Polizeipräsidium in Berlin, 55A, 1000 Berlin 42, Tempelhofer Damm 7. Sie können Ihrem Brief auch persönlich um Auskunft fragen. Seine Telefon Nummer: 608 4101.

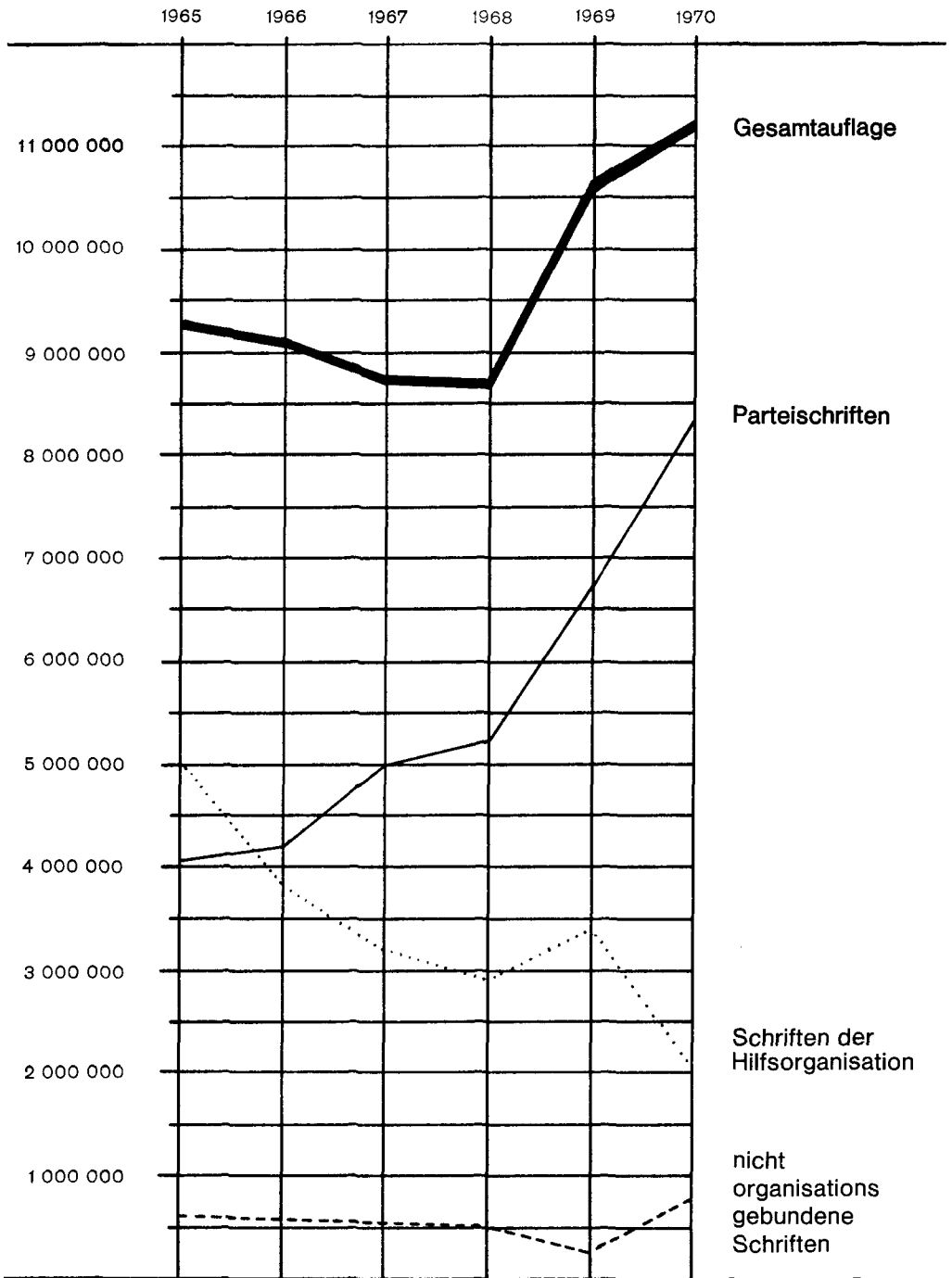
Polizisten

**BLOW UP
BERLIN!**



DA HILFT KEIN CHRISTKIND -
Da hilft nur noch Gewalt

Auflagen der periodischen Schriften



Die Spionageabwehr 1969/1970

A) Entwicklungen und Tendenzen

1. Anhaltende Spionagetätigkeit östlicher Nachrichtendienste

Die Bundesrepublik war auch 1969 und 1970 das bevorzugte Ausspähungsziel östlicher Nachrichtendienste. Ihr hauptsächliches Interesse galt unvermindert militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zielen bei deutlicher Verstärkung der politischen Spionage. Besonders aktiv waren wiederum die Nachrichtendienste der DDR. Ihr Anteil an der erkannten Ausspähungstätigkeit lag wie in früheren Jahren bei etwa 80 Prozent. Es folgten die Nachrichtendienste der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Rumäniens.

Diese Dienste versuchten in zunehmendem Maße, für ihre Zwecke Bewohner der Bundesrepublik zu gewinnen, die Zugang zu schutzwürdigen Informationen hatten. Die Zahl der erkannten Versuche, Einwohner der Bundesrepublik, der DDR, der Ostblockstaaten oder anderer ausländischer Staaten für nachrichtendienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen, ist 1970 gegenüber 1969 deutlich gestiegen. Dies läßt zwar keine sicheren Schlüsse auf eine wesentliche Intensivierung der kommunistischen Spionagetätigkeit zu, zeigt jedoch, daß die Sicherheit der Bundesrepublik durch die Geheimdienste des Sowjetblocks weiterhin gefährdet wird.

Die Zahl der Agenten und Agentenführer, die sich freiwillig den Behörden in der Bundesrepublik stellten, erreichte im Jahre 1970 den bisher höchsten Stand. Dazu hat die Aufklärung der Bevölkerung durch die Massenmedien im Zusammenhang mit dem Aufruf des Bundesinnenministers wesentlich beigetragen. Die zum Teil weitreichenden Sach- und Personenkenntnisse dieser sogenannten

„Selbstgestellter“ waren für die Arbeit der Spionageabwehr von großem Wert.

2. Sachliche Schwerpunkte und Ziele

Bevorzugte Ausspähungsziele kommunistischer Nachrichtendienste waren auch 1969 und 1970 wieder militärische Einrichtungen der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik stationierten NATO-Truppen, Industriebetriebe und Forschungseinrichtungen der Wirtschaft, Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik sowie Regierungs- und Verwaltungsbehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen.

Neben den Spionageaufträgen mit politischer Zielrichtung ist auch die Spionage gegen wirtschaftliche Ziele angestiegen. Schwerpunkte der Ausspähungstätigkeit in diesem Bereich waren die Verteidigungswirtschaft, die Elektro- und die chemische Industrie sowie Forschungseinrichtungen.

3. Führung der Agenten – Verbindungswesen

Im Führungs- und Verbindungswesen der kommunistischen Nachrichtendienste waren 1969 und 1970 keine wesentlichen Änderungen festzustellen. Persönliche Treffen der Agenten mit ihren Verbindungsmännern – vorzugsweise in Ost-Berlin – standen weiter an erster Stelle. Daneben wurden wie bisher in zahlreichen Fällen Kuriere, „Tote Briefkästen“, Deckadressen, Geheimschriften und Agentenfunk verwendet.

B) Die Spionagemethoden

1. Geographische Zentren: DDR und Ost-Berlin

Etwa 80 Prozent aller Personen, die von den kommunistischen Nachrichtendiensten in den

Jahren 1969/70 zur Mitarbeit verpflichtet werden sollten, besaßen zur Zeit der Ansprache ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West). Die meisten wurden im östlichen Machtbereich – vorwiegend in der DDR, insbesondere in Ost-Berlin – bei privaten oder beruflichen Reisen nachrichtendienstlich angesprochen. Besonders begehrte „Zielpersonen“ waren nach wie vor Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Ein Polizeibeamter reiste zu Verwandten in die DDR. Dort suchten ihn zwei Angehörige des MfS auf und baten um Beschaffung von Unterlagen aus seinem Dienstbereich und um militärische Informationen. Mit großzügigen Versprechungen, vor allem finanziellen Zuwendungen, versuchten sie, die Bereitschaft des Beamten zu nachrichtendienstlicher Mitarbeit zu erreichen.

Häufig versuchten Angehörige der Nachrichtendienste der DDR, Reisende auf den Verbindungswegen zwischen Berlin (West) und Westdeutschland anzuwerben. Sie benutzten zur Tarnung Kraftfahrzeuge westlicher Bauart mit amtlichen Kennzeichen der Bundesrepublik. Damit glaubten sie, Durchreisende auf Autobahn-Rastplätzen und in Rasthäusern unauffälliger beobachten und bessere Kontaktgelegenheiten schaffen zu können, wobei sie auch vor Drohungen nicht zurückschreckten.

Ein Kaufmann aus der Bundesrepublik traf sich in einem Rasthaus an der Interzonenautobahn mit Verwandten aus der DDR, die ihm einige Wertgegenstände übergaben. Am Kontrollpunkt beim Verlassen der DDR stellte sich heraus, daß die Übergabe beobachtet worden war. Der Kaufmann wurde festgenommen, die Gegenstände und sein Pkw wurden beschlagnahmt. Unter Androhung einer mehrjährigen Zuchthausstrafe wegen Devisenverbrechens versuchten MfS-Angehörige, den Kaufmann für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit gefügig zu machen.

Personen, die in die DDR übersiedeln wollten, wurden wiederholt in die Bundesrepublik zurückgeschickt. Sie sollten sich vor ihrer Übersiedlung „bewähren“.

Ein Handwerker, der vor mehr als zehn Jahren in den Westen geflüchtet war, wollte in die DDR zurückkehren. In Ost-Berlin wurde ihm eröffnet, daß er sich vor Auf-

nahme in die DDR erst bewähren müsse. Ein MfS-Angehöriger verpflichtete ihn schriftlich zur Mitarbeit und schickte ihn mit Spionage-Aufträgen zu seinem Wohnort zurück.

2. Anbahnungsversuche im Bundesgebiet

Etwa ein Drittel der Bundesbürger, die für eine nachrichtendienstliche Mitarbeit gewonnen werden sollten, wurde im Bundesgebiet angesprochen. Dieser Anteil ist gegenüber den Vorjahren erheblich gestiegen.

Die östlichen Nachrichtendienste versuchten zunächst, durch bereits in der Bundesrepublik tätige Agenten Kenntnisse über die persönlichen und beruflichen Verhältnisse der Personen zu erhalten, die sie für eine Mitarbeit gewinnen wollten. Daneben unternahmen sie verstärkt Anbahnungsversuche auf postalischem Wege (fast ein Viertel aller festgestellten Anbahnungen und Anbahnungsversuche der DDR-Nachrichtendienste). Diese Methode bevorzugte vor allem der militärische Nachrichtendienst der DDR.

Dabei war der nachrichtendienstliche Zweck nicht ohne weiteres zu erkennen. Selbst in Fällen, in denen eine persönliche Verbindung zum Briefempfänger zustande kam, dauerte es oft Monate, bis die eigentliche Absicht offenbar wurde.

Breit angelegte Anbahnungsaktionen waren „Preisausschreiben“ und „Meinungstests“. Die Empfänger der Drucksachen wurden aufgefordert, sich an einem Preisausschreiben oder Meinungstest zu beteiligen, bei denen Fragen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft oder Geschichte zu beantworten waren. Der Preis bestand zumeist in einer Reise nach Ost-Berlin. Auch die übrigen Preise mußten in Ost-Berlin persönlich abgeholt werden, wo der „Gewinner“ dann von Angehörigen des Nachrichtendienstes „betreut“ und zu weiteren Besuchen eingeladen wurde. In diese Reihe gehören auch „günstige“ Kreditangebote. Unter dem Absender „KREFI GmbH Berlin“ wurde eine Werbeschrift der angeblichen Kredit-Finzen GmbH, 1 Berlin 66, Voßstraße 22, in hoher Auflage in die Bundesrepublik und das westliche Ausland versandt. Der Prospekt, der auch in englischer und fran-

zösischer Sprache verschickt wurde, enthielt Kreditangebote zu einem Zinssatz von drei Prozent. Die Aktion zielte auf Angehörige der Bundeswehr und der Streitkräfte der NATO-Verbündeten, Angehörige des öffentlichen Dienstes, aber auch auf andere Personen, die wegen ihres Wohnorts oder ihrer beruflichen Tätigkeit für einen gegnerischen Nachrichtendienst interessant waren. Einer der Absender war der „Rechtsberater“ Dr. Max Kronfeld aus Ost-Berlin, der hektografierte Schreiben mit Kreditangeboten – in erster Linie an Angehörige des öffentlichen Dienstes und an Soldaten der Stationierungstreitkräfte – verschickte.

Es war dabei nicht ohne weiteres zu erkennen, daß die Angebote aus Ost-Berlin kamen. Mit den in den Preisausschreiben „FUTURA 2000“, UNIVERSAL 70“ und im Kreditangebot der „KREFI“ angegebenen Anschriften Dr. Horst Merten, 108 Berlin W 8, Georgenstr. 33, Mr. Edward C. Graham, 1 Berlin W 66, Krausenstraße 14, und KREDIT-FINANZEN GmbH, 1 Berlin 66, Voßstraße 22, sollten die Empfänger in der Bundesrepublik über die Herkunft der Prospekte getäuscht werden.

Das jetzt zum Sowjetsektor gehörende, zwischen „Unter den Linden“ und „Leipziger Straße“ liegende Gebiet ist ein Teil des alten Berliner „Westens“. Seine postalische Bezeichnung „Berlin W 8“ wurde auch noch beibehalten, als der Sowjetsektor zur „Hauptstadt der DDR“ erklärt wurde.

Als im Jahre 1964 auch dort neue Postleitzahlen eingeführt wurden und damit alle Buchstaben- und Ortsteilbezeichnungen bei der Postanschrift wegfielen, wurde aus dem traditionsreichen „Berlin W 8“ schlicht „108 Berlin“. Für die DDR-Nachrichtendienste blieb es bei „W 8“.

Sie hatten seit Jahren die postalische Bezeichnung „Berlin W 8“ zur Täuschung benutzt. So z. B. bei getarnten Zuschriften auf Stellengesuche oder in Briefaktionen. Deshalb beließen die DDR-Nachrichtendienste es bei „W 8“ oder anderen W-Zusätzen, stellten allerdings die offizielle Postleitzahl „108“ voran.

Briefmarkensammler der Bundesrepublik, die bei Postämtern der DDR Briefmarken bestell-

ten, erhielten in zahlreichen Fällen ein Schreiben eines Herrn Merkel aus Ost-Berlin mit dem Angebot zum Markentausch. Die auf diesem Wege zustande gekommenen Kontakte sollten Anwerbungsversuche ermöglichen.

Handelsvertreter und Kaufleute, deutsche Zivilangestellte im Dienst der amerikanischen Streitkräfte und amerikanische Soldaten, die kurz vorher deutsche Frauen geheiratet hatten, erhielten unaufgefordert Briefe aus Leipzig und Umgebung. Die Briefschreiber – es treten immer wieder dieselben Absender in Erscheinung – gaben sich als Publizisten, Schriftsteller und Geschäftsführer von Vermittlungs- oder Forschungsbüros aus. Sie suchten „freie Mitarbeiter für den Außendienst“ und „für journalistische Arbeiten“ und versprachen eine gut bezahlte Nebentätigkeit für „leichte soziologische Erhebungen“. Die „Erhebungen“, die dann in Auftrag gegeben wurden, hatten nachrichtendienstliche Ziele.

In mehreren Fällen wurden Soldaten, Beamte und Angestellte der Bundeswehr von desertierten Bundeswehroffizieren zu Gesprächen in Ost-Berlin aufgefordert, um über die angebliche Gefährdung des Friedens durch die Bundeswehr zu diskutieren.

3. Studenten und Schüler als „Perspektiv-Kandidaten“

Die Nachrichtendienste der DDR setzten auch 1969/70 ihre Versuche fort, Studenten und Schüler zu werben, um sie als „Perspektiv-Kandidaten“ sorgfältig und über mehrere Jahre hinweg für ihren späteren Spionage-Einsatz aufzubauen. Der Verpflichtete soll nach Abschluß seiner Ausbildung eine gehobene Position im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft oder in der Wissenschaft und Forschung anstreben, um Zugang zu nachrichtendienstlich interessanten Objekten und Unterlagen zu erhalten.

Werbungsmittel waren neben Appellen an ideologische Motive meist Versprechen materieller Vorteile, vor allem von Studienbeihilfen. In letzter Zeit nutzten die DDR-Dienste auch die Bewerbungen junger Bundesbürger für ein Studium an Universitäten der DDR aus. Die Anschriften von Interessenten, die sich an das

„Kulturministerium“, die Humboldt-Universität in Ost-Berlin, den „Deutschlandsender“ oder den „Freiheitssender 904“ gewandt hatten, um in der DDR zu studieren oder eine berufliche Ausbildung zu beginnen oder fortzusetzen, wurden den DDR-Nachrichtendiensten weitergeleitet.

Diese beantworteten unter dem Absender angeblicher Angehöriger des „Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen“ der DDR oder „Beauftragter für die Angelegenheiten westdeutscher Studenten“ die Studien- oder Ausbildungsanträge.

Daneben setzten die DDR-Nachrichtendienste ihre Werbeaktionen auch in Eigeninitiative unter Studenten der Bundesrepublik fort, z. B. als „Ausschuß zur Förderung der studentischen Jugend“, der unter wechselndem Absender Einladungen zum Besuch der „Messemetropole Leipzig“ verschickt und einen kostenlosen Aufenthalt für zwei bis drei Tage, Fahrtkostenerstattung und „Betreuung“ zusichert.

4. „Westkontakte“ als Werbungsanlaß

Anlaß für Ansprachen von DDR-Bewohnern waren in vielen Fällen private und sonstige Kontakte zu Personen im Westen sowie Anträge auf Genehmigung von Westreisen.

Eine Dolmetscherin aus der DDR hatte auf der Leipziger Messe Kontakt mit westlichen Ausländern erhalten. Einige Zeit darauf erschien bei ihr ein MfS-Angehöriger, legte ihr Fotos vor, die sie in Begleitung westlicher Messebesucher zeigten, und versuchte, sie unter Druck zur Mitarbeit zu verpflichten. Sie sollte engere Kontakte zu bestimmten Messebesuchern suchen, um sie dann in kompromittierende Situationen zu bringen, die das MfS ausnutzen könnte. Rentner aus der DDR, die Anträge auf Reisen in die Bundesrepublik gestellt hatten, wurden von Antritt ihrer Reise vom MfS verpflichtet, im Westen Aufträge für „die Partei“, „den Staat“ oder „den Frieden“ zu erfüllen. Sie sollten Erkenntnisse über bestimmte Personen sammeln, über das Abfertigungsverfahren bei westlichen Dienststellen berichten oder die von ihnen besuchten Personen zu Reisen in die DDR oder nach Ost-Berlin veranlassen.

5. Vielfalt der Werbungsmitel

Wie in den Jahren zuvor standen auch 1969/70 unter den Werbungsmiteln kommunistischer Nachrichtendienste an erster Stelle Versprechen und Zusicherungen aller Art (finanzielle Zuwendungen, Einreisebewilligungen und Aufenthaltsgenehmigungen, Niederschlagung von Straf- und Parteiverfahren, berufliche Förderung), gefolgt von der Werbung unter „falscher Flagge“ (Täuschung über Auftraggeber und tatsächliche Art der verlangten Tätigkeit).

Nötigung und Drohungen (Verwendung von kompromittierendem Material, Hindernisse bei Besuchsreisen, Einleitung von Straf- und Parteiverfahren, berufliche Schwierigkeiten etc.) lagen quantitativ an dritter Stelle. Fast ebenso häufig wurden Appelle an ideologische Bindungen und Motive als Werbungsmitel eingesetzt („Sozialistische Aufbauarbeit“, „Friedensliebe“, „kommunistische Überzeugung“).

Versprechen und Zusicherungen

Ein MfS-Angehöriger versuchte, einem Bürger der Bundesrepublik die nachrichtendienstliche Tätigkeit dadurch schmackhaft zu machen, daß er ihm nicht nur gute Bezahlung versprach, sondern darüber hinaus zusicherte, das MfS werde im Falle des Aufdeckens seiner Spionagetätigkeit in beruflicher Hinsicht für ihn sorgen und ihn gegebenenfalls durch Austausch aus der Strafhaft befreien.

Werbung unter falscher Flagge

In mehreren Fällen schlugen MfS-Angehörige, die sich als Mitarbeiter eines wissenschaftlich-technischen Instituts oder ähnlicher Einrichtungen ausgaben, Naturwissenschaftlern und Studenten aus der Bundesrepublik den Abschluß eines Arbeitsvertrages mit großzügigem finanziellen Angebot vor. Dabei wiesen sie darauf hin, daß viele westdeutsche Akademiker mit der DDR zusammenarbeiteten.

Nötigung, Drohung

Die Nachrichtendienste der DDR spielten in Ost-Berlin an Besucher aus der BRD Mädchen heran. Diese hatten den Auftrag, die Besucher unter dem Versprechen sexueller Erlebnisse zu veranlassen, über die Gültigkeit ihres Tagespassierscheins hinaus in Ost-Berlin zu bleiben. Wenn die Besucher verspätet zum Sektorenübergang kamen,

wurden sie dem Angehörigen eines Nachrichtendienstes zugeführt, der über das Vorgefallene informiert war. Er versprach dem Besucher Straffreiheit für den Fall nachrichtendienstlicher Mitarbeit.

Eine West-Berlinerin hatte sich einen Reisepaß der Bundesrepublik ausstellen lassen, um in die DDR einreisen zu können. Beim Aufenthalt in der DDR wurde sie zur Volkspolizei vorgeladen. Dort erklärte man ihr, sie habe die Behörden der DDR über ihren wahren Wohnsitz getäuscht und müsse daher mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Dann schaltete sich ein Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes ein und versprach „Bereinigung“ der Angelegenheit, falls sie sich zur Beschaffung von Informationen verpflichte.

6. Die Anwerbung von Aussiedlern aus Osteuropa

Anders als die DDR-Dienste und die sowjetischen Nachrichtendienste rekrutierten die Geheimdienste der übrigen Länder des Sowjetblocks ihre Agenten auch 1969/70 vornehmlich unter Bürgern ihres eigenen Landes. Unter den Angesprochenen gab es zahlreiche Volksdeutsche, die in die Bundesrepublik übersiedeln wollten, z. B. aus Rumänien, aus Polen, Ungarn und der CSSR.

Diese nachrichtendienstlichen Verpflichtungen verdienen deshalb Beachtung, weil der Aussiedler in der Regel seine persönlichen und sonstigen Beziehungen zu seiner früheren Heimat auch nach der Aussiedlung aufrechterhält. Bei unverdächtigen Besuchsreisen kann der für eine Spionagetätigkeit gewonnene Aussiedler sich mit Angehörigen des gegnerischen Nachrichtendienstes treffen, Bericht erstatten, geschult werden und neue Aufträge entgegennehmen. Durch zurückgebliebene Verwandte hat der gegnerische Nachrichtendienst überdies oft ein Druckmittel in der Hand, dessen Anwendung er nicht scheut.

7. Hotels und Gaststätten als Operationsbasen

Nach der sowjetischen Okkupation flohen einige hauptamtliche Angehörige des CSSR-Nachrichtendienstes in den Westen und ver-

mittelten den westlichen Abwehrbehörden wichtige Erkenntnisse über die Arbeitsweise des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes, insbesondere über die Hotelüberwachung.

Sogenannte „Ausländerhotels“, die im wesentlichen nur Besucher aus dem westlichen und neutralen Ausland aufnehmen, werden von Nachrichtendienst-Offizieren überwacht. Zu ihren Aufgaben gehört es, die Reise- und Personalpapiere eingehend zu überprüfen und den Besuchsgrund sowie Kontakte des Hotelgastes festzustellen. Bei Hotelbesuchern, über die bereits Erkenntnisse einer Dienststelle des CSSR-Nachrichtendienstes vorliegen, werden die von dieser Dienststelle geforderten „besonderen Maßnahmen“ veranlaßt. Dazu können je nach Lage Befragungen, technische Einsätze (Abhören), Heranspielen von nachrichtendienstlich verpflichteten Prostituierten und „Beschattungen“ gehören. Das geschieht nicht nur unter Abwehrgesichtspunkten, sondern dient auch dazu, Ansatzpunkte für eine nachrichtendienstliche Ansprache zu finden oder zu schaffen.

Zuverlässige Hotelangestellte unterstützen die hauptamtlichen Überwachungskräfte. Eine langjährig in der Rezeption eines Ausländerhotels tätige Angestellte berichtete über Abhörgeräte in Hotelzimmern, die sie bestimmten Gästen zuzuweisen hatte. Weiterhin hatte sie Aufzeichnungen über alle Telefongespräche der Gäste zu fertigen.

Bei den verpflichteten Mitarbeitern des CSSR-Nachrichtendienstes handelte es sich zumeist um Angestellte, die eine langjährige Berufserfahrung in Ausländerhotels und Sprachkenntnisse besaßen.

C) Schwerwiegende Spionagefälle

1. Polnischer ND schickte hauptamtlichen Mitarbeiter

Am 11. April 1970 wurde der polnische Staatsangehörige Wladyslaw Pieterwas am Grenzübergang Elten/Autobahn wegen geheimdienstlicher Tätigkeit vorläufig festgenommen,

als er von einem Treffen mit einem deutschen Agenten in Arnheim/Niederlande zurückkehrte.

P. war Beauftragter der polnischen Binnenschifffahrt für die Bundesrepublik und die Beneluxländer und hatte seinen Wohnsitz in Duisburg. Er gehörte von 1958 bis 1962 der polnischen Botschaft in der DDR an. Von Januar 1968 bis Juni 1969 war er der Handelsabteilung der polnischen Botschaft in Den Haag zugeteilt.

Der Agent, den P. seit Mai 1969 führte, war 1966 in Zusammenhang mit seiner Aussiedlung aus Polen vom polnischen Nachrichtendienst zur Mitarbeit verpflichtet worden. Als Angestellter eines Arbeitsamtes fotografierte er für seine Auftraggeber die Unterlagen von Bewerbern für gehobene Stellungen bei der Bundeswehrverwaltung, bei obersten und oberen Bundesbehörden und bei privaten Unternehmen.

Bei der Durchsuchung des Pkw von P. wurde eine als Container hergerichtete Öldose gefunden. Sie enthielt Spionagematerial, das der Agent beim letzten von insgesamt sechs in Arnheim abgewickelten Treffen übergeben hatte.

Mit Pieterwas, der bald darauf die Bundesrepublik verlassen hat, wurde erstmals ein hauptamtlicher Mitarbeiter des polnischen Nachrichtendienstes gefaßt, der ohne Absicherung durch diplomatischen Status seiner Spionagetätigkeit in der Bundesrepublik nachging.

2. DDR-Spionage gegen Bundesministerium

Einen schwerwiegenden Spionagefall deckte das BfV im Februar 1970 im Raume Köln/Bonn auf. Es handelte sich nach den bisherigen Feststellungen um eine „Illegale Residentur“ der „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Residentin war die Ost-Berliner Diplom-Psychologin Ingeborg Weber, die in Köln als Kontoristin Liane Lindner auftrat. Der 80 Jahre alte Rechtsanwalt Dr. W. fungierte als Geheimer Mitarbeiter. Als ehemaliger Ministerialdirektor im Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen konnte er die

inzwischen angeworbene Irene Sch. zunächst im Bundesministerium des Innern und später im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung unterbringen. Dort stieg sie bis zur Sekretärin im Vorzimmer des Ministers auf und nutzte ihre Stellung nachrichtendienstlich aus. Dr. W. hatte daneben mit finanzieller Hilfe des MfS ein Kreditbüro „Wirtschaftshilfe für Festbesoldete“ aufgemacht. Die in den Kreditanträgen enthaltenen Angaben über persönliche, berufliche und wirtschaftliche Verhältnisse der Bewerber leitete er an das MfS weiter, das daraus die von ihm gewünschten Erkenntnisse über die Bewerber und ihre Arbeit gewann.

Die Residentin Weber sandte das Spionagematerial aus den Gebieten Politik, Verteidigung und Wissenschaft in Form von „Mikrat“-Fotos nach Ost-Berlin. Dabei benutzte sie Verstecke in Toiletten der Interzonenzüge. Sie stand auch in Funkverkehr mit der DDR, entschlüsselte die Anweisungen und leitete ihre beiden geheimen Mitarbeiter an.

3. Militärspionage

Nach Vorermittlungen des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) unter Beteiligung des Verfassungsschutzes wurde Ende November 1970 Hans-Adolf W. wegen Spionage festgenommen, wenig später auch sein Vater Daniel. Dieser war früher KPD-Mitglied und nach dem Verbot dieser Partei der Deutschen Friedens-Union (DFU) und später der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) beigetreten.

Hans-Adolf war Soldat der Bundeswehr. Er verschaffte unter Mithilfe seines Vaters einem Angehörigen des sowjetischen Nachrichtendienstes militärische Informationen und Geräte. Später sollte er sich beim Bundesamt für Wehrtechnik bewerben oder eine naturwissenschaftliche Ausbildung auf Kosten des sowjetischen Nachrichtendienstes durchlaufen. Er und sein Vater wurden festgenommen, als Hans-Adolf W. seinem Führungsoffizier eine Flugblatt-Rakete der Bundeswehr übergeben wollte.

Vater und Sohn W. haben insgesamt etwa 60 000,- DM an Spionagegeldern erhalten.

4. Verurteilungen wegen Spionagetätigkeit

Im Jahre 1969 wurden in der Bundesrepublik 33, im Jahre 1970 39 Personen wegen Landesverrats, geheimdienstlicher Tätigkeit oder sicherheitsgefährdenden Nachrichtendienstes verurteilt.

Diese Zahlen liegen erheblich unter denen der Vorjahre. Im Jahre 1968 wurden 85 und im Jahre 1967 126 Personen verurteilt. Dieser Rückgang der Verurteilungen ist jedoch nicht auf eine Abnahme der Spionagetätigkeit zurückzuführen. Offensichtlich machte sich das am 1. August 1968 in Kraft getretene Straffreiheitsgesetz bemerkbar.

Verurteilt wurden

- 19 Personen durch die Oberlandesgerichte in Nordrhein-Westfalen,
- 7 Personen durch die Oberlandesgerichte in Baden-Württemberg,
- 5 Personen durch die Oberlandesgerichte in Niedersachsen,
- 4 Personen durch das Oberlandesgericht Frankfurt/M.,
- 3 Personen durch das Oberlandesgericht Koblenz,
- 2 Personen durch das Oberlandesgericht Bremen,
- 1 Person durch das Oberlandesgericht Hamburg,
- 14 Personen durch das Bayerische Oberste Landesgericht,

8 Personen durch das Kammergericht Berlin,

3 Personen durch den Bundesgerichtshof,

2 Personen durch das Landgericht Flensburg,

2 Personen durch das Landgericht Lüneburg,

2 Personen durch das Landgericht Saarbrücken.

54 Verurteilte hatten Beziehungen zu einem DDR-Nachrichtendienst, sieben zu einem tschechoslowakischen, neun zu einem sowjetischen und je eine Person zu einem ungarischen und einem rumänischen Nachrichtendienst.

D) Anbahnung von Kontakten für nachrichtendienstliche Anwerbung durch Nachrichtendienste der DDR*)

- 1. Befragungsaktion durch „futura 2000“**
- 2. „Universal 70“ – ein Preisausschreiben**
- 3. Ein „günstiges“ Kreditangebot**

*) Muster entspr. Drucksachen S. 46–51

... + beginnen mit montage der
weltraumstation X 37 + stop + ...

*Sie meinen, das
ist etwas für Ihre
Enkel ?*

... Gewiß! ...

... denn diese Meinung vertritt auch **futura 2000**. Also denken Sie genau wie wir bereits heute an das Morgen?!

Konkret äußert sich das in Ihren Zukunftsplänen, für Sie persönlich, Ihre Familie und sicher auch für Ihre Enkel.

Unsere Studiengruppe **futura 2000** interessiert sich ausschließlich für die Zukunft und deshalb auch für Ihre Meinung zu Problemen der vor uns liegenden Zeit, weil diese verantwortungsvoll und kühn gemeistert werden muß. Experimente haben in Wissenschaft und Technik durchaus ihre Daseinsberechtigung, doch in der Voraussicht unserer Zukunft zählen Nüchternheit, Erfahrung und Kühnheit.

Unsere jetzige Welt wirft Fragen auf, die mit explosiver Gewalt zu einer Lösung drängen, Probleme, die nur von vielen Menschen entschieden werden können. Gehören Sie schon zu diesen, wollen Sie zu ihnen gehören, haben Sie eigene Vorstellungen?

futura 2000 möchte Ihren Blick für das Morgen schärfen und natürlich gern Ihre Meinung erfahren, diesmal zu folgenden fünf Fragen:

1. Sollte die „Große Koalition“ nach Ihrer Meinung bis 1973 weiterbestehen?
2. Sind Sie der Überzeugung, daß sich durch die Anerkennung der DDR eine Wiedervereinigung Deutschlands ermöglichen läßt?
3. Meinen Sie, daß die gegenwärtige Bundesregierung notwendige Voraussetzungen für das Leben im Jahre 2000 schafft?
4. Nehmen Sie an, daß der Einfluß der UN etwa ab 1970 den Ausbruch kriegereischer Konflikte in der Welt verhindern kann?
5. Sind Sie davon überzeugt, daß weitere Experimente im Kosmos für den Fortschritt der Menschheit notwendig sind?

Ihre Antworten tragen Sie bitte in die Beilage ein. Sie können Ihre Meinung zu jeder Frage in kurzen Sätzen darlegen, selbstverständlich aber auch nur mit ja oder nein antworten. In jedem Falle danken wir für Ihre geschätzte Mitarbeit.

Dieser Dank soll seinen konkreten Ausdruck auch darin finden, daß Sie mit Ihrer Antwort an einer Auslosung von Sachwerten (gestiftet durch repräsentative Firmen unserer Wirtschaft) beteiligt werden. Unter diesen Sachwerten befinden sich

vorgefertigte Bungalows,

Yachten (Bootskörper aus Edelholz oder Plaste),

Reisen (In- und Ausland),

Campingausrüstungen,

komplette Jagdausrüstungen

sowie zahlreiche kleinere Sachgewinne.

Einsendeschluß für die Beilage ist der 31. Juli 1969 (Poststempel).

Die Auslosung der Sachwerte erfolgt unter Ausschuß des Rechtsweges.

futura 2000

Ihre ausgefüllte Beilage senden Sie bitte an:

Dr. Horst Merten

108 Berlin W 8

Georgenstr. 33

futura 2000 bereitet weitere Befragungen vor. Wir möchten dabei auch Ihre speziellen Interessen berücksichtigen. Die nachfolgende Auswahl soll Ihre Entscheidung erleichtern:

1. Wirtschaft
2. Technik
3. Kultur
4. Wissenschaft
5. Wehrfragen
6. Politik

Dazu tragen Sie bitte auf der Beilage die Nummern der von Ihnen zuerst gewünschten Gebiete in die drei Kreise ein.

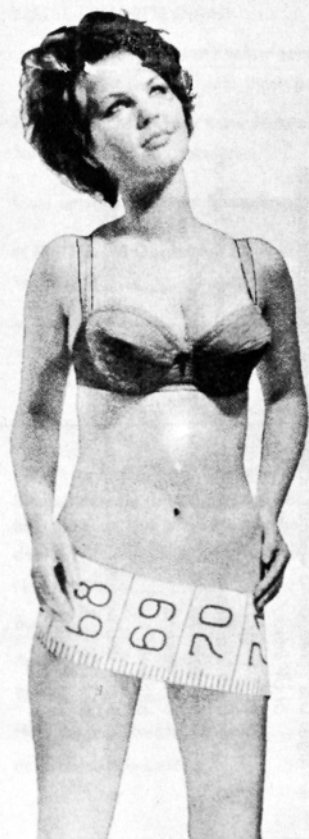
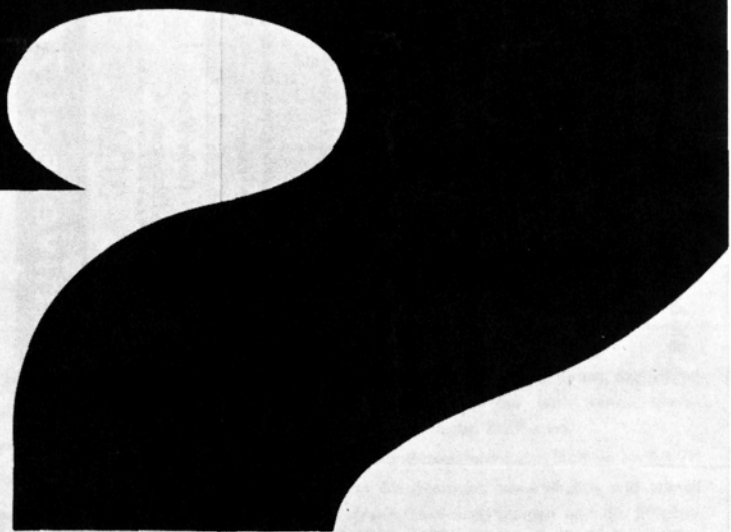
Besten Dank

Ihre

futura 2000

„Universal 70“ – ein Preisausschreiben

universal 70



3. FOLGE

futura 2000 bereitet weitere Befragungen vor. Wir möchten dabei auch Ihre speziellen Interessen berücksichtigen. Die nachfolgende Auswahl soll Ihre Entscheidung erleichtern:

1. Wirtschaft
2. Technik
3. Kultur
4. Wissenschaft
5. Wehrfragen
6. Politik

Dazu tragen Sie bitte auf der Beilage die Nummern der von Ihnen zuerst gewünschten Gebiete in die drei Kreise ein.

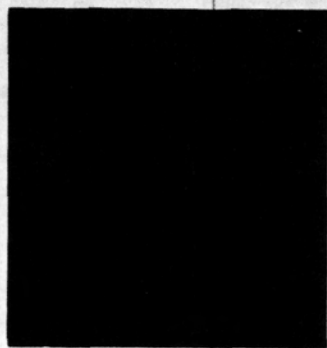
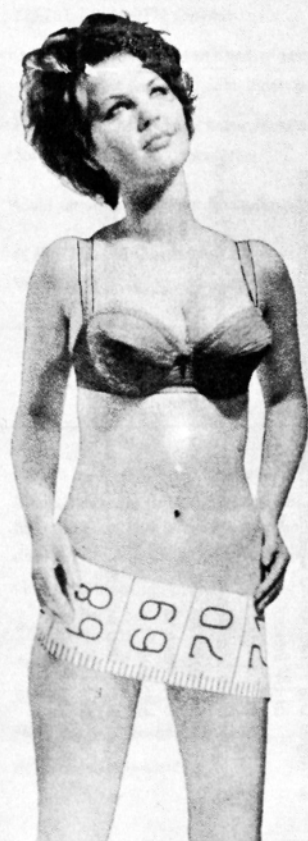
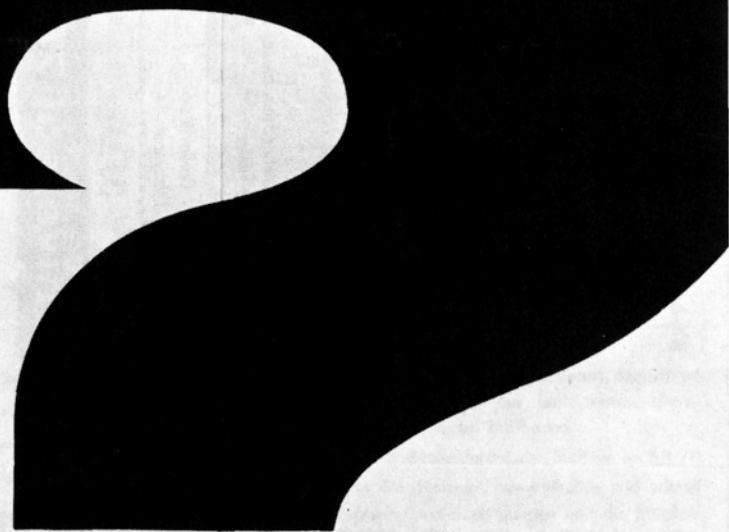
Besten Dank

Ihre

futura 2000

„Universal 70“ – ein Preisausschreiben

universal 70



3. FOLGE

Unser Cover-Girl kennt seine Maße. Und Sie - kennen Sie sich auch nur von außen? Wissen Sie, wer Sie sind und wer Sie sein könnten?

universal 70 geht der Sache auf den Grund, hilft Ihnen, sich selbst zu erkennen, den 70er Jahren gewachsen zu sein, beantwortet Ihnen die Frage, wo Sie heute stehen und in drei oder fünf Jahren stehen könnten. **universal 70** erinnert Sie daran, daß sich die technische Entwicklung in immer rascheren und größeren Schritten vollzieht und von Ihnen verlangt: mehr Wissen!

Und Wissen erwerben kostet Zeit, kostet Geld! Stimmt, aber es fehlt noch etwas: Wissen erwerben bringt Freude, Wissen erwerben bringt Gewinn: Selbstvertrauen, Sicherheit, Anerkennung durch Freunde und Bekannte, Erfolg im Beruf und Gewinne von **universal 70**

Bilden und gewinnen, das ist neu, zumindest für Europa, das ist **universal 70**. Schauen Sie sich die Fragen unserer 3. Folge an und versuchen Sie es. Für Sie ist die Teilnahme unverbindlich, vielleicht sogar ein Gag, für unsere Wissenschaftler und Bildungsexperten ist Ihre Antwort mehr, Erkenntnis, Hilfe für die Prognose, Warnsignal für unbewältigte Probleme der Gegenwart.

1. Frage: Ist »Meteor«
 - a) ein deutsches Forschungsschiff
 - b) ein Nachrichtensatellit?
2. Frage: Bezeichnet man mit »Mach«
 - a) die Schallgeschwindigkeit der Düsentflugzeuge
 - b) die Marschrichtungszahl bei Verwendung eines Kompasses?
3. Frage: Ist Hybridtechnik
 - a) ein Verfahren zur Gewinnung von hochbrisanten Zündstoffen
 - b) ein Begriff der Mikrominiaturisierung?
4. Frage: Die Verwendung welchen Lichtes macht die Holographie möglich
 - a) UV-Infrarot-Kombinationslicht
 - b) Laser-Licht?
5. Frage: Heißt die Verwendung biologischer Organisations- und Funktionsprinzipien für die Entwicklung neuer technischer Systeme
 - a) Biotechnik
 - b) Bionik?
6. Frage: Wann und wo fand die 3. Europäische Weltraumkonferenz statt
 - a) 1968 in Bonn
 - b) 1969 in Brüssel?

Wie bei unseren beiden ersten Folgen:

Jeder eingesandte Antwortschein **universal 70** nimmt an der vierteljährlichen Gewinnauslosung teil und hat überdies eine Gewinnchance bei der Jahresendauslosung (Dez. 70).

Mit dieser erweiterten Auflage sind zu den Gewinnen der 1. und 2. Folge hinzugekommen:

- freie Studienplätze mit Teilstipendium (Universität/Fachschule - übertragbar, auf Wunsch in bar)
- Konsultationsreisen
- Fachbücher, Nachschlagewerke, Handbücher
- Belletristik

Füllen Sie nun bitte den perforierten Antwortschein aus und notieren Sie andere, Sie brennend interessierende Fragen, Probleme oder Wünsche für die weiteren Folgen auf der Rückseite. (Unsere 4. Folge: Fragen der europäischen Kultur, Juni 70).

Den ausgefüllten Antwortschein dieser 3. Folge senden Sie bitte bis 15.4.1970 an unsere deutsche Filiale:

Mr. Edward C. Graham
1 Berlin W 66
Krausenstr. 14



3.Folge

universal 70



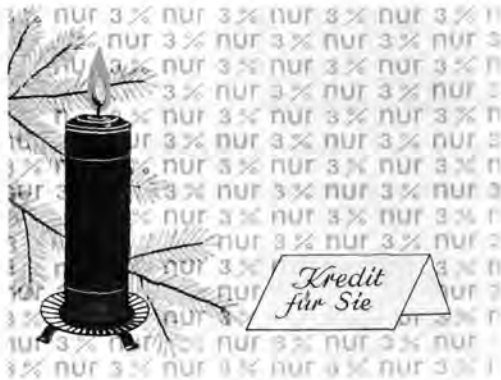
Name	Vorname
geboren am	Beruf
Postleitzahl	Ort
Straße	Nr.

Antworten ankreuzen

	a	b
1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

b. w.

Ein „günstiges“ Kreditangebot



Bitte kreuzen Sie auf dem Antwortschein an:

- A Kredit für Investitionszwecke
- B Kredit für Kapitalanlagen
- C Kredit für Wohnung/Haushalt
- D Kredit für Ausbildung
- E Kredit für Reisen und Erholung
- F Kredit für Hobbies
- G Kredit für Dinge, über die ich nicht sprechen möchte

Ja, eine wirkliche Freude zum Fest, Ihnen bereitet von der KREDIT-FINANZEN GmbH

Nur 3 Prozent für Kredite, ganze 3 Prozent!
Das ist fast geschenkt, Ihnen geschenkt!

Hier sollten Sie wirklich keine Minute zögern, hier sollten Sie sich noch heute informieren.

Geld unter so günstigen Bedingungen nur bei **KREFI**.

KREFI, ein Geschenk für Sie, denn unser Risiko ist Ihr Vorteil!

Sollten Sie Interesse an unserer Offerte haben, dann füllen Sie bitte den Antwortschein aus und werfen diesen kuvertiert **noch heute** in den Briefkasten.

Denn: Unser Weihnachtssonderangebot läuft nur bis 5. 1. 71!
Wir informieren Sie kostenlos, unverbindlich und schnell über unsere Kredit-Finanzbedingungen und die Möglichkeiten des Krediterhalts.

Sie haben unser Vertrauen, wir werben um das Ihre!

Ihre KREDIT-FINANZEN GmbH
1 Berlin 66
Voßstraße 22

Ich bin an Ihrer Offerte interessiert.

Bitte senden Sie umgehend kostenlos und unverbindlich Informationen über die Bedingungen und Möglichkeiten der **KREFI** GmbH an folgende Anschrift:

Name/Vorname _____

Beruf _____

Anschrift _____

Telefon privat: _____ Büro: _____

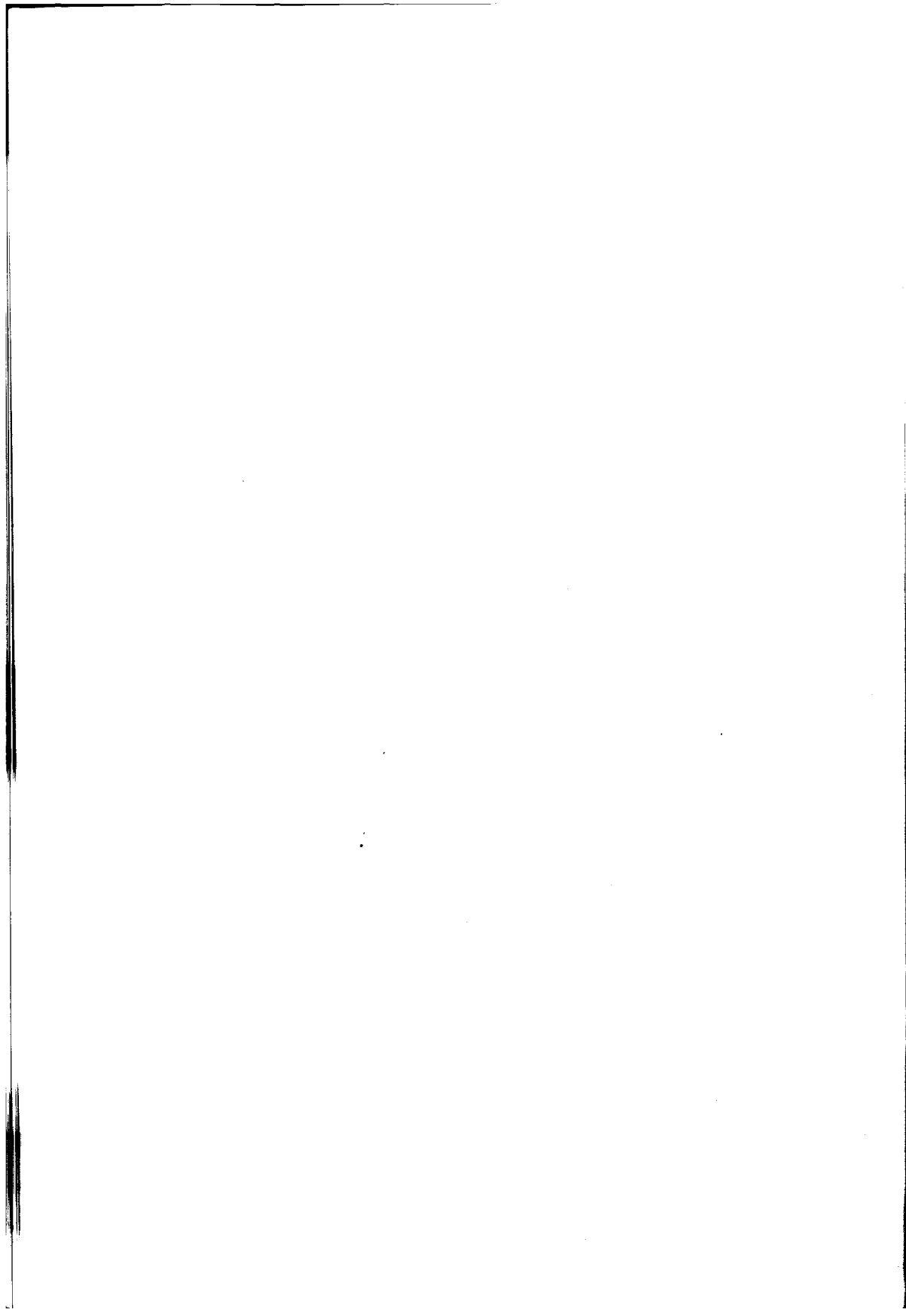
Höhe des Kreditwunsches _____

Bitte in Blockschrift ausfüllen!

Unterschrift _____

Bitte berücksichtigen Sie bei Ihren Informationen die Spezifik meiner Kreditabsichten





Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern 1969/70

A) Entwicklungen und Tendenzen

1. Zunahme der Gewaltverbrechen

In den Jahren 1969 und 1970 wurden zahlreiche Staaten der Welt von Terrorakten politischer Extremisten betroffen. Der internationale Terror gipfelte in einer Welle brutaler Angriffe auf den zivilen Luftverkehr, die viele Menschenleben forderten. Brand- und Sprengstoffanschläge richteten sich gegen Wohn- und Geschäftshäuser, diplomatische Vertretungen und sonstige öffentliche Einrichtungen. Politische Untergrundgruppen entführten Geiseln, um ihre Forderungen durchzusetzen. Mehrere der Entführten wurden ermordet.

Diese Ausschreitungen haben sich nicht auf die Brennpunkte politischer und sozialer Spannungen beschränkt. Zahlreiche, zumeist kleine Widerstandsgruppen trugen den Terror vielmehr auch in unbeteiligte, von den Krisenherden z. T. weit entfernte Staaten.

Auch im Bundesgebiet nahmen die Gewalttätigkeiten politisch radikaler Ausländer erheblich zu. Im Verlauf des Jahres 1970 wurden insgesamt 182 Fälle dieser Art bekannt gegenüber 65 im Vorjahre. Mehr als die Hälfte dieser Taten wurde von linksextremen oder anarchistischen Gruppen von Spaniern und Griechen begangen. Sie richteten vorwiegend gegen Landsleute tätliche Angriffe und Morddrohungen. Im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen kam es zu Gewalttaten. Sprengstoff- und Bombenanschläge hatten diplomatische Vertretungen, Banken und Reisebüros beider Länder zum Ziel.

Bei den übrigen Vorfällen handelte es sich meistens um Aktionen palästinensischer „Widerstandskämpfer“ und um Auseinander-

setzungen aus politischen Gründen unter Gastarbeitern und Emigranten aus Jugoslawien.

Aus der Serie von Anschlägen palästinensischer Terroristen auf Linienmaschinen verschiedener Fluggesellschaften in Europa wirkten sich folgende Fälle unmittelbar auf die Bundesrepublik aus:

- Der Versuch, eine Maschine der israelischen Fluggesellschaft EL AL am 10. 2. 1970 in München-Riem zu entführen, bei dem ein Passagier getötet und elf weitere Personen zum Teil schwer verletzt wurden;
- der Sprengstoffanschlag vom 21. 2. 1970 auf ein Flugzeug vom Typ Caravelle der „Austrian Airlines“, die sich mit 38 Insassen auf dem Flug von Frankfurt nach Israel befand; hierbei traten glücklicherweise keine Menschenopfer ein.
- Die Entführung einer Boeing 707 der amerikanischen Fluggesellschaft TWA mit 145 Passagieren und zehn Besatzungsmitgliedern auf den Wüstenflugplatz Zarka in Jordanien am 6. 9. 1970. Die mutmaßlichen Täter hatten die Maschine in Frankfurt/M. bestiegen.

In sechs Fällen haben radikale Ausländer Vertretungen ihrer Heimatstaaten im Bundesgebiet besetzt oder zu besetzen versucht. Die Abwehr dieser Gefahren wurde besonders dadurch erschwert, daß die Führungsstellen der meisten Terrorgruppen im Ausland liegen und sich ihre Aktivisten zumeist falscher Personalpapiere bedienen. Hinzu kam, daß politische Ausländervereinigungen ihre radikalen Ziele häufig durch irreführende Organisationsnamen und unverfängliche Programme zu tarnen suchten.

Die Staatsschutzbehörden der Bundesrepublik haben alle legalen Möglichkeiten genutzt,

um die Angriffstätigkeit dieser Kreise bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu erkennen. Dies hat dazu beigetragen, Schlüsselpersonen des internationalen Terrorismus zu identifizieren und – als Voraussetzung wirksamer Gegenmaßnahmen – Klarheit über ihre Arbeitsweise und Absichten zu schaffen.

2. Die Träger sicherheitsgefährdender Bestrebungen

Die Bundesrepublik hat fast 200 000 Emigranten aus osteuropäischen Staaten Zuflucht gewährt. Fast die Hälfte dieser Flüchtlinge schlossen sich nach Kriegsende in zahlreichen politischen Vereinigungen und Interessenverbänden zusammen. Ein großer Teil dieser Organisationen verfolgte nationalistische, gegen die kommunistische Herrschaft in ihren Herkunftsländern gerichtete Ziele. Einige Gruppen bedienten sich dabei einer konspirativen Arbeitsweise. Bis vor wenigen Jahren ging eine sicherheitsgefährdende Aktivität von Ausländern im Bundesgebiet nur von solchen radikalen Emigrantengruppen und sie bekämpfenden gegnerischen Organisationen aus.

Ende 1970 war jedoch die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten von politischen Vereinigungen der Ostemigranten auf etwa 10 000 Personen zusammengeschmolzen. Die Masse der später aus osteuropäischen Ländern in die Bundesrepublik gekommenen Ausländer hält sich von ihr fern. Diesem Substanzverlust der politischen Emigrantengruppen standen jedoch verstärkte Bemühungen eines Kerns von Aktivisten gegenüber, künftig alle Mittel und Möglichkeiten zur Intensivierung der Arbeit im politischen Untergrund zu nutzen.

Im Gegensatz zu der Aktivität nicht rückkehrwilliger Ostemigranten, die sich schon in den ersten Nachkriegsjahren bemerkbar machte, setzten die radikalen Bestrebungen anderer in der Bundesrepublik lebender Ausländer in stärkerem Umfang erst vor wenigen Jahren ein. Sie gingen zunächst nur von kleinen Gruppen ausländischer Intellektueller und Studenten aus, die in Opposition zu den Regierungen ihrer Heimatstaaten standen und

diese von ihrem derzeitigen Gastland aus zu bekämpfen suchten, sowie von kleinen Zellen vorwiegend kommunistischer Exilorganisationen und internationaler Anarchisten. Ihr personeller Bestand ist jedoch in letzter Zeit ständig größer geworden.

Nach und nach kamen etwa 3 000 politisch radikale Palästinaflüchtlinge in die Bundesrepublik und errichteten Stützpunkte ihrer Widerstandsorganisationen. Rund 4 000 Spanier schlossen sich konspirativen, die spanische Regierung bekämpfenden Vereinigungen auf deutschem Boden an. Besonders rasch sind die radikalen Gruppen der griechischen Opposition gewachsen. Ihr Anhang wurde Ende 1970 auf 20 000 bis 25 000 Personen geschätzt. Außerdem haben Extremistengruppen aus Italien, Portugal, der Türkei, Marokko, dem Iran und anderen Staaten im Bundesgebiet Fuß gefaßt.

Unter den rund tausend Vereinigungen von Ausländern im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin waren so mindestens 100 aufgrund ihrer Ziele oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger als politisch radikal zu beurteilen. Konkrete Anhaltspunkte sprechen dafür, daß von ihnen Gefahren für die innere Sicherheit oder für wichtige außenpolitische Belange der Bundesrepublik ausgehen. Ihre Gesamtstärke beträgt etwa 50 000 Mitglieder. Ausgesprochen terroristische Tendenzen weisen 27 Ausländervereinigungen auf, von denen viele das Bundesgebiet mit einem Netz regionaler Stützpunkte überzogen haben. Allerdings war nur ein „harter Kern“ der Angehörigen dieser Vereinigungen an der Planung und Durchführung von Terrorakten beteiligt. Diese Aktivisten halten sich z. T. schon seit Jahren illegal in der Bundesrepublik auf. Es gelang ihnen immer wieder, sich in der Masse der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer dem Zugriff der Sicherheitsbehörden zu entziehen.

Durch den anhaltenden Zustrom ausländischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik wurden den extremistischen Ausländergruppen neue Möglichkeiten eröffnet.

Am 30. 9. 1970 erreichte die Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik

die Zweimillionengrenze. Unter ihnen befanden sich als stärkste Gruppen

423 200 Jugoslawen

381 800 Italiener

353 900 Türken

242 200 Griechen

171 700 Spanier

44 800 Portugiesen sowie

ca. 20 000 Arbeiter aus arabischen Staaten.

Die radikalen Ausländerorganisationen versuchten intensiv, unter dieser großen Zahl von Arbeitern Anhänger zu gewinnen. Sie konzentrierten dabei ihre Aktivitäten auf die industriellen Schwerpunkte der Bundesrepublik, wo mehr als 750 000 Ausländer in der Metallindustrie und weitere 471 000 Ausländer in sonstigen verarbeitenden Betrieben beschäftigt werden.

Gruppen politisch radikaler Ausländer bildeten sich inzwischen auch an nahezu allen deutschen Hochschulen, an denen im Wintersemester 1970/71 insgesamt rund 25 000 Ausländer studierten. Den relativ stärksten Zulauf hatten die politisch radikalen Studentengruppen des Nahen und Mittleren Ostens. Die Studenten palästinensischer Herkunft bekannten sich in der Bundesrepublik nahezu ausnahmslos zu den Zielen ihrer nationalen Widerstandsorganisationen.

3. Ideologisch-politische Hintergründe

Die ideologisch zur extremen Linken zählenden Gruppen dominierten. Unter den politisch radikalen Vereinigungen der Italiener, Spanier, Griechen, Perser und Türken waren die kommunistischen oder kommunistisch unterwanderten Organisationen die stärksten und aktivsten. Eine weitere große Gruppe bilden die national-revolutionären, teilweise auch pro-chinesischen Gruppen der afro-asiatischen und arabischen Solidaritätsbewegung. Trotz geringer Anhängerschaft entfalteten sie erhebliche Aktivität. Dies galt auch für die Zellen internationaler Anarchisten.

Demgegenüber traten Ausländervereinigungen mit rechtsradikalen Zielen vergleichsweise selten in Erscheinung. Dabei gehen von

den Bestrebungen kroatischer Nationalisten erhebliche Sicherheitsgefährdungen aus, während sich die wenigen Vereinigungen der Griechen, die rechtsextreme Zielsetzungen verfolgen, wegen des Widerstandes der zahlenmäßig weit überlegenen griechischen Opposition im Bundesgebiet kaum entfalten konnten.

Bei aller Vielfalt ihrer Ziele zeigen die ausländischen Extremisten gewisse gemeinsame Grundhaltungen. Sie neigen zu vereinfachendem Freund-Feind-Denken sowie zu Fluchtreaktionen in Dogmen und Vorurteile. Intoleranz und Aggressionsdrang beherrschen ihre Aktivität. Wichtige innen- und außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland wurden nicht allein durch Gewaltaktionen, sondern zunehmend auch durch Agitation beeinträchtigt. Die vielfach in deutscher Sprache verfaßten Flugschriften enthielten Verunglimpfungen ausländischer Regierungen und Staatsmänner. Teilweise warben sie offen für demokratiefeindliche Ziele oder riefen zur gewaltsamen Lösung internationaler Probleme auf.

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen war wegen ideologischer Differenzen und Führungs rivalitäten begrenzt. Trotzdem kam es aus besonderem Anlaß zu Solidaritätsaktionen. So traten arabische, persische, türkische und deutsche Extremisten im Bundesgebiet mehrfach als gemeinsame Herausgeber von Flugblättern auf. An mehreren deutschen Universitäten sind unter maßgeblicher Beteiligung von Aktivisten der deutschen „Neuen Linken“ Palästina-Komitees entstanden. Ihnen gehören sowohl Deutsche als auch Ausländer an.

Enge Kontakte wurden auch zwischen der spanischen Kommunistischen Partei, der DKP und der verbotenen KPD festgestellt. Kommunistische Betriebszeitungen mit spanischsprachigem Anhang dokumentierten die fortschreitende Solidarisierung.

Nur ein Bruchteil der bisher erkannten politisch radikalen Ausländergruppen ist ihrer Verpflichtung nachgekommen, Satzungen und Vorstände den zuständigen Behörden mitzuteilen. Soweit derartige Anmeldungen erfolgt

sind, versuchten die Gruppen, über ihre wahren Ziele hinwegzutäuschen. Aus Sicherheitsgründen wurde oft auf Mitglie­derausweise und Mitgliederlisten verzichtet. Im Bereich der kroatischen Nationalisten, des internationalen Anarchismus sowie bei einzelnen palästinensischen Gruppen sind Deck- und Aliasnamen üblich. Hier ist man bestrebt, die Mitglieder auf regionaler Ebene zu geheim arbeitenden Kleinstgruppen zusammenzufassen.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden die politisch extremen Ausländergruppen von Führungsstellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gesteuert. So liegen die Zentralen der Zweiggruppen aller im Bundesgebiet tätigen palästinensischen Widerstandsorganisationen durchweg im Nahen Osten. Die italienischen Kommunisten und der nationalkommunistische Flügel der griechischen KP werden aus Rom, die spanischen Kommunisten aus Prag und Paris angeleitet. Leitstellen der Anarchistengruppen befinden sich in Belgien, Italien und Frankreich. Die bedeutendste nichtkommunistische griechische Widerstandsorganisation hat ihren Sitz in Stockholm. Bestimmte Kroatengruppen im Bundesgebiet sind gelegentlich von Australien aus gesteuert worden.

Diese ausländischen Führungsstellen haben in erheblichem Umfang Propagandamaterial in die Bundesrepublik eingeschleust und unter die „Gastarbeiter“ verteilt. Die im Ausland befindlichen Leitstellen schickten außerdem Kuriere und Instruktoren zu den Zweiggruppen im Bundesgebiet.

B) Die einzelnen Träger sicherheitsgefährdender Bestrebungen

1. Palästinensische Widerstandsorganisationen

Den größten Organisationen des palästinensischen „Widerstandes“ ist es in den letzten beiden Jahren zunehmend gelungen, im Bundesgebiet Fuß zu fassen und einen erheb-

lichen Teil der hier lebenden Palästinenser für eine Unterstützung zu gewinnen.

In regelmäßigen Versammlungen sowie mit Flugschriften, Zeitungen und Broschüren entfaltete der palästinensische „Widerstand“ im Bundesgebiet unter den Angehörigen aller arabischen Staaten eine lebhaft propagandatätigkeit.

Die palästinensischen Untergrundorganisationen schickten eigens Propagandisten in die Bundesrepublik, um Freiwillige für die Ausbildung in Untergrund- und Sabotagetätigkeit sowie für den Guerillaeinsatz im Nahen Osten zu werben. Nach Lehrgängen von mehreren Wochen kehrten die Teilnehmer häufig wieder in die Bundesrepublik zurück. Auch Anhänger deutscher linksradikaler Gruppen sind zu solchen Schulungen in den Nahen Osten gereist.

Die Organisationen verlangten von ihren Mitgliedern zum Teil hohe Beiträge. Daneben veranstalteten sie laufend Spendenaktionen bei nichtorganisierten Arabern und sonstigen in- und ausländischen Gruppen. Einige Organisationen wurden von der Arabischen Liga subventioniert. Wiederholt war eine Zusammenarbeit dieser Gruppen mit Organisationen der deutschen „Neuen Linken“ festzustellen, die u. a. zur Gründung von „Palästina-Komitees“ geführt hat. Solche Solidarisierungserscheinungen beschränkten sich jedoch im wesentlichen auf studentische Kreise. Die stärkste Widerstandsorganisation, „Al Fatah“, war nicht bereit, sich auf einen der deutschen „Neuen Linken“ entsprechenden Kurs festlegen zu lassen.

Hauptbasen des palästinensischen Untergrunds auf deutschem Boden waren seine international tätigen Hilfsorganisationen „Generalunion Palästinensischer Studenten“ (GUPS) und „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA), deren Zentralen sich in Kairo befinden. Beide Vereinigungen suchten ihre wahren Ziele gegenüber den deutschen Behörden zu verbergen.

Die GUPS, die im Bundesgebiet 27 Zweiggruppen besitzt, wird nahezu vollkommen von Al Fatah beherrscht. Die führenden Funktionäre von GUPS und Al Fatah sind großen-

teils identisch. In zahlreichen deutschsprachigen Flugblättern, die z. T. von der GUPS allein, häufig jedoch in Zusammenarbeit mit deutschen und ausländischen linksradikalen Studentengruppen herausgegeben wurden, polemisierte die GUPS gegen den Staat Israel. Sie betrachtete die Bundesregierung als Feind des palästinensischen Volkes, da sie Israel militärisch und wirtschaftlich unterstütze.

Die „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA) ist in Europa seit etwa 1969 in Erscheinung getreten. Obwohl auch bei ihr der Einfluß von Al Fatah überwiegt, scheinen auch andere palästinensische Gruppen wie die maoistische „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) Anhänger innerhalb der GUPA zu haben.

Der Verband umfaßte Ende 1970 24 Zweiggruppen auf deutschem Boden. Seine Arbeit erfolgt unter strenger Geheimhaltung.

Die Al Fatah-Organisation hat in Westeuropa zahlreiche Zweiggruppen, Kontaktstellen und Residenturen. Allein im Bundesgebiet wurden bisher 23 Stützpunkte festgestellt. In weiteren 10 Städten sind Kontaktstellen zu vermuten.

Die Al Fatah steht sozialrevolutionären Ideologien grundsätzlich skeptisch gegenüber. Sie wirft den linksextremen Kräften des palästinensischen Untergrundes eine Fehleinschätzung der realen Machtverhältnisse in den arabischen Ländern und eine daraus resultierende „konterrevolutionäre“ Haltung vor. In Palästina gebe es noch keine proletarische Partei, die imstande wäre, die Revolution zu führen. Es gebe auch noch keine Klassenkämpfe und keine größere Arbeiter- und Bauernbewegung. Daher müsse die Revolution notwendigerweise eine nationale Phase durchmachen; die nationalen Kräfte seien mithin das bestimmende Element des Befreiungskampfes.

Jedes Mitglied wird durch Eid zur Geheimhaltung und zu bedingungslosem Gehorsam verpflichtet. Es erhält eine Nummer und einen Decknamen. Kein Angehöriger der Organisation darf mehr wissen, als seine Aufgabe es erfordert. Ein Ausscheiden aus der Organisation ist ausgeschlossen.

Die Gliederungen der Al Fatah erhielten ihre Anweisungen von der zentralen Führung der Organisation. Ihre Spitzenfunktionäre in der Bundesrepublik standen in ständigem Kontakt mit der Al Fatah-Leitung im Nahen Osten. Aufgrund eines von dort erteilten Befehls plante die Al Fatah, am 21. September 1970 die jordanische Botschaft in Bonn-Bad Godesberg für mehrere Tage zu besetzen.

Aufgrund des verstärkten polizeilichen Schutzes des Botschaftsgebäudes schreckten die Al Fatah-Anhänger vor dem befohlenen Handstreich zurück und beließen es bei einer Demonstration.

Die maoistische „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) war für die meisten Terrorakte außerhalb des nahöstlichen Krisengebietes verantwortlich. Auch diese Widerstandsvereinigung hat im Bundesgebiet geheime Stützpunkte.

Bei ihren Flugzeugentführungen Anfang September 1970 hat die Organisation das Bundesgebiet zumindest in zwei Fällen als Ausgangsbasis benutzt. Die beiden Entführer der am 6. 9. 1970 in die Gewalt der Terroristen gefallenen und nach Jordanien entführten Boeing 707 der Trans World Airlines bestiegen die Maschine bei einer Zwischenlandung in Frankfurt/M. Die Flugzeugattentäterin Leila Khaled reiste zu ihrem Einsatzort Amsterdam durch die Bundesrepublik. Sie hielt sich vor dem Attentat kurzfristig in Stuttgart auf.

Als „PFLP-Generalkommando“ ist eine weitere palästinensische Widerstandsgruppe im Bundesgebiet am 21. 2. 1970 durch den Anschlag auf eine Maschine der österreichischen Fluglinie Austrian Airlines in Erscheinung getreten. Der Spitzenfunktionär dieser Organisation im Bundesgebiet ist nach dem Anschlag ins Ausland geflüchtet. Andere Aktivisten dieser Gruppe wurden aus der Bundesrepublik Deutschland abgeschoben. Seither war eine Aktivität des PFLP-Generalkommandos auf deutschem Boden nicht mehr festzustellen.

Das Gleiche gilt für die „Aktionsgemeinschaft zur Befreiung Palästinas“ (AOLP), die u. a. für einen Anschlag auf Passagiere einer

Maschine der israelischen Fluggesellschaft EL AL am 10. 2. 1970 in München-Riem verantwortlich ist.

2. Spanische Widerstandsgruppen

Unter den zahlreichen Gruppen der spanischen Opposition im Bundesgebiet hat die „Kommunistische Partei Spaniens“ (PCE) besondere Aktivität entfaltet. Ihr Exilsitz ist Prag. Weitere wesentliche Führungsstellen befinden sich in Paris und Brüssel. Darüber hinaus verfügt die PCE über ein Verbindungsbüro in Ost-Berlin. Sie hält gewisse Aktionen geheim, nutzt zugleich aber alle sich ihr bietenden Möglichkeiten zur legalen Betätigung. Im Bundesgebiet werden das Zentralorgan der Partei, „Mundo Obrero“ (Arbeiterwelt), und die für Funktionäre bestimmte parteitheoretische Schrift „Nuestra Bandera“ (Unsere Fahne) verbreitet. Der Parteiapparat der PCE in der Bundesrepublik stützt sich auf Betriebszellen und etwa 40 örtliche Parteikomitees mit knapp 1 000 aktiven Mitgliedern.

Eines der Hauptziele der Partei ist die Politisierung der spanischen Arbeiter auf deutschem Boden. Da ihre Einflußmöglichkeiten in diesen Kreisen eng begrenzt sind, hat die Partei andere spanische Parteien und Gewerkschaften, spanische Arbeiterkommissionen und viele der etwa 17 spanischen Kulturclubs unterwandert oder selbst gegründet.

Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und spanischen Kommunisten hat sich 1969/70 vertieft. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung am 4. April 1970 in Essen, die unter dem Motto „Solidarität mit dem spanischen Volk“ stand, haben DKP und PCE gemeinsame Arbeitskommissionen geschaffen.

Unter den spanischen Arbeitern haben sich auch lockere anarchistische Gruppen gebildet, die Kontakte zu Gesinnungsfreunden im westlichen Ausland unterhalten.

Spanische Anarchistengruppen mit Sitz im Ausland sind ebenfalls in steigendem Maße auch auf deutschem Boden tätig geworden. Dies gilt besonders für den „Iberischen Befreiungsrat“ (CIL), die „Freiheitliche Iberische Jugendorganisation“ (FIJL) sowie für anar-

chistische Aktionsgruppen, die wiederholt unter der Bezeichnung „Grupo Primero Mayo“ (Gruppe 1. Mai) auftraten. Diese Gruppen haben unter anderem Stützpunkte in Frankreich, Italien, Großbritannien und Belgien. Sie sind in den letzten Jahren wiederholt durch Terrorakte hervorgetreten.

Der im Dezember 1970 in Burgos gegen baskische Nationalisten geführte Prozeß bot der spanischen Linksopposition Anlaß zu zahlreichen Protestaktionen, in deren Verlauf es zu Ausschreitungen gegen spanische Einrichtungen im Bundesgebiet kam. Am 5. Dezember 1970 drangen 16 Spanier in den Vorraum des Spanischen Generalkonsulates in Frankfurt ein. Neun Tage später wurde das spanische Konsulat in Hannover von 36 spanischen Extremisten besetzt.

Gegen Ende des Jahres 1970 häuften sich auch die Sachbeschädigungen und Drohungen mit Bombenanschlägen gegen spanische Vertretungen. Die meisten der 12 Brand- und Sprengstoffanschläge auf spanische Einrichtungen im Bundesgebiet lassen auf die Täterschaft spanischer Anarchisten schließen.

3. Griechische Organisationen

Unter den 23 bisher erkannten Vereinigungen politisch extremer Griechen im Bundesgebiet zeigte mehr als die Hälfte geheimbündlerische und gewalttätige Tendenzen. Durch sicherheitsgefährdende Aktionen sind besonders die folgenden Gruppen der griechischen Opposition hervorgetreten:

Die „Patriotische Front“ (PAM), eine Widerstandsorganisation der kommunistischen Nachfolgepartei „Vereinigte Demokratische Linke“ (EDA), besitzt im Bundesgebiet rund 50 Stützpunkte. Sie hat ihre Anhänger im Bundesgebiet aufgefordert, die Arbeit der staatlichen griechischen Vertretungen in der Bundesrepublik zu „unterdrücken“ sowie Veranstaltungen rechtsgerichteter Griechen zu sprengen.

Die „Panhellenische Befreiungsbewegung“ (PAK) wird von ihrem Europastab in Stockholm gelenkt. Nach dem Geständnis des dort tätigen Funktionärs Dr. Dimitrios Tsaldarakis,

den ein deutsches Gericht im Jahre 1970 wegen illegaler Einfuhr von Sprengstoff verurteilt hat, ist die Organisation seit 1969 für mindestens 23 Sprengstoffanschläge in Griechenland verantwortlich. Seit etwa einem Jahr verfügt sie über eine internationale Hilfsorganisation „Freunde der PAK“, die unter anderem finanzielle Mittel für die Untergrundarbeit beschaffen soll. Diese Hilfsorganisation hat etwa 40 Stützpunkte auf deutschem Boden mit fünf Regionalbezirken und einem Zentralkomitee.

Die „Demokratische Verteidigung“ (DA) besteht vorwiegend aus Exilpolitikern und Intellektuellen der griechischen demokratischen Linken. Sie bejaht Gewaltaktionen, da sie „jedes Mittel“ zum Sturz der griechischen Militärregierung als „legal und notwendig“ ansieht. Angehörige dieser Organisation haben mehrfach Sprengstoff- und Waffentransporte aus dem europäischen Ausland nach Griechenland organisiert, wo sie zu Anschlägen verwendet wurden. Nach den bisherigen Erkenntnissen der Staatsschutzbehörden verfügte die DA im Bundesgebiet bis zum Ende des Berichtszeitraumes nur über wenige Aktivisten. Beauftragte der DA reisten wiederholt in die Bundesrepublik Deutschland ein, um für den Zusammenschluß aller griechischen Widerstandsgruppen in einem „Nationalen Widerstandsrat“ zu werben.

Die „Antidiktatorischen Komitees in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (EAE) unterhalten im Bundesgebiet etwa 35 örtliche Stützpunkte. Diese stark kommunistisch unterwanderte Gruppierung forderte den „bewaffneten Widerstand in Griechenland“, die Zerschlagung von „Terrorgruppen der Junta im Ausland“ sowie die „Volksfront aller antidiktatorischen Kräfte“. Die Arbeit der Komitees wird von der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) unterstützt und von einem Koordinierungsbüro in Ost-Berlin geleitet.

Dem „Bund der Griechischen Gemeinden in Westdeutschland und Westberlin“ (OEK) mit annähernd 60 regionalen Gruppen haben sich etwa 8 000 griechische Staatsangehörige im Bundesgebiet angeschlossen. Viele Ortsgrup-

pen des Bundes, die in ihren Satzungen kulturelle und soziale Ziele in den Vordergrund rücken, sind kommunistisch unterwandert und wirken in diesem Sinne auf die griechischen Arbeiter im Bundesgebiet ein.

Darüber hinaus warben mehrere andere Exilgruppen der griechischen extremen Linken für ihre Ziele. Ihre Mitglieder neigten zur Ausübung von Gesinnungsterror.

Kennzeichnend für die griechische Opposition auf deutschem Boden ist ihre organisatorische Zersplitterung. Die einzelnen Gruppen erwiesen sich jedoch als stark verzahnt durch Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften.

Linksextreme Griechen haben am 27. 8. 1970 bzw. am 10. 11. 1970 Sprengkörper vor den griechischen Generalkonsulaten in Hannover und Düsseldorf abgelegt. Beide Anschläge wurden durch das rechtzeitige Einschreiten der Polizei vereitelt.

Am 19. 5. 1970 wurde der griechische Botschafter in Bonn durch ein anonymes Schreiben mit Mord bedroht. Aktivisten der griechischen Opposition im Bundesgebiet traten wiederholt als Störer bei offiziellen Veranstaltungen griechischer Auslandsvertretungen auf. In mehreren Fällen wurden diese Veranstaltungen mit Gewalt gesprengt. Dabei kam es zu Körperverletzungen. Die Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern griechischer Widerstandsorganisationen und regimetreuen Griechen wurden auch in deutsche Industriebetriebe getragen.

Die politisch radikale Aktivität rechtstendierender griechischer Gruppen war im Jahr 1970 unbedeutend. Die in Griechenland aktive königstreue Widerstandsorganisation „Bewegung Nationaler Widerstand“ (KEA) verfügt in der Bundesrepublik Deutschland über einige Stützpunkte. Die Veranstaltungen des „Verbandes der Griechen in Deutschland – Nationale Wiedergeburt“ wurden durch oppositionelle Griechen systematisch gestört.

4. Radikale iranische Studenten

Bei den im Bundesgebiet lebenden iranischen Staatsangehörigen waren politisch extreme Bestrebungen 1969 und 1970 im wesentlichen

nur unter den Studenten zu beobachten. Sie gingen von der auf internationaler Ebene tätigen, von kommunistischen und sonstigen antimonarchistischen Kräften gelenkten „Conföderation Iranischer Studenten – National Union“ (CISNU) aus. Diese 1961 gegründete Organisation verfügt über keine feste Zentrale, jedoch liegt der Schwerpunkt ihrer Aktivität im Bundesgebiet. Vier der fünf Sekretäre, die den Vorstand der CISNU bilden, leben hier. Ihrem Mitgliedsverband, der „Föderation Iranischer Studenten in der BRD und West-Berlin“ (FIS), gehören 22 iranische Studentenvereinigungen an, die teils pro-sowjetisch, teils pro-chinesisch orientiert sind und häufig miteinander rivalisieren.

Alle diese Organisationen trieben in der Bundesrepublik unter ihren Landsleuten rege Propaganda, vor allem mit Broschüren und Zeitungen.

Am 4. 8. 1970 besetzten Anhänger der CISNU das iranische Generalkonsulat in München, um ihrer Forderung nach Freilassung politischer Häftlinge im Iran Nachdruck zu verleihen. Strafverfahren wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und erschwerten Hausfriedensbruchs wurden gegen zahlreiche Aktivisten der CISNU eingeleitet. Ein an der Aktion gegen das Generalkonsulat beteiligter Student wurde im Oktober 1970 in Teheran verhaftet. Aus Protest gegen diese Verhaftung traten etwa 100 Anhänger der CISNU Anfang Dezember 1970 in Mainz in einen einwöchigen Hungerstreik.

5. Türkische radikale Gruppen

Hauptträger extremistischer Agitation unter den 353 000 türkischen Arbeitern war die im Oktober 1968 gegründete „Europäische Föderation Türkischer Sozialisten“ (ATTF) mit Sitz in Köln. Der ATTF gehören Mitgliedsorganisationen in acht Städten des Bundesgebietes und in West-Berlin an, die sich teils als „Türkische Kulturklubs“, teils als „Gemeinschaft Türkischer Sozialisten“ (TTO) bezeichnen. Der Vorstand vertritt eine pro-sowjetische Linie. Durch intensiv betriebene kommunistische Propaganda wurde eine gewisse Radi-

kalisierung unter türkischen Arbeitnehmern erreicht. So kam es im September 1970 anlässlich eines wilden Streiks bei den Ford-Werken in Köln zu schweren Ausschreitungen einer Gruppe von etwa 50 Türken. Zehn Arbeitswillige wurden dabei teilweise schwer verletzt. Ferner zerstörte die Gruppe Maschinen und andere Betriebseinrichtungen.

Auch unter den türkischen Studenten zeigten sich linksextreme Tendenzen. Von den 15 Mitgliedsvereinen der „Türkischen Studentenföderation in Deutschland“ (ATÖF) verfolgten neun politisch radikale Ziele. Sie sind in Anhänger des pro-sowjetischen und des pro-chinesischen Kommunismus gespalten. Der Vorstand der ATÖF und ihre radikalen Mitgliedsvereinigungen unterhielten Kontakte zu Gruppen der deutschen „Neuen Linken“, aber auch zu Kreisen der „Generalunion Palästinensischer Studenten“ (GUPS) und der „Conföderation Iranischer Studenten – National Union (CISNU).

Mitte Juni 1970 haben sich pro-chinesische Kreise der türkischen Arbeiter und Studenten im Bundesgebiet zu einer neuen Gruppe zusammengeschlossen. Sie trat unter den vorläufigen Bezeichnungen „Proletarische Kommunistische Revolutionäre Partei“ und „Türkische Kommunistische Studentenpartei in Deutschland“ auf. Inzwischen hat sie sich in „Proletarische Revolutionäre der Türkei“ (TPD) umbenannt. Ihr Programm enthält ein Bekenntnis zur politischen Entwicklung in China und Kuba.

Die Vereinigungen kurdischer Nationalisten in der Bundesrepublik haben im Jahre 1970 keine nennenswerte Aktivität entfaltet.

6. Die italienischen Gruppen

Konkrete Anzeichen für eine terroristische oder geheimbündlerische Aktivität italienischer Staatsangehöriger im Bundesgebiet haben sich nicht ergeben.

Von den politisch radikalen Parteien Italiens haben sich sowohl die PCI (Partito Comunista Italiano) als auch die rechtsradikale MSI (Movimento Sociale Italiano) durch zunehmende politische Agitation unter den italieni-

schen Arbeitnehmern im Bundesgebiet bemerkbar gemacht.

Die MSI unterhält mit Hilfe der rechtsextremen Gewerkschaft CISNAL im Bundesgebiet unter der Bezeichnung „Ente Nazionale Assistenza Sociale“ 20 Betreuungsbüros für italienische Arbeitnehmer, darunter in Köln, München, Saarbrücken, Frankfurt/M. und Stuttgart.

Demgegenüber verfügt die PCI im Bundesgebiet über einen bereits weitgehend ausgebauten Parteiapparat. Betriebsgruppen dieser Partei geben eigene Publikationen heraus. Außerdem veranstaltet sie auf Orts- und Landesebene Partei- und Funktionärsversammlungen. Gegenüber der DKP betont die PCI im Bundesgebiet ihre Eigenständigkeit, Verbindungen zur SED wurden jedoch festgestellt.

Um ihren Einfluß über den Kreis der Parteimitglieder auszudehnen, steuerte die Partei über ihre Gewerkschaftsorganisation die Arbeit der Büros des „Istituto Nazionale Confederale di Assistenza“ (INCA) in verschiedenen Städten der Bundesrepublik. Daneben hat sie den nach außen „neutralen“ „Verband zur Betreuung italienischer Gastarbeiter und ihrer Familien im Ausland“ FILEF (Federazione Italiana Lavoratori Emigrati e Famiglie) aufgebaut.

7. Marokkanische Extremisten

Auf die rund 9 000 marokkanischen Arbeiter im Bundesgebiet versuchte die linksradikale marokkanische Oppositionspartei „Nationale Vereinigung der Volkskräfte“ (UNFP) Einfluß zu gewinnen. Diese Partei wurde von dem im Jahre 1965 ermordeten marokkanischen Politiker Mehdi Ben Barka gegründet. Sie strebt die Abschaffung der Monarchie in Marokko und eine sozialistische Gesellschaft im Sinne des chinesischen Revolutionsmodells an. Im Bundesgebiet stützte sie sich im wesentlichen auf Kontaktstellen und Aktivisten in Nordrhein-Westfalen, die zum Teil mit palästinensischen Widerstandsgruppen zusammenarbeiten.

Darüber hinaus wurden an mehreren deut-

schen Universitäten Gruppen der anti-monarchistischen Studentenvereinigung „Nationale Union marokkanischer Studenten“ (UNEM) festgestellt.

8. Politisch radikale Jugoslawen

Politisch radikale Jugoslawen haben in den Jahren 1969 und 1970 in 32 Fällen Gewaltaktionen durchgeführt.

An etwa 50 % der Vorfälle waren kroatische Nationalisten beteiligt. Ihre Angriffe richteten sich vor allem gegen jugoslawische Gastarbeiter serbischer Nationalität sowie gegen jugoslawische Einrichtungen und deren Repräsentanten. Daneben entfalteten die Exilkroaten eine rege Propagandatätigkeit. Sie vertrieben verschiedene regelmäßig erscheinende Publikationen. In Süddeutschland gab es im Jahre 1970 konkrete Anzeichen für ein Wiederaufleben der 1968 verbotenen und aufgelösten „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“ (HRB).

Exilserben beteiligten sich – soweit feststellbar – nur vereinzelt an Gewaltaktionen. Sie entfalteten jedoch eine rege Propagandatätigkeit. In regelmäßig erscheinenden Publikationen und in Flugblattaktionen wurden sowohl die jugoslawische Regierung als auch die Unabhängigkeitsbestrebungen kroatischer Nationalisten heftig angegriffen.

Auf Exiljugoslawen wurden sechs Mordanschläge verübt. Davon richteten sich fünf gegen Funktionäre oder Mitglieder kroatischer Exilorganisationen, einer gegen den Verlagsleiter eines serbischen Exilorgans in der BRD. Drei Anschläge verliefen tödlich. Bei einigen Mordanschlägen gegen kroatische Emigranten konnte die Identität der Täter mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden. Ihre Festnahme war jedoch nicht möglich, weil sie sich unmittelbar nach der Tat und z. T. vor deren Entdeckung ins Ausland begeben hatten. Eine internationale Fahndung konnte gemäß Artikel 3 der Statuten der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisationen (Interpol) wegen des politischen Charakters dieser Straftaten nicht durchgeführt werden. Bei den übrigen Fällen handelt es sich vorwiegend um

Morddrohungen, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und sonstige Gewalttätigkeiten sowie die Androhung von Anschlägen gegen jugoslawische Einrichtungen in der BRD.

9. Sonstige ausländische Extremisten

Die politisch radikale Aktivität anderer Ausländer hat deutsche Sicherheitsinteressen bisher nur am Rande berührt.

Die portugiesischen Arbeiter im Bundesgebiet erhielten in steigendem Umfang Propagandamaterial der „Kommunistischen Partei Portugals“ (KPP) aus Algier sowie Schriften der kommunistisch unterwanderten „Patriotischen Front für Nationale Befreiung“ (FPLN) und eines portugiesischen „Komitees für die Volkseinheit“ (CUP) in Paris.

Mehrere lateinamerikanische und afro-asiatische Vereinigungen, die ihren europäischen Sitz in der DDR haben, wirkten im abgelaufenen Jahr verstärkt auf die im Bundesgebiet lebenden Studenten aus diesen Staaten ein. Häufiger als zuvor wurden außerdem afrikanische und asiatische Studenten als Mitglieder oder Sympathisanten von Arbeitskreisen

„Dritte Welt“, „Republikanischen Clubs“ und Solidaritätskomitees der deutschen extremen Linken festgestellt.

Anlässlich des Staatsbesuches des indonesischen Staatspräsidenten Suharto kam es Anfang September 1970 zu Störaktionen, die überwiegend von Anhängern der pro-kommunistischen „Vereinigung Indonesischer Studenten“ (PPI) ausgingen und von radikalen Ambonesen aus Holland unterstützt wurden.

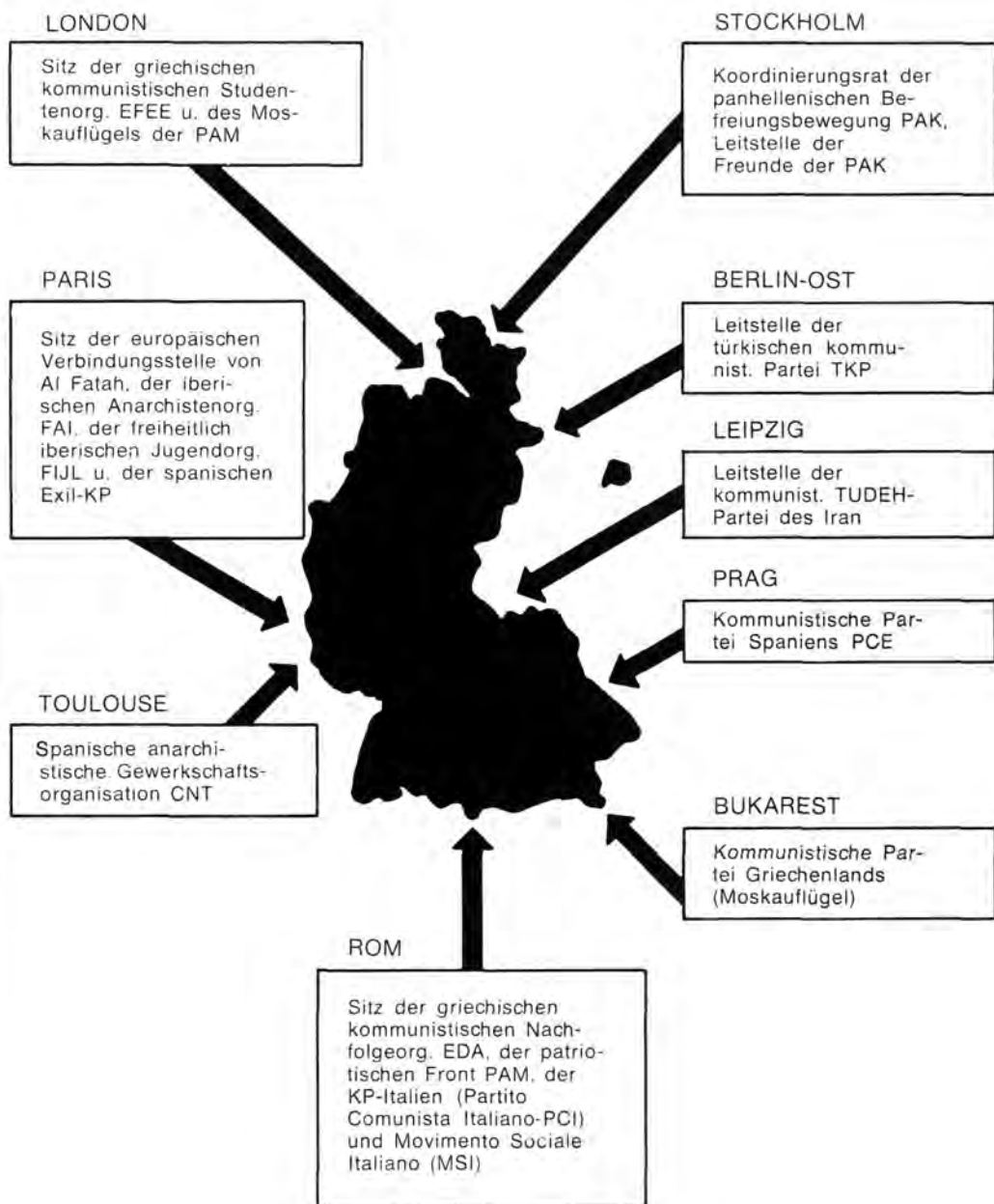
Im April 1970 gründeten farbige US-Soldaten in Heidelberg die Vereinigung „Unsatisfied Black Soldiers“ (UBS). Ziel dieser Organisation ist der Kampf gegen eine Diskriminierung Farbiger in der US-Armee. Eine weitere Gruppe „Black United Soldiers“ (BUS) in Karlsruhe verfolgte das gleiche Ziel. Beide Vereinigungen haben sich inzwischen mit entsprechend tendierenden Zellen in Stuttgart, Mannheim und Berlin zum „Black Movement“ zusammengeschlossen. Ihre Mitglieder fordern, um ihre Ziele durchzusetzen, notfalls Waffengewalt anzuwenden. Sie unterhielten Kontakte zu Gruppen der an verschiedenen Orten gegründeten deutschen „Neuen Linken“, darunter zu den Solidaritätskomitees für die „Black Panther Party“ (BPP).

Statistik der Ausschreitungen politisch radikaler Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1970

Ausschreitungsart	Araber	Spanier	Griechen	Sonstige	insgesamt
I. Terrorakte					
Mordanschläge	1	—	—	2	3
Sprengstoffanschläge	1	2	2	—	5
Brandstiftungen	—	10	—	2	12
Flugzeugentführungen	2	—	—	—	2
II. Gewaltakte					
Körperverletzung	—	2	12	10	24
Sachbeschädigung	—	16	12	7	35
Sonstige	2	6	3	9	20
III. Androhung von					
Mord und Entführungen	6	4	1	8	19
Sprengstoff- und Brandanschläge	33	9	11	1	54
sonstiger Gewalt	4	—	2	2	8
Insgesamt	49	49	43	41	182

Europäische Leitstellen der politisch radikalen Ausländergruppen im Bundesgebiet

(Stand: 31. Dezember 1970)



Statistik der politisch radikalen Ausländergruppen im Bundesgebiet

Nationalität	Parteien	Studenten- u. Jugend- organ.	Arbeiter- vereini- gungen	Verlage	Sonstige Vereini- gungen	Gesamt- zahl
Ostmigration und Jugoslawien	—	—	—	1	21	22
Spanien, Portugal	5	3	5	1	4	18
Italien	2	—	6	—	2	10
Griechenland	4	6	5	1	7	23
Türkei	1	2	1	—	1	5
Iran	3	1	—	—	1	5
Palästinenser	—	1	1	1	5	8
Sonstige Staaten	—	5	1	—	4	10
	15	18	19	4	45	101

Brand- und Sprengstoffanschläge spanischer Extremisten

Zeit, Ort	Tathergang, Zielobjekt
10. 5. 1970 Frankfurt	Brandanschlag auf die spanische IBERIA-Fluggesellschaft
5. 7. 1970 Frankfurt	Zündung eines Brandsatzes in einem Postschließfach des Rhein-Main-Flughafens
5. 7. 1970 Frankfurt	Zündung eines Brandsatzes am Büro der IBERIA-Fluggesellschaft
28. 7. 1970 Frankfurt	Brandanschlag auf das Amerika-Haus
5. 7. 1970 Düsseldorf	Zündung eines Brandsatzes in einem Abfalleimer auf dem Flughafen
2. 8. 1970 Frankfurt	Brandanschlag auf die „Banco Espanol en Alemania“
6. 9. 1970 Frankfurt	Sprengstoffanschlag auf das spanische Generalkonsulat
13. 9. 1970 Frankfurt	Brandanschlag auf das spanische Generalkonsulat
3. 10. 1970 Stuttgart	Sprengstoffanschlag auf das spanische Konsulat
8. 12. 1970 Berlin	Brandanschlag auf das spanische Generalkonsulat
30. 12. 1970 Frankfurt	Brandanschlag auf eine spanische Möbelausstellung
31. 12. 1970 Düsseldorf	Brandanschlag auf das Büro der IBERIA-Fluggesellschaft

Drohbrief des „Iberischen Befreiungsrates“ an den Leiter der Flughafenpolizei Frankfurt/M. vom 13. 6. 1970

Iberian Liberation Council

To the Police-chief master.

Airport

With enclosed (photomontage), we want to inform you that from this day our actions against spanish airlines ' IBERIA ' are going to begin again.

These actions will now get real actions, whith all their consequences, and not only warning actions.

With present letter, wo intend to decline any responsability concerning whatever could happen if you would not take any necessary safety disposition when receiving our advices.

Only exceptionnall difficulties could hinder warning you in due time. So can be applied all safety disposition in order to prevent corporal injuries.

13/6/70

IBERIAN LIBERATION COUNCIL



Übers.

Deutsche Übersetzung
Iberischer Befreiungsrat

An den Polizeichef Flughafen

Mit anliegender (Photomontage), möchten wir Ihnen mitteilen, daß von diesem Tage an unsere Maßnahmen gegen die spanische Fluggesellschaft IBERIA wieder beginnen werden. Diese Aktionen werden jetzt richtige Aktionen werden, mit all ihren Konsequenzen und nicht nur Warnaktionen. Mit diesem Brief wollen wir jegliche Verantwortung, für das, was geschehen kann, von uns weisen, falls Sie nicht irgendwelche Sicherungsmaßnahmen ergreifen, wenn Sie unsere Ratschläge erhalten. Nur außergewöhnliche Schwierigkeiten könnten verhindern, Sie rechtzeitig zu warnen. So können Sie alle Sicherheitsmaßnahmen treffen, um Körperverletzungen zu vermeiden.

13/6/70

Iberischer Befreiungsrat

C.I.L.
(Stempel)

ER WAR.....ERST BEI NIXON!!!
ER IST.....HEUTE IN DER BRD!!!
DER NERO VON AMMAN!.....



Brennendes Amman

„Als meine Vorfahren nach Jordanien kamen“, sagte der Nero von Amman, „war Amman ein kleines Wüstenland. Bevor wir es verlassen, muß es wieder zu einem kleinen Wüstenland werden.“
Dann schickte er seine Panzer los auf die Menschen in Amman;

Neue Massaker stehen in Amman bevor!

Wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, dagegen zu protestieren und ihre Solidarität mit der palästinensischen Revolution und mit den unterdrückten Massen in Jordanien tatkräftig zu beweisen.

Demonstriert mit gegen den Besuch
des neuen Nero
und gegen seine Greuelthaten in Jordanien!

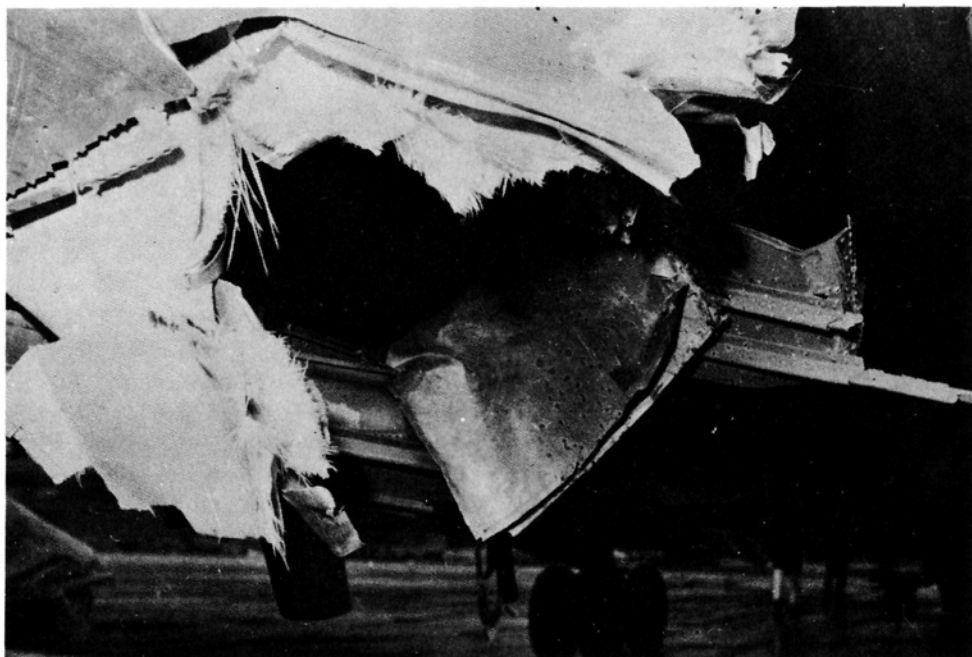
General Union Palästinensischer Studenten

GUPS

Der Sprengstoffanschlag palästinensischer Terroristen auf eine Maschine der Austrian Airlines am 21. 2. 1970



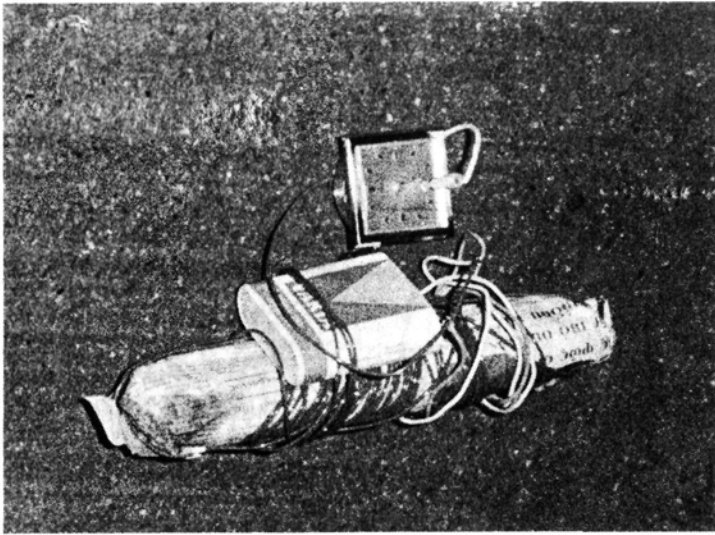
Caravelle „Steiermark“. Die Explosion ereignete sich in 3000 m Höhe im Laderaum unterhalb des Fußbodens der Passagierräume



Nahaufnahme der Explosionsstelle

Demonstration von AL-FATAH-Anhängern mit dem Ziel einer Besetzung der jordanischen Botschaft am 21. 9. 1970 in Bad Godesberg

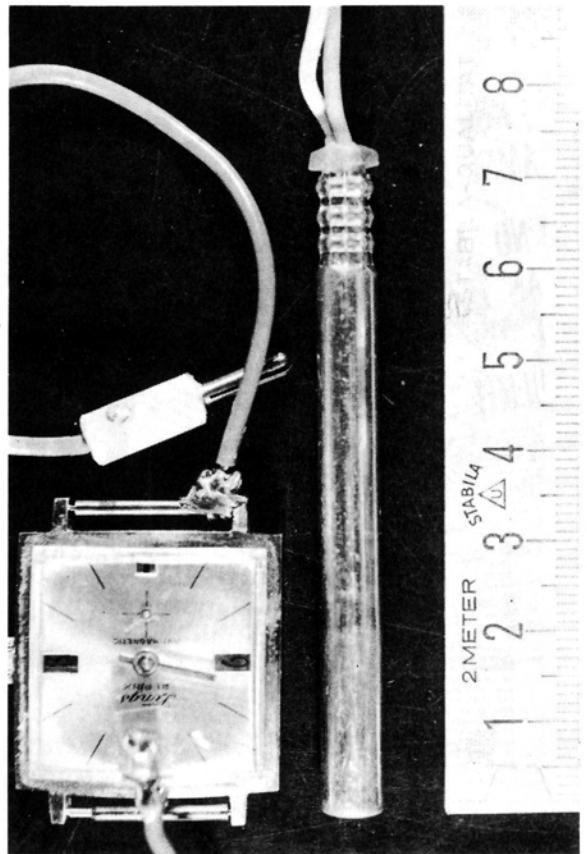
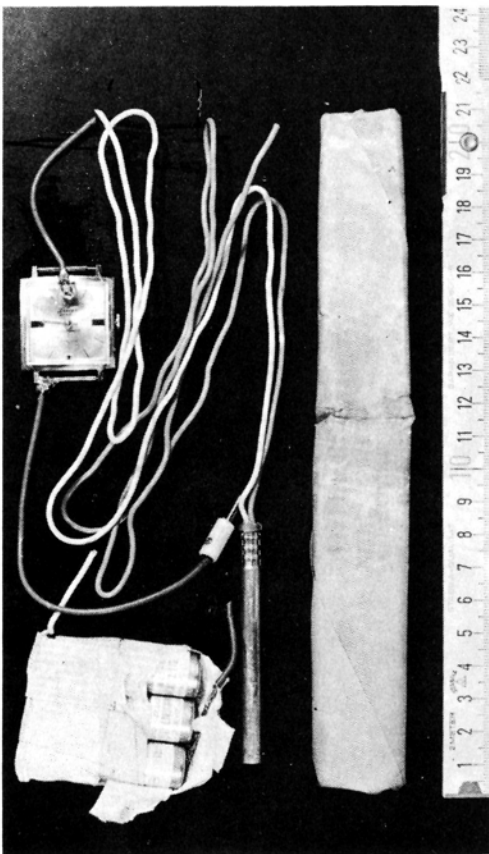




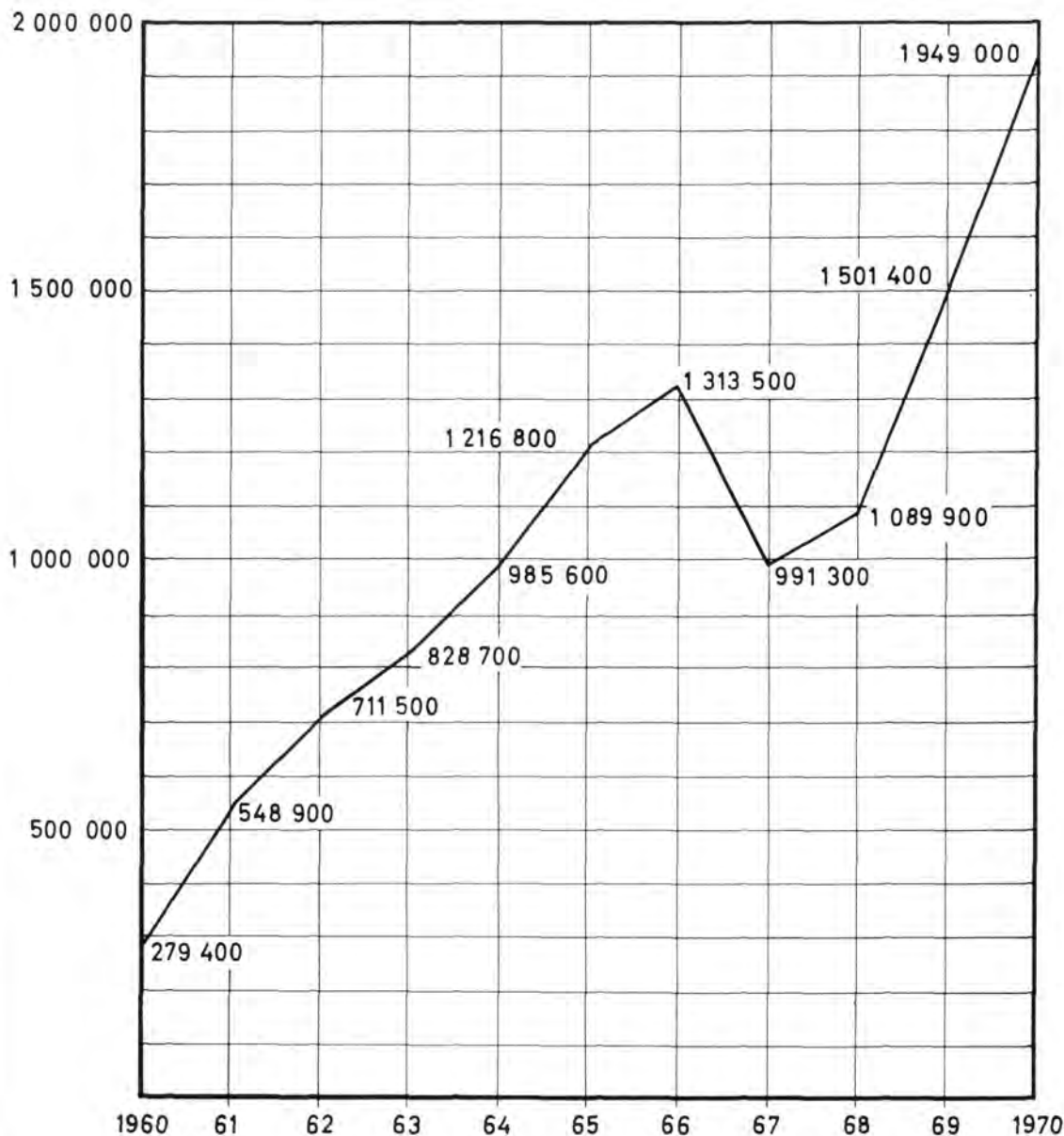
**Beweismittel
zur Terrortätigkeit
linksradikaler Griechen**

Lichtbild der Sprengladung,
die am 10. 11. 1970 vor dem
griechischen Generalkonsulat
in Düsseldorf detonierte,
kurz vor der Explosion

Dieser Sprengkörper wurde am 27. 8. 1970 im Vorgarten des griechischen
Generalkonsulats in Hannover aufgefunden



Ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland 1960 – 1970



Der Anteil ausländischer Arbeiter an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer stieg von 1,3% im Jahr 1960 auf 9,1% im Jahr 1970

Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern
Referat Öffentlichkeitsarbeit
5300 Bonn, Rheindorfer Straße 198